

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Juli 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Dem Zentrum zur Erinnerung.

Es gibt in Deutschland keine Partei, die solche Wandlungen durchgemacht hat wie das Zentrum. In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren traten die ultramontanen Sozialpolitiker dem Kapitalismus in der schärfsten Weise entgegen und verlangten eine gründliche Umänderung der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung — heute fühlen sich die führenden Zentrumsleute wohl in kapitalistischen Staaten, suchen an seinem Segen möglichst reichlich zu partizipieren und haben kaum noch etwas an ihm auszusetzen. Damals durch und durch antimilitaristisch, hat sich das Zentrum in den neunziger Jahren zu der Herrlichkeit des Militärstaates bekehrt — und heute wetteifert es mit Konservativen und Nationalliberalen an Verwilligungsklust. 1874 tritt Windthorst im Abgeordnetenhaus für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein — 1914 gibt Derold dieser Forderung von derselben Stelle endgültig den Abschied. Damals mannhaft Worte für Freiheit, Gleichberechtigung und Schutz des Bürgers gegen bürokratische Willkür — heute regt sich das Zentrum nur noch um die geliebten Jesuiten und um die Imparität, die es am eigenen Leibe spürt, im übrigen aber duldet und fördert jede Willkür und jedes Unrecht, wenn es den Sozialdemokraten an den Kragen geht. Die ehemalige Partei der „Reichsfeinde“ steht heute in hoher Gunst bei der Regierung und marschiert selbstbewusst mit in der Reihe, manchmal sogar an der Spitze der „Staatsverhaltenden“, der „nationalen“ Parteien. Und aus keinem Lager erschallt heute der Ruf nach „Sammlung“ häufiger und dringlicher als aus dem der Ultramontanen. Alles nur des einen Feindes: der Sozialdemokratie wegen, die dem Zentrum immer mehr zu Leibe rückt und der es sich nur noch erwehren zu können glaubt, wenn es den Hund der „nationalen“ Parteien zustande bringt und im übrigen Regierung und Behörden liebevoll ermuntert bei ihren Streichen wider den „gemeinsamen Feind“.

Es lohnt sich, einiges ans Licht zu fördern aus der Zeit, da das Zentrum als dieser „gemeinsame Feind“ dastand und nicht nur unter dem Druck einer starken Regierung, sondern auch der gesamten Parteien und der von diesen beherrschten öffentlichen Meinung auszuhalten hatte. Es war das jene Zeit, von der die Jubiläumsschrift der „Germania“ vom 1. Januar 1886 erzählt: „Die eine Konfiskation folgte der andern, wie die eine Anklage der andern folgte, und die Aburteilungen blieben nicht aus. Der Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, kam sich noch lange nicht mit den Verfolgungen messen, denen die „Germania“ in den siebziger Jahren ausgesetzt war. Es gab eine Zeit, wo nicht weniger als fünf Redakteure der „Germania“ gleichzeitig Gefängnisstrafen zu verbüßen hatten. Majunke, der Chefredakteur des Blattes, hat über ein Jahr in der Strafanstalt Bismarck mit Lüttenleben verbracht. An einem Tage, dem 22. Februar 1874, kamen auf einmal elf Verhaftungen gegen die „Germania“ zur Verhandlung, und nach dem Nullmannschen Attentat wurden der Redaktion auf einmal 57 Anklagen zugestellt. Die „ödn. Volkszeitung“, die sich eines gemäßigten Tones befleißigte, sah sich nicht, desto weniger in der Zeit von Juli 1872 bis Mai 1875 wegen 30 Verbrechen unter Anklage verhaftet, und die Regierung in Düsseldorf erklärte, das Blatt gehöre nicht zu der Presse, die geeignet sei, mit amtlichen Anzeigen bedacht zu werden. Ueber den Verleger und die Redakteure des „Westfälischen Merkurs“ wurden insgesamt 72 Monate Gefängnisstrafe verhängt, und selbst der Besitzer des sanften „Münsterischen Anzeigers“ hatte eine mehrmonatige Festungshaft zu bestehen. In den meisten dieser Fälle handelte es sich um Verleumdung von Ministern, insbesondere Bismarcks, um Schmähung von Staatsbehörden, um Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und derlei politische Vergehen. F. B. Kießling bemerkt im 2. Bande seiner Geschichte des Kulturkampfes, es sei psychologisch nur zu begreiflich, daß die katholischen Journalisten durch Strafverfolgungen keineswegs den herrschenden Tendenzen gegenüber zurückhaltender gestimmt worden seien, und etwaigen Entgleisungen der ultramontanen Presse gegenüber ist er der Meinung, daß man ihnen „angefichts des ungeheuren Konfliktes in großem Maße mildernde Umstände zubilligen“ müsse.

Das war die Zeit, die heute noch von den Ultramontanen als das „Heldenzeitalter des Zentrums“ betrachtet und gepriesen wird, und kein Zentrumsblatt, das nicht bei feierlichen Anlässen mit Stolz der Kämpfe, Wunden und Strafen gedenkt, die es in den Kulturkampfjahren zu bestehen hatte. Leider ohne die Rückwendung auf die Partei, die heute in der Lage des damaligen Zentrums ist: die Sozialdemokratie. In derselben pharisäischen Weise, wie damals liberale und konservative Blätter wider das Zentrum loszogen, weil es sich seiner Haut mehrte, seine Rechte und seine Weltanschauung verteidigte, zieht heute das Zentrum wider die Sozialdemokratie los, die dasfelbe tut, was das Zentrum sich als selbstverständliche Pflicht und angeichts der Welt von Feinden als glorreiche Tat anrechnet. Damals war es das Zentrum, das als der gemeinsame Feind ausgeschrieben und zu dessen Bekämpfung zur Sammlung aller Parteien aufgefordert wurde. Als im August 1873 der Papst

dem Deutschen Kaiser in einem Briefe zu erwägen gab, daß die von seiner Regierung beschrittenen Bahnen schließlich zur Untergrabung des Thrones führen müßten, erblühte die „National-Zeitung“ in diesem Brief den Beweis, „mit welcher Kühnheit die Ultramontanen ihre Verschönerungen anzustellen“, wie diese „ehrgeizige Menschenform“, welche kein Vaterland kennt, nur herrschen und unterdrücken will“. Bei den nächsten Wahlen gebe es nur eine Parole: Kampf gegen die „staatsfeindlichen Ultramontanen!“ Und am Tage darauf fragte das Blatt: „Wer für keinen Feind des Vaterlandes gehalten sein will, kann der noch zweifeln, auf welche Seite er zu treten hat? Ist es noch erlaubt, den Jesuiten etwas Günstiges zuzuwenden oder sich der Teilnahme am Kampfe wider sie zu enthalten?“

Selbst die „Kreuz-Zeitung“ fand, daß nach dem Brief des Papstes „kein wahrhaft evangelischer Christ, kein ehrlicher preussischer Patriot mit der ultramontanen Partei bei den Wahlen Hand in Hand gehen darf... Jede Stärkung der Ultramontanen und deshalb jede Gemeinschaft mit ihnen bei den Wahlen wäre ein Vergehen ebenso an der evangelischen Kirche wie an der Krone unseres Königs und am preussischen Vaterlande.“ Und als dann 1874 bei der Wahl zum Reichstag wie zum preussischen Landtag das Zentrum wesentlich gestärkt wurde, schrieb die „Provinzialkorrespondenz“: „Das geschlossene Auftreten der ultramontanen Partei in ganz Deutschland, das rücksichtslose Hineinziehen aller Volkskreise in den Kampf der römischen Kirche gegen die Staatsgewalt wird ein ebenso geschlossenes und entschiedenes Vorgehen aller nationalen Parteien zur Sicherung der Staatsinteressen gegenüber den geistlichen Herrschaftsgelüsten, zur Sicherstellung der Gewissen gegen geistliche Vergewaltigung nach sich ziehen.“

Das sind Töne, denen wir auch heute wieder begegnen — nur mit dem Unterschied, daß sie heute der Sozialdemokratie gelten und daß das Zentrum, das die Rolle des „Staatsfeindes“ an die Sozialdemokratie abgetreten hat, in dem hegerischen Chorus der „nationalen“ Parteien die führende Stellung einnimmt. Und noch eine Ähnlichkeit ist vorhanden. Auch der Träger der Krone ergriff damals das Wort in dem Kampfe gegen den „gemeinsamen Feind“. Wilhelm I. richtete Ende Januar 1874 an den Carl Ruffel, der ihm die Beschuldigung einer Versammlung englischer Protestanten mitgeteilt hatte, einen Brief, worin es hieß: „Es liegt mir ob, der Führer meines Volkes zu sein in dem jahrhundertlang von den deutschen Kaisern in früheren Tagen geführten Kampfe gegen eine Macht, deren Herrschaft in keinem Lande der Welt mit der Freiheit und der Wohlfahrt der Nationen vereinbar gefunden wurde, einer Macht, die falls sie unseren Tagen siegreich sein würde, nicht in Deutschland allein die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität des Gesetzes gefährden würde. Ich akzeptiere demgemäß den mir auferlegten Kampf.“

Die „Historisch-politischen Blätter“, die bekannte kirchliche Zeitschrift, bemerkten zu dem kaiserlichen Brief: es sei unerhört, nicht allein in der bismarckischen Regierungszeit, sondern in der konstitutionellen Geschichte überhaupt, daß man einen Monarchen seinen andernsgläubigen Untertanen gegenüber sagen lasse, er sei ihr Feind und müsse aus historischen Gründen in Erfüllung seiner königlichen Pflichten ihr unversöhnlicher Feind sein. Auch darin hat das Zentrum ungeteilt. Heute spendet es dem Monarchen Beifall, wenn er sich als den unversöhnlichen Feind eines Drittels der Bevölkerung erklärt — vorausgesetzt, daß es sich um Sozialdemokraten handelt. Und kein Zentrumsblatt verurteilt einen derartigen Vorgang als „verhört in der konstitutionellen Geschichte“.

Sühne für Zabern!

Kun haben die Zaberner Gewalttaten, bei denen die Militär-gewalt rücksichtslos die gefühllose Zivilgewalt entronnte und eine harmlose Bevölkerung mit Säbel und Maschinengewehren bedrängte, doch noch eine Sühne gefunden. Freilich: weder den Leutnant Forstner noch den Obersten Reuter hat der strafende Arm der Justitia erreicht. Dafür ist ein sozialdemokratischer Schriftsteller zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er aus der nur zu berechtigten Empörung über die skandalösen Enthaltungen über den ersten Zabern-Prozess heraus prinzipielle Betrachtungen über das Wesen des Militarismus angestellt hatte, die zwar durch alle geschichtlichen Erfahrungen bestätigt werden, gleichwohl aber vom Staatsanwalt und Gericht als frivole Schmähung unseres dreimal geheiligten Stammes betrachtet wurden.

Unser an anderer Stelle abgedruckter Prozeßbericht gibt die zwar unhistorisch-keinsche, aber um so „staatsverhaltendere“ Auffassung besagter Rechtsorgane ausführlicher wieder. Hier sei nur so viel gesagt, daß unsere Justitia es für im höchsten Maße ungerecht und strafwürdig erklärte, daß im Zusammenhang mit den Heldentaten der Forstner und Reuter von verrobbenden Tendenzen des Militarismus gesprochen werde. Wogegen Gen. Karstl — das Sühnopfer für Zabern — vergeblich geltend machte, daß seine Betrachtungen doch bloß ein allgemeiner, historisch kritischer

Kommentar zu dem internationalen Thema des Militarismus gewesen seien und daß die Beschuldigungen des preussischen Militarismus doch nur in einer Jugendaussage enthalten seien, die von einem veritablen Staatsanwalt, Herrn Krause, gemacht worden sei!

Das verding natürlich nicht. Denn mag auch der Krieg — wie das Gericht zugab — zur moralischen Verwilderung führen, mag auch die Erziehung zu dieser unmoralischen Kriegsführung ihre besonderen Wege gehen und die kulturwidrigsten Früchte zeitigen — der preussische Militarismus ist immun, moralisch einwandfrei, er bildet die leuchtende Ausnahme! Genau so würde ein russischer, ein französischer Staatsanwalt plädieren, und der Militarismus wäre somit ein Kind, kein Engel ist so rein!

Daneben erlaubte sich der Kieler Staatsanwalt Dr. Bachem, der sowohl gegen Karstl wie gegen den verantwortlichen Redakteur des Kieler Parteiorgans je 1 Jahr Gefängnis beantragt hatte, die Nobilisten Ausfälle gegen den Angeklagten. Wie könne er sich herausnehmen, so donnerte er, als Ausländer, der in Deutschland „Unterschlupf“ gefunden habe, der heiligsten Staatsinstitution Deutschlands „Wort und Galle ins Gesicht zu spucken.“ Selbst der Vorsitzende fühlte sich veranlaßt, diese Herde der Staatsanwaltschaft zur Mäßigung zu ermahnen. Es hätte dessen aber nicht einmal bedurft, denn derartige staatsanwaltliche Liebenswürdigkeiten fallen auf ihren Urheber zurück. Ist es doch ein Karstl-Stück, einem Manne, der als gemeinlicher Arbeiter, Betriebsleiter wie als Akademiker und Wissenschaftler in gleicher Weise seine Fähigkeit bewiesen, nachzusagen, daß er in Deutschland „Unterschlupf“ gefunden habe. Die politischen Ideologien seien Herrn Dr. Bachem um so eher verziehen, ist er doch königlich preussischer Staatsanwalt!

So hat die unselige und unsägliche Zaberner-Affäre doch ein Sühnopfer gefunden. Weder der Säbelschädel, der einen lahmen Schuster zur Strafe brachte, noch der Oberst, der gesch- und verfassungswidrig den Kriegszustand mitten im Frieden proklamierte, sind ins Gefängnis geschickt worden — wohl aber ein sozialdemokratischer Schriftsteller, der diese Kultur-schmach festnagelte!

Die Stichwahl in Koburg.

Koburg, 17. Juli. Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Koburg-Gotha 1 wurden bis 9 Uhr abends gewählt für Arnold (Fort-schrittliche Volkspartei) 9018 Stimmen, für Hofmann (Sozialdemokrat) 5759 Stimmen. Das Ergebnis von sechs Orten steht noch aus. Arnold ist somit gewählt.

Koburg, 17. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl siegte der Fortschrittler Arnold mit rund 9000 Stimmen über unseren Genossen Hofmann, auf den etwa 6000 Stimmen entfielen. Die Nationalliberalen waren gemäß der von ihrem Kandidaten und ihrer Parteileitung ausgegebenen Parole reslos zu Herrn Arnold übergegangen.

Dieser Sieg, den Herr Arnold nach einem von beiden Seiten mit beispielloser Erbitterung geführten Stichwahlkampf erfocht, ist nicht ein Sieg des liberalen Gedankens und des fortschrittlichen Parteiprogramms, noch viel weniger bedeutet er, wie die freisinnige Presse zweifellos in ihren Jubelartikeln von neuem behauptet wird, eine „Wiedergeburt des entschiedenen Liberalismus“, — der Sieg der Wahl ist vielmehr nichts anderes als ein Sieg des berühmten Niederfüllbacher Schwindels über die gesunde politische Vernunft. Und unterstützt wurde dieser Sieg des Schwindels allerdings durch den schambläcksten Fabrikantenterrorismus, der jemals erlebt worden ist.

Im übrigen wird der schöne Millionentraum bald tustgeträumt sein. Und wenn Herr Arnold bei den allgemeinen Remnahmen zum Reichstag ohne jene fagenhaften Millionen mit völlig leeren Händen vor seine Wähler treten wird, dann sprechen wir uns wieder!

Diesen Tag der Revanche durch eifrige Organisations- und Agitationsarbeit vorzubereiten — diese Aufgabe wird von heute an das ganze Denken und Fühlen unserer Koburger Genossen beherrschen. Und dann, aber auch nur dann, wird der Kreis, der uns bisher nur einmal durch eine momentane Verärgerung der Bevölkerung über die Erhöhung der Bierpreise zugefallen war, zum sicheren und dauernden Bestühnd der Sozialdemokratie gehören.

Die Aussperrung in der Niederlausitz.

Heute werden die Tuchfabrikanten, die dem Arbeitgeberverband der Niederlausitzer Tuchindustrie angehören, ihre Betriebe schließen und ihre Arbeiter aussperrern. Nach Berechnungen dieses Unternehmerverbandes werden von diesem Tage an 25 700 Arbeiter und Arbeiterinnen mit 143 000 Familienangehörigen die eritzungslosen Cypher brutaler Scharfmacherwillkür sein. Die andere Wirkung ist die, daß durch die Aussperrung der Arbeiterchaft auch

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsblätterige Polonette über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beredungsblätter 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pfg. (unabhängig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

zahlreiche kleine Unternehmer, besonders in
Forst, in die Gefahr kommen, ihre Existenz einzubüßen. Hinzu
kommt weiter, daß zahlreiche Firmen aus den Kreisen der Tuch-
händler und Konfektionäre, die in der Niederlausitzer
Tuchindustrie Aufträge placiert haben, in arge Bedrängnis ge-
raten. Eben hatte das Geschäft in der Tuchbranche etwas lebhafter
begonnen, nachdem es durch die Interessentkämpfe bei der Gründung
der deutschen Tuchkonvention mehr denn ein Jahr lang
schwer benachteiligt worden war, da sind es die lausitzer Tuch-
industriellen, die durch einen vollständig unüber-
legten Beschluß die ganze Konfektion und den
Tuchhandel auf das empfindlichste schädigen. In
den letzten Wochen sind die Wollpreise erheblich gestiegen und alle
interessierten Kreise sind sich einig, daß wir bei der vorbandenen
Wollknappheit noch höhere Preise zu gewärtigen haben. Da
sucht sich der Tuchabnehmer noch möglichst umfangreich mit Ware
zu versehen, um so mehr, da infolge der Kämpfe, die vor Jahres-
frist zwischen Fabrikanten und Abnehmern stattgefunden haben
und die zu einer längeren Orderperiode führten, Lagerbestände
in gangbaren Waren nicht groß vorhanden sind. Besonders die
Grossisten, die ihren Abnehmern gegenüber Lieferungsver-
pflichtungen eingegangen sind, zu deren Erledigung sie auf die
Ware der lausitzer Tuchindustrie angewiesen sind, befinden sich in
banger Sorge. Den Arbeitern ist es bekannt, daß die Androhung
der Aussperrung in den Unternehmerteufen noch größere
Verärgerung auslöst als die Aussperrung des größt-
zähligen Pärberverbandes im Jahre 1912. Aber aus dieser
Verärgerung muß Empörung werden, wenn jene Preise er-
fahren, mit welcher Leichtfertigkeit der Unternehmerverband eine
solche wirtschaftliche Katastrophe heraufbeschworen hat.

Seider hat sich die bürgerliche Presse wieder dazu hergegeben,
die handhüchsten Unwahrheiten über die Ur-
sachen des Konfliktes zu verbreiten; sie bedenkt nicht, daß
sie mit ihrem blinden Haß gegen die Arbeiter dem deutschen Wirt-
schaftsleben den allerschlechtesten Dienst erweist. Die „Deutsche
Tageszeitung“ behauptet, für jeden Wollereiarbeiter würden 4 R.
Lohnhöhung verlangt, das müsse den Ruin der Niederlausitzer
Tuchindustrie herbeiführen. Wahrheit ist, daß sich die Wollereiar-
beiter mit Zugeständnissen zufriedengeben hätten, die im
Durchschnitt für jeden Arbeiter etwa 4 R. Lohnhöhung pro Woche
betragen hätten. Man würdigt ja die ganze Niederlausitzer Tuch-
industrie in geringfügigster Weise herab, wenn man behauptet,
ihre Konkurrenzfähigkeit sei gegeben, wenn der Betrieb so ein
paar Mark Lohn pro Woche mehr zahlen müsse. Nur wenige Be-
triebe beschäftigen in der Wollerei mehr als 1 bis 2 Personen. In
einem der größten Forster Betriebe mit insgesamt 300 Arbeitern
sind nur 6 Personen in der Wollerei beschäftigt. Das blöde Ge-
schwätz, daß durch die Lohnforderungen der Wollereiarbeiter die
Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefährdet werde, muß nun ver-
stummen.

Die Wollereiarbeiter stellen keine Forderung, die unerfüllbar gewesen
wäre. Sie wollten in der Hauptsache, daß durch Festsetzung
von Mindestlöhnen der Lohnrückgang ein Ende
geseht werde. Wie schlimm die Dinge hier liegen, zeigt die
Lohnstatistik, die Wochenlöhne von 16 bis 27 M. aufweist. Und
diese Lohnstatistik weist die weitere Tatsache auf, daß die höchsten
Löhne meist in den kleinsten Betrieben gezahlt werden. Gefordert
wurde: für Arbeiter an der Rochwalde 25 M., für andere Arbeiter
24 M. Mindestlohn. Die ursprüngliche Forderung war also erheb-
lich niedriger als die jetzt schon gezahlten Höchstlöhne. Bei den Ver-
handlungen aber gingen die Arbeiter mit den Forderungen noch
herab. Hätten die Unternehmer für die etwa 90 bis 100 Per-
sonen, die weniger als 24 M. verdienen, eine Lohnzulage gewährt,
dann wären die Differenzen aus der Welt geschafft.

Aber davon wollten die Unternehmer nichts wissen. Nur für
die Arbeiter mit Löhnen unter 19 M. sollte der Lohn auf diesen
Satz gebracht werden. Das betraf nur ganz wenige Personen
und konnte die Arbeiter nicht befriedigen. Nachdem die Verhand-
lungen kein anderes Ergebnis mehr brachten, legten die am
Schlechtesten entlohnten Arbeiter die Arbeit nieder.

Es ist nicht wahr, daß die Niederlegung der Arbeit während
der Verhandlungen erfolgt ist. Die Verhandlungen waren abge-
schlossen; es handelte sich nur noch darum, den Unternehmern
schriftlich mitzuteilen, ob die Arbeiter dem ungenügenden Zuge-
ständnis zustimmen oder nicht. Die Wollereiarbeiter stimmten nicht zu,
da für die meisten von ihnen keine Kündigungsklausel besteht, ge-
langten die Unternehmer früher in den Besitz der Nachricht von der
Niederlegung der Arbeit wie in den Besitz des ablehnenden Schreibens
der Arbeiter.

So liegen die Dinge.
Jetzt erst, wenn die Öffentlichkeit weiß, welcher Veringsfügig-
keit wegen die Unternehmer eine solche wirtschaftliche Störung und
schwere Schädigung tausender unbeteiligter Arbeiter und Geschäfts-
leute herbeiführen, wird man zu der Ansicht kommen müssen, daß
man es hier mit einer Handlungsweise zu tun hat, deren Brand-
marke nicht scharf genug ausfallen kann.

Selbstverständlich hat die Organisation der Arbeiter noch bis
in die allerletzte Zeit alles getan, um zu einer Einigung mit den
Unternehmern zu kommen; aber die Unternehmer lehnten alles
rundweg ab, sie wollten keine Einigung. Kampf gegen die
Arbeitererschaft um bedingungslose Nieder-
werfung, das ist das Ziel der Unternehmer. Es
geht das deutlich aus allen ihren Publikationen hervor. Den Ar-
beitern soll durch die Aussperrung und die Hungerperle die Ab-
sicht ausgetrieben werden, niemals wieder Lohnforderungen zu
stellen.

Selbstverständlich wird das nicht gelingen. Gelingen aber
wird den Scharfmachern eine enorme Schädigung der Nieder-
lausitzer Tuchindustrie, indem sie, wie wir beim ersten Bekannt-
werden der Aussperrungsabsicht schon sagten, ihre Abnehmer und
dezen Aufträge in andere Bezirke der deutschen Tuchindustrie
ziehen. Die Aussperrung wird der Öffentlichkeit den Beweis
liefern, daß es keine größeren Schädlinge der Volkswirtschaft
gibt als blindwütende Unternehmerverbände.

Wie wir erfahren haben, sollen von dritter Seite Schritte
unternommen worden sein, um den für die Tuch- und Konfektions-
großindustrie so verhängnisvoll wirkenden Streit aus der Welt zu
schaffen.

Der Sieg der mexikanischen Rebellen.

Washington, 17. Juli. Carranza hat der Regierung
der Vereinigten Staaten informell mitgeteilt, daß
er die Absicht habe, zugunsten Carranzas zurückzutreten.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten.

Mexiko, 17. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Präsident Carranza hat die sofortige Freilassung
aller politischen Gefangenen angeordnet. Alles
hängt jetzt davon ab, ob Carranza und Carranza zu

einer Einigung gelangen. Wenn Carranza darauf besteht,
gewaltsam in der Stadt Mexiko einzuziehen, wird mit
der Anerkennung zurückgehalten werden, bis eine
Wahl stattgefunden hat. Jedenfalls werden die Vereinigten
Staaten die Anerkennung einer konstitutionalistischen Regie-
rung verschieben, bis eine befriedigende Regelung der sich aus
der Revolution ergebenden Forderungen erfolgt ist. Die
amerikanischen Truppen werden nicht aus
Veracruz zurückgezogen werden, bevor nicht jede
Schwierigkeit beigelegt ist.

Die Forderungen Carranzas.

Monterrey, 17. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Nach Aussage hoher Beamter auf Seiten der Konstitutionalisten
will Carranza, sobald die Konstitutionalisten zur Herrschaft
gekommen sind, die Gültigkeit der Schulden Guertias nicht
anerkennen. Diese Mitteilung war die Antwort auf Anfragen be-
treffend die Forderung, daß die fremden Regierungen durch die Re-
gierung der Vereinigten Staaten verlangt hätten, Carranza solle die
Schulden Guertias anerkennen und allen politischen Gefangenen
Amnestie gewähren. Carranza erklärte, nur wenn die Bundes-
truppen sich bedingungslos ergeben würden, könnten die
vorgeschlagenen Verhandlungen über den Einzug der Kon-
stitutionalisten in die Stadt Mexiko erfolgreich sein. Daß
Carranza anstelle Guertias getreten sei, sei für die Konstitutionalisten
kein Grund zu einem Kompromiß bezüglich der Grund-
sätze, für die sie kämpfen.

Politische Uebersicht.

Labiau-Wehlau.

Das Wahlergebnis von Labiau-Wehlau hat begreiflicher-
weise in der konservativen Presse keinerlei Begeisterung ent-
flammt. Dafür ist man auf die seltsamsten Beschönigungs-
versuche verfallen. Ausgerechnet die „Kreuz-Zeitung“,
die zu Beginn des Wahlkampfes triumphierend geschrieben
hatte: „Ein großer Teil der Wähler ist außerhalb des Wahl-
kreises auf Arbeit und das sind wesentlich Anhänger des
Freisinn und der Sozialdemokratie“, sucht
nunmehr den Stimmenverlust der Konservativen auf die
dringenden Erntearbeiten zurückzuführen! Die „Deutsche
Tageszeitung“ tröstet sich damit, daß wohl mancher Landwirt
seine Stimme für diesen Wahlgang für entbehrlich ge-
halten habe. Sie hofft also, daß es den Konservativen ge-
lingen werde, noch zahlreiche Reserven für die Stichwahl
mobil zu machen. Selbstverständlich fehlt auch der Stroh-
senker über die „Kampflöse Agitation der Freisinnigen“
nicht. Als ob die bürgerlichen Parteien untereinander sich in
den Wahlgeschäften irgend etwas vorzumerken hätten.

Die liberale Presse ist selbstverständlich hoch erfreut über
das Resultat des ersten Wahlganges. Sie hofft, daß die
Stichwahl den Sieg der vereinten liberalen Parteien sichern
werde. Sie verheißt sich dabei nicht, daß die Konservativen
in der nächsten Woche mit dem Mute der Verzweiflung noch
eine leidenschaftliche Agitation entfalten und alle Praktiken
der Wahlbedrückung anwenden werden, um ihre Niederlage
abzuwenden. Diesem Treiben gelte es von liberaler Seite
eine erhöhte Aufklärungsarbeit entgegenzustellen. Die heiße
Stichwahlwoche erfordere noch einmal Eifer und Opfer.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielten
bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Königsberg 2
(Labiau-Wehlau) von 15 849 abgegebenen gültigen Stimmen
der Kgl. Amtsrat Schrewe-Klein, Labiau (Kons.) 7522,
Bürgermeister Wagner-Labiau (Fortschr. Bp.) 6131 und
ParteiSekretär Linde-Königsberg (Soz.) 2176 Stimmen.

Das Opfer einer Denunziation.

Unter höchst eigenartigen Umständen kam am Freitag vor
dem Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps in Berlin die Ver-
urteilung eines Musketiers zustande. Auf die Verurteilung eines
einzigen Zeugen hin wurde nämlich der Russe Fischer
vom Infanterie-Regiment Nr. 64 zu 3 Monaten Gefängnis ver-
urteilt, weil er angeblich als Soldat eine sozialdemokratische
Befinnung betätigt habe.

Der Sachverhalt ist kurz der folgende: Als Fischer mit seinen
Kollegen am Gründonnerstag in Urlaub fuhr und sich's mit
mehreren Kameraden im Coupé bequem gemacht hatte, betrat ein
anderer Passagier, ein Herr v. Lengerke, der bis dahin in einem
benachbarten Abteil gesessen hatte, das Abteil, um sich mit den
Soldaten in ein Gespräch einzulassen. Bei der um militärische
Verhältnisse sich drehenden Unterhaltung soll nun der Russe
Fischer jene Äußerungen getan haben, die ihm als strafliche sozial-
demokratische Betätigung so schwer angedreht wurden. Auf die
Frage, wo der Erfah für das Regiment herkomme, soll er nach den
Befindungen v. Lengerkes gesagt haben: Aus Ostpreußen. Dumm
läßen die Ostpreußen zum Regiment, dort aber würden sie auf-
geklärt und verlassen sie das Regiment als Sozialdemokraten.
Erst im Heere würden sie aufgeklärt. Als dann v. Lengerke
meinte, im Kriegsfall werde aber doch jede politische Meinungs-
verschiedenheit ausscheiden und alles einmütig gegen den Feind
losgehen, soll, wiederum nach der Befundung v. Lengerkes, Fischer
geantwortet haben: „Wenn gezögert wird, dann werden wir
einmal ordentlich gegen den inneren Feind los-
gehen und alles kurz und klein schlagen.“

Die Befundung des einzigen Zeugen, eben des Herrn
v. Lengerke, der einige Wochen Fahnenjunker gewesen war,
birgt schon von vornherein den absurdesten Widerspruch
in sich. Denn der angebliche Sozialist Fischer soll sich auf einmal
als wütendster Gegner des inneren Feindes geäußert haben!
Oder sollte der Angeklagte sich mit dem aufdringlichen Fragesteller
nur einen Scherz erlaubt haben? Dann wäre es doch sehr
fraglich, ob nicht die ganze Unterhaltung einfach der Ausflucht
einer lustigen Raune war, auf die kein Pfifferring zu geben ist!

Hinzu kommt, daß die ganze hochnotpeinliche Unter-
suchung, die beim Regiment auf die schriftliche Denunziation
Lengerkes hin unternommen wurde, auch nicht das geringste
Belastende gegen Fischer zutage gefördert hat.
Daß Fischer Sozialdemokrat sei, konnte weder der Kompaniechef,
noch der Feldwebel, noch irgendein Kamerad bekunden! Wohl
aber mußten die Vorgesetzten ihm das Zeugnis eines „tüchtigen
Soldaten“ ausstellen. Daß in dem Regiment in irgendeiner Weise
jemals eine sozialdemokratische Agitation durch Wort oder Schrift
auch nur versucht worden sein sollte, mußte ebenfalls ver-
neint werden. Auch die Kameraden, die in dem Coupé bei der
Unterhaltung zugegen waren, konnten sich absolut nicht auf
die an sich so widersinnigen Äußerungen besinnen, die der
Fahnenjunker a. D. ihrem Kameraden zuschrieb!

Es war also nicht das geringste erwiesen, nicht
das leiseste Verdachtsmoment gegen Fischer vorgebracht

worden. Er selbst bestritt ganz entschieden, eine solche Äußerung
getan zu haben. Mehr noch: Die angeblichen Äußerungen
Fischer's schloßen einander derartig ins Gesicht, daß sie im Ernst
gar nicht gesehen sein konnten! Und trotzdem wurde
der Angeklagte auf das wunderliche Zeugnis des An-
gebers v. Lengerke hin zu drei Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Aber bei unserer Militärjustiz darf man sich ja längst
nicht mehr über Unbegreiflichkeiten wundern!

Der Kampf um die Arbeiter-Turnvereine in Bayern.

In Neustadt a. d. Aisch hat der Bezirksamtmann Freiherr
von Aufsen den Arbeiter-Turnverein für politisch er-
klärt und verboten, daß Volksschüler und Fortbildungsschüler an
den Turnstunden des Vereins teilnehmen. Dagegen ist vom Verein
Beschwerde an die Kreisregierung in Ansbach eingelegt worden.
Obwohl die Beschwerde noch nicht entschieden ist, sucht der Bezirks-
amtmann sein Verbot durchzusetzen. So verbot er vor einigen
Wochen, gelegentlich eines Festes des Arbeiter-Turnvereins, die
Teilnahme der Schüler im Festzuge. Die Turner waren aber
schlauer als der Bezirksamtmann. Sie stellten die Schüler
50 Meter vor dem Festzuge auf, so daß die auf-
gebotenen Schulleute und Gendarmen keinen Anlaß zum Ein-
greifen hatten. Dieser Tage wurden nun 21 Mitglieder des Arbeiter-
Turnvereins vor die Schulkommission aufs Rathaus geladen und
durch einstimmigen Beschluß der Kommission zu je 2 Stunden
Arrest verdonnert, weil sie vor dem Festzug hermarschiert
waren und trotz des Verbots die Turnstunden weiter besucht haben.
Zugleich wurde ihnen angedroht, daß die Kreisstrafe auf vier
Stunden erhöht und sie der Staatsanwaltschaft übergeben
würden, wenn sie dem Turnverein nicht fernbleiben. Auch gegen
diese Verurteilung haben die Eltern der Höglinge Beschwerde eingelegt.
Trotzdem wurde bereits ein Högling durch einen Schu-
lmann in den Arrest abgeführt. Also mit der Ver-
strafung von Kindern fährt man in Bayern den Kampf
gegen die Arbeiterturnvereine. Auf ein tieferes Niveau ist der
Kampf gegen die freiwillige Arbeiterbewegung wohl kaum zu
bringen.

Preussische Justiz.

Das Schöffengericht Christburg (Landgerichtsbezirk
Elbing) hat gegen den Gauleiter Bunde in Elbing wegen an-
geklagter Uebertretung des § 18 Ziffer 2 des Reichsvereins-
gesetzes ein Urteil gefällt, dessen Begründung eine geradezu
klassische Unkenntnis der Arbeiterbewegung verrät. Nur die
wichtigsten Stellen aus der schriftlichen Urteilsbegründung:

„Der Angeklagte wird wegen Uebertretung gegen § 18 Ziff. 2
des Reichsvereinsgesetzes zu 15 M. Geldstrafe, im Neben-
verurteilungsfalle zu 3 Tagen Haft und ferner zu den Kosten des
Verfahrens verurteilt.“

Gründe:

Am 21. Februar 1914 fand in der Gastwirtschaft der Witwe
Bett (über von Sanel) in Christburg eine Versammlung des
Bunde's organisierter Bauhandwerker statt. Sie war öffentlich,
und der Angeklagte als Gauleiter im Bauarbeiterverband hatte
sie einberufen und leitete sie. Es wurden in ihr erörtert zu-
nächst Vereinsangelegenheiten, nämlich Wahl des Vertrauens-
manns und die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, ins-
besondere die Arbeitslosenunterstützung, ferner Tarifverhältnisse.

Die obigen Tatsachen sind durch die glaubhaften eigenen An-
gaben des Angeklagten für erwiesen erachtet. Weil er diese Ver-
sammlung nicht bei der Polizeibehörde vorher angezeigt hatte,
war gegen ihn eine Strafverfügung der Polizeiverwaltung in
Christburg vom 1. April 1914 aus den §§ 5 und 18 Ziffer 2 des
Reichsvereinsgesetzes ergangen und hat er rechtzeitig gegen sie
auf gerichtliche Entscheidung angetragen. Er wendet lebhaft ein,
daß die Versammlung nicht eine politische gewesen ist. Nach § 5
des Vereinsgesetzes ist eine Versammlung angezeigt, wenn
in ihr politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Dies
ist nach dem Dafürhalten des Gerichts in der fraglichen Ver-
sammlung entsprechend der Absicht des Veranstalters geschehen.
Der einen Einblick in die Verhältnisse der inneren Politik hat,
der weiß, daß die Vereine und Beamten des Bauarbeiterver-
bandes ihre Weisungen von der

Leitung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion

erhalten und daß diese Vereine nicht nur soziale und wirtschaft-
liche Ziele verfolgen, sondern, gleichsam nur Einrichtungen
der sozialdemokratischen Partei, erhebliche poli-
tische Bedeutung haben, ferner daß jede Versammlung dazu be-
nutzt wird, die bisherigen Mitglieder und etwa neu hinzu-
tretende in der politisch-sozialdemokratischen Lebensauffassung zu
befestigen oder für sie zu gewinnen. Deshalb ist eine solche Ver-
sammlung, wenn in ihr auch nur Vereinsangelegenheiten in
weiterem Sinne erörtert werden, eine politische; denn der Verein
und seine Ziele sind politischer Art. Demgemäß war die frag-
liche Versammlung angezeigt, und da der Angeklagte sie ohne
die vorgeschriebene Anzeige veranstaltet und geleitet hat, so ist
er nach § 5 Ziffer 2 des Vereinsgesetzes strafbar.

Die von der Polizeibehörde eingelegte Strafe von 15 M.
oder 3 Tagen Haft erscheint angemessen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 497 St.P.O.

gez. Otto."

Deutsche Gerichtshöfe haben schon oft bewiesen, welch ein
fremdes und unbekanntes Gebiet ihnen die moderne Arbeiter-
bewegung ist, aber was sich die Richter in Christburg da zu-
sammenkombinieren haben, ist selbst für ostelbische Verhältnisse
ein starkes Stück. Daß Zweigvereine einer Gewerkschaft von der
„Leitung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion“
Weisungen empfangen, ist eine so originelle Entdeckung, daß
sie berechtigten Anspruch auf ein Reichspatent hat.

Es grant ihnen.

Die neuen Steuerpläne der Regierung haben begreiflicherweise
im Bürgertum alles andere denn angenehme Empfindungen aus-
gelöst. Die bürgerlichen Parteien haben die aufpeitschende politische
Wirkung der bisherigen „Finanzreformen“ zur Genüge kennen ge-
lernt, um begreiflicherweise zu wünschen, eine Zeitspanne von neuen
Steuern oder auch nur Steuerplänen verschont zu bleiben. So
söhnt denn auch das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ in einer
Betrachtung über die jüngsten Steuerabsichten der Regierung:

„Dennoch neigen wir dazu, die Meldungen von
neuen Steuern vorderhand zu bezweifeln. Wir
neigen dazu aus dem ganz einfachen Grunde,
weil wir sie nicht wünschen. Nicht aus irgend-
welchen privatwirtschaftlichen oder egoistischen,
sondern ausschließlich aus patriotischen, aus
geradezu staatserkaltenden Erwägungen. Das
fortwährende Jur-Aberlaffen, die auf das steuerliche Gebiet
übertragene Nadelstichpolitik, verdrängt nämlich auf die Dauer kein
Einzelindividuum, kein Stand, keine Berufsklasse, kein Volk. Es
geht nicht an, daß man der Nation vorredet: Strengt euch nur
diesmal noch recht an und tut kräftig Geld in die Staatskasseln;
ihret werdet hinfort nicht wieder belästigt. Und daß man lächelnd,
als ob nichts gewesen wäre, im Jahre darauf wieder vor sie hin-
tritt und mit den gleichen Redewendungen neue Opfer von ihr
heißt. Unser Erwerbleben und auch unsere Individualwirtschaft
brauchen zunächst einmal Ruhe.“

„Aus patriotischen, aus staatserkaltenden Erwägungen“ wünscht
das nationalliberale Blatt keine neuen Steuern, denn letzten Endes
kommen sie politisch der Sozialdemokratie zugute. Und davor
graut dem Bürgertum. Wäre keine Sozialdemokratie da, es wären
frisch und munter und ohne Gebissensbisse dem braven Büchel auch

meistlich die Taschen geplündert. Aber so — — — Und darum: Um Gotteswillen! Keine neuen Steuern! Auf welche Weise freilich das kommende Defizit gedeckt werden soll, vermag das nationalliberale Blatt nicht anzugeben.

Der Kölner Kardinal gegen die „Kölner“.

Die Wachen sind die Stützungen des Papstes gegen das deutsche Zentrum und die Christlichen Gewerkschaften immer wieder als den Ausfluß mangelnder Kenntnis der deutschen Verhältnisse hinzustellen. Kardinalerzbischof Hartmann von Köln hat diese Ausflüchte zum Anlaß genommen, am vergangenen Sonntag in einer Versammlung in Arefeld folgendes zu sagen:

Wir wollen die Entschließungen des Hl. Vaters ohne Kritik hinnehmen, ist er ja berufen, zu entscheiden und zu wirken unter dem Beistand des Heiligen Geistes. Wenn immer gesagt wird, der Hl. Vater sei nicht richtig informiert über die Verhältnisse in Deutschland, so ist das ein großer Irrtum und eine Beleidigung für den Hl. Vater. Ich kann Ihnen nur versichern, und ich weiß es aus bester Quelle, aus dem Munde eines gewissen Diplomaten, es gibt keine Macht der Welt und kein Ministerium, welches so genau informiert ist wie der Hl. Vater. Zu formatorischen der einzelnen Länder die besten Informanten hat, die ihn über alles unterrichten. Darum ist es eine Lüge und Unehrlichkeit, immer wieder zu sagen, der Hl. Vater sei nicht genau informiert. Er ist genau informiert darüber, was in Deutschland vorgeht, und er wird alles tun, was notwendig ist für das Heil der Katholiken.

So berichtet die „Kölnische Volkszeitung“ in Arefeld. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat über die Rede des Kölner Kardinals aus guten Gründen bisher kein Wortchen verlauten lassen. Es ist überhaupt die neue Taktik der „Kölner“, den Kölner Erzbischof totzuschweigen, weil seine Reden beim besten Willen nicht für die Kölner zu verwenden sind. Es wird behauptet, daß auch die Indignation Waders auf den Kölner Kardinal zurückzuführen sei, was wahrscheinlich genug, denn die auf den Indignation Waders ist in der Kölner Erzdiözese, in Essen, gehalten worden. Für die Wachen ist die Situation wieder äußerst ungeschicklich.

Aus dem Dresdener Garnisonlazarett.

Zahlreiche Uebergriffe eines Sanitätsunteroffiziers gegenüber Kranken, Wärtern und Sanitätsoldaten in der Weiskrankenstation des Dresdener Garnisonlazarets bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Oberkriegsgericht. Den Kerzen der Geisteskrankenstation war schon seit längerer Zeit bekannt, daß der 25 Jahre alte in Leinzig geborene Sanitätsunteroffizier Schneider nicht das richtige Geschick hatte, mit Untergebenen umzugehen. Schneider wird als unruheriger Vorgesetzter und hoch über man ihn an einer Stelle Dienst tun, wo doch ernste und gefestigte Männer hingehören! Endlich kam die Sache an den Tag und zur kriegsgerichtlichen Abhandlung. Die damalige Verhandlung endete damit, daß das Gericht „vorschriftswidrige Behandlung und minder-schwere Fälle“ annahm und auf die milde Strafe von 6 Wochen mittleren Arrest erkannte! Unter Anklage standen weit über 60 Einzelfälle, die aber zum Teil als eine fortgesetzte Handlung angesehen wurden. Zu den Angeklagten des Angeklagten gehörte es, die Untergebenen bei jeder Gelegenheit kräftig abzuschnüffeln. Ein Soldat wurde mit dem Anie ins Gefäß gestochen und ein anderer bei zehn verschiedenen Anlässen angepöbel, abgeschüttelt und an der Halsbinde hängend in der Stube hin- und hergezogen. Andere wurden geschüttelt und dabei ins Gesicht geschlagen. Bei der Frühstücksausgabe wurden auch Ohrfeigen mit ausgeteilt. Ein Kranter, der sich nachts mal aufgedeckt hatte, ist vom Angeklagten auf das nackte Gefäß geschlagen worden. Er fing an zu weinen und erklärte, er halte es nicht mehr aus und wolle sich das Leben nehmen. Ganz arg hat es der Unteroffizier mit dem Kranken Schubert getrieben. Dieser Mann ist bei ungefähr 30 Anlässen ins Gesicht geschlagen, geknufft, gepufft, abgeschüttelt und an der Nase gezerrt worden. Der Angeklagte stellt alles als „Scherz“ hin. In der Verurteilungsverhandlung war der Anklagebetreuer mit dem Verteidiger der Ansicht, daß der Angeklagte nur aus „Bekennung seiner dienstlichen Stellung“ gehandelt und lediglich „aus Zeitvertrieb allerlei grobe Scherze“ gemacht hat. Seinem Antrage gemäß wurde die Strafe auf 6 Wochen mittleren Arrest herabgesetzt!!

Oesterreich und Serbien.

London, 17. Juli. Die offizielle „Westminster Gazette“ schreibt: Die albanische Frage und die österreichisch-serbischen Beziehungen sind im Augenblick zwei voneinander getrennte Fragen, aber alle Balkanfragen sind schließlich eins, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß die österreichisch-serbischen Beziehungen durch den albanischen Wirrwarr kompliziert werden, der die serbischen Hühler offenbar in Verjahrung führt. In Oesterreich-Ungarn sei die Ansicht weit verbreitet, daß versucht werde, die serbische Bevölkerung in der Monarchie zu bearbeiten, um eine Abspaltung derselben von Oesterreich vorzubereiten. Unter solchen Umständen könne man nicht erwarten, daß die Regierung untätig verbleibe. Serbien werde gut beraten sein, wenn es sich die Verdrückung der Besorgnis seines großen Nachbarn dergewegens und alles tue, sie zu zerstreuen, ohne auf einen Druck zu warten, der nach den Worten des Grafen Tisza kriegerische Verwicklungen bringen könnte. Eine solche Lage zwischen einer großen und kleinen Macht sollte zu keiner Gefahr Anlaß bieten, wenn die Großmacht sich hochschreitender Maßregeln enthalte, die den Stolz und die Würde des kleineren Nachbarn verletzen. Die Zeitung schreibt ferner: Wir hoffen und glauben, daß dies der Fall sein wird, soweit Oesterreich-Ungarn in Betracht kommt, aber die kleinen Balkanvölker rechnen auf die Neutralität größerer Nachbarn. Wir hoffen, daß die Erfahrungen der Balkankriege eine ernüchternde Wirkung haben werden. Die Nächte waren damals während der ganzen Zeit entschlossen, Verwicklungen zu vermeiden. Wir hoffen auf eine gemeinsame Bemühung, diese Schwierigkeit zu lösen, und daß die traurige ultima ratio, wie Graf Tisza sagte, nicht einmal zur Erörterung zu kommen braucht.

Eine zweifelhafte Meldung.

Budapest, 17. Juli. Der Vester Lloyd hält gegenüber dem Belgrader Dementi seine Meldung von der Erhöhung des serbischen Friedenspräsenzstandes auf 110 000 Mann aufrecht.

Der Aufstand in Albanien.

Durazzo, 17. Juli. Die mit immer größerer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte von einem Angriff der Aufständischen auf die Stadt verursachen insbesondere unter der Bevölkerung der Vororte eine wachsende Beunruhigung. Zahlreiche Familien aus den Vororten flüchten mit ihren Habeleistungen in die Stadt und nehmen bei Verwandten und Bekannten Aufenthalt. Andere verlassen Durazzo. Unter den Freiwilligen, die aus etwa 150 Rumänen, Oesterreichern und Deutschen bestehen, herrscht wegen der mangelhaften Unterweisung und Lebensverhältnisse Unzufriedenheit, so daß zahlreiche Freiwillige wieder heimreisen. Ebenso verlassen viele Rumänen Durazzo. Hierher gelangte Berichte aus der

Umgebung Salonas besagen, daß die Kollage unter den Flüchtlingen unbeschreiblich sei, da es ihnen an allem Notwendigen mangle.

Neuer Proteststreik in Petersburg.

Petersburg, 17. Juli. Als Protest gegen die Unruhen in Vaku streifen heute die Arbeiter großer und kleiner Betriebe Petersburgs. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 55 000. Arbeiter verfuhrten demonstrative Umzüge, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Besonders erregt zeigte sich die Menge bei der Putilowbrücke, wo die Arbeiter diese Polizeibeamte durch Steinwürfe und Stockschläge verletzten. Die Polizei machte von Feuerwaffen Gebrauch. Zwei Arbeiter wurden dabei schwer und zwei leicht verletzt.

Italien.

Zwei bedeutungsvolle kommunale Wahlsiege.

Rom, 15. Juli. (Sig. Ver.)

Die Kommunalwahlen vom letzten Sonntag, bei denen unsere Partei in vielen kleineren Gemeinden Oberitaliens ihre Stellungen erfolgreich behauptet hat, haben zwei vielseitige und schwerwiegende Ergebnisse zeitigt: den Sieg des demokratischen Blocks in Neapel und des Bundes der Sozialparteien in Ancona. Das Wahlergebnis in Neapel entwirft die Verteilung der größten Stadt Italiens endlich jener beträchtigen Konfession, deren Wirtschaft so oft die Presse des In- und Auslandes beschäftigt hat. Sozialisten, Republikaner und bürgerliche Radikale eroberten gemeinsam die Stadtverwaltung und bieten so dem armen Volke von Neapel endlich die Möglichkeit, sich auf geschlichem Wege von der Verwaltungskamorra der herrschenden Clique zu befreien, die mindestens 500 000 Unheiß ist, wie die Kamorra des Lumpenproletariats. Bemerkenswert ist, daß der Wahlsieg durch ein Bündnis der Sozialparteien errungen wurde, dem die Sozialisten Neapels nur durch ihren Austritt aus der Partei beitreten konnten, da der Parteitag in Ancona ein für alle mal die Wahlbündnisse ausgeschlossen hatte. Das Resultat bestätigt die Ausführungen des sozialistischen Abgeordneten Lucchi auf dem letzten Parteitag. Lucchi erklärte damals, daß den Sozialisten in Neapel nicht die Wahlmasse sondern nur die Kandidaten fehlten, mit denen sich eine Stadtverwaltung bilden ließ. In der Tat haben gerade die Kandidaten die größte Stimmzahl erhalten.

Während der Wahlsieg von Neapel eine vorwiegend praktische Bedeutung hat, kommt dem Ergebnis von Ancona eine eminente prinzipielle Wichtigkeit zu. Auch in Ancona ist es zu einem Bündnis zwischen Republikanern und Sozialisten gekommen, während die Anarchisten, als prinzipielle Gegner der Wahlbeteiligung, sich ferngehalten haben, aber dieses Bündnis hat die Billigung des Parteivorstandes gefunden, mit Rücksicht auf die ausnahmeweise Situation, in der sich Ancona heute unter dem Anprall der Reaktion befindet. Die Kandidaten des sozialistisch-republikanischen Blocks waren ausnahmslos Opfer der sich an die Junitage anschließenden Polizeiverfolgungen und Komplottschändereien und befinden sich zum größten Teil in Untersuchungshaft. Es ist man zweifellos ein imponierender Beweis für die Kraft und die feste Fügung der revolutionären Bewegung in Ancona, wenn sie in einem Moment, wie dem heutigen, wo der überstandene Schrecken alle Widerstandskraft der Reaktion mobilisiert hat, die Stadtverwaltung zu erobern vermag und als Kandidaten gerade die Persönlichkeiten wählen kann, an denen die Bourgeoisie sich eben ansieht, ihre Macht auszulassen. Die Regierung scheint aber das „Rene Teitel“ nicht zu verstehen, das in den Wahlergebnissen von Ancona liegt: sie fährt fort, in den Marken und in der Romagna eine Verfassung nach der anderen vorzunehmen. Die Reaktion spielt dabei ein recht gefährliches Spiel.

Jugendbewegung.

Ein unverständliches Urteil. Das Königsberger Schöffengericht hatte kürzlich über den Einspruch des Vertrauensmannes der hiesigen Arbeiterjugend, Arbeitersekretär Franz Krüger, gegen drei polizeiliche Strafbefehle in Höhe von je 30 M. zu entscheiden. Zwei Strafmandate hatte Krüger erhalten, weil er zwei Jugendversammlungen, die die Polizei als politische ansah, nicht angemeldet hatte, das dritte, weil er den mit der Ueberwachung beauftragten Beamten einen angemessenen Platz nicht angewiesen habe. In der ersten Versammlung wollte Krüger über das Thema „Die Entstehung und Entwicklung der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften“ sprechen; eingeladen hatte er dazu ihm bekannte Jugendliche durch besondere Einladungen. Es lag also bestimmt weder eine öffentliche, noch eine politische Versammlung vor.

Die zweite Versammlung, in der Krüger über „Arbeiterjugend, Jungdeutschland und nationale Jugendpflege“ sprechen wollte, wurde nach wenigen Worten des Referenten durch die Polizei gesprengt. Einen Platz hatten die Polizeibeamten nicht verlangt. Der Anklagebetreuer führte u. a. aus, schon die Erwähnung des Jahres 1848 sei politisch (!).

Das Gericht bestätigte die polizeilichen Strafbefehle und führte begründend aus, die erste Versammlung sei keine geschlossene, sondern eine öffentliche gewesen, weil der Personkreis nicht ein bestimmter gewesen sei, auch seien in ihr politische Angelegenheiten erörtert worden. Die zweite Versammlung — die gesprengt worden war, ehe das Akterat gehalten wurde (!) — sei aus öffentlichen Erwägungen ebenfalls politisch. Dadurch, daß Krüger die Beamten aus dem Lokal gewiesen habe, habe er behauptet, daß er nicht die Absicht gehabt habe, einen Platz für den Ueberwachenden anzuweisen.

Nach der Logik des Urteils, gegen das selbstverständlich Berufung eingelegt werden wird, ist eine Versammlung, in der ein Sozialdemokrat spricht, gleichviel vorüber und vor wem er spricht, immer politisch. Wenn solche Sprudspraxen Platz greifen sollte, so wäre es schon zweckmäßiger, der Polizei das Recht einzuräumen, alle Handlungen von Sozialdemokraten zu verhindern und zu bestrafen, ohne erst Gerichtsverhandlungen zu inszenieren.

Die Jahreskonferenz der Jugendauschüsse des Niederrheins.

Am Sonntag den 12. Juli, kamen die Vertreter der Arbeiterjugendbewegung aus dem Bezirk Niederrhein in Essen zusammen, um den Geschäftsbericht entgegenzunehmen und die Arbeit im neuen Geschäftsjahre zu beraten. Aus dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß die Arbeiterjugendbewegung im Bezirk wieder einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat. Die Abonnentenzahl der „Arbeiterjugend“ stieg von 7384 auf 8653. Jugendauschüsse wurden 7 neu gegründet, zwei sind eingegangen und zwei andere sind größeren Orten einberleibt worden; die Zahl beträgt jetzt 35.

Ein Bild kräftiger Vorwärtsbewegung zeigt der Stand der Jugendheime. 1912/13 waren 6 Heime mit 11 Räumen, 1913/14 14 Heime mit 25 Räumen und jetzt 33 Heime mit 48 Räumen vorhanden. An Kosten werden im ganzen dafür aufgebracht 8412,07 M. Die in den Heimen untergebrachten Bibliotheken umfassen 7578 Bände, außerdem liegt in den Heimen eine reichhaltige Zeitschriftenliteratur aus.

Die rastlose Tätigkeit unserer Funktionäre geht aus der geleisteten Bildungsarbeit hervor. Im vorigen Jahre waren 228 Einzelvorleser mit 13 583 Teilnehmern verzeichnet. Diesmal waren es 372 mit 18 800 Teilnehmern. Unterrichtskurse haben 9 mit 443 Teilnehmern stattgefunden, Vortragsreihen 74 mit 2820

Teilnehmern. Künstlerische Veranstaltungen und Feste wurden 117 mit 13 528 Besuchern abgehalten. Wissenschaftliche Führungen durch Museen, Ausstellungen, industrielle Anlagen usw. fanden 41 mit 1025 Teilnehmern statt.

Durch die Betätigung auf dem Gebiete des Jugendschutzes sind den Jugendauschüssen von den Behörden viel Unannehmlichkeiten bereitet worden.

An gewerkschaftlichen Jugendsektionen sind 11 mit 1414 Mitgliedern vorhanden. Ein Zeichen der Opferwilligkeit ist die Finanzierung der proletarischen Jugendbewegung. Ingesamt sind von den Jugendauschüssen circa 34 000 M. Einnahmen aufgebracht worden, denen 31 652 M. Ausgaben gegenüberstehen.

Um dem Mangel an geeigneten Jugendleitern abzuhelfen, wurde eine Reihe Jugendleiterkurse abgehalten. Zu den in Berlin abgehaltenen Kursen wurden zwei Jugendleiter von Arefeld und Darmen delegiert.

In lebhafter Weise wurde über den umfangreichen Geschäftsbericht debattiert. Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht, Vorschläge zur Abhilfe bemerkbarer gewordenen Mängel gemacht.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz

konnte im Jahre 1913 an 22 Orten neue Sektionen gründen und hat ihre Mitgliederzahl auf 1500 Aktivmitglieder erhöht. Von diesen Aktivmitgliedern sind 214 weiblichen Geschlechts. Das Organ der Jugendlichen erschien in einer durchschnittlichen Auflage von 3860 Exemplaren gegen eine Durchschnittauflage von 3275 Exemplaren im Jahre 1912. Das Verhältnis zur Gesamtpartei und zur Gewerkschaft hat sich günstig gestaltet. Die früheren Differenzen mit einzelnen Parteisektionen sind durch ein Abkommen behoben worden — die organisatorische Unabhängigkeit der Jugendlichen ist völlig gewahrt, nur ist die Partei der „Alten“ durch ein Mitglied der Geschäftsleitung der Sozialdemokratie, das aber keine beschließende Stimme hat, in der Zentralleitung der Jungen vertreten.

Gegen die Soldatenmißhandlungen.

Die ungeheure Erregung, die im Volke über den Prozeß Luxemburg und die Soldatenmißhandlungen herrscht, kam auch in einer zum gestrigen Abend vom Wahlverein Steglitz einberufenen öffentlichen Versammlung in prägnanter Weise zum Ausdruck. In Scharen waren die Zuhörer gekommen. Arbeiter und Bürger, Frauen und Männer, alle wollten dabei sein, wenn die düsteren Dramen des Soldatenlebens, Schreden der Kasernen, vor dem Forum der Öffentlichkeit entrollt werden sollten. Frühzeitig war der Saal im „Pfeifenwäldchen“ überfüllt. Viele mußten stehen. Selbst vor den Fenstern haute sich die Menge.

Wie der Vorsitzende Jachow zu Beginn der Versammlung mitteilte, habe der eine Referent, Rechtsanwalt Dr. Levy, nicht erscheinen können, da er noch nicht vom Prozeß Karski aus Kiel zurück sein konnte.

Dafür übernahm der andere Referent, Reichstagsabgeordneter Dr. Lenich es, das Thema des Tages in seinem vollen Umfange zu behandeln. Der Referent ging zunächst auf den Prozeß Luxemburg ein, den er als den merkwürdigsten Prozeß aller Prozesse bezeichnete, und der sicherlich auf immer vertagt bleiben werde. Sodann geißelte Redner mit großer Sachkenntnis und ähendem Sarkasmus das Wesen unseres Militarismus und im Zusammenhang damit die Soldatenmißhandlungen sowie deren Ursachen. Wenn jährlich 300 bis 500 Selbstmorde und -versuche und 3000 Fahnenflüchtige zu verzeichnen seien, so sprächen diese Zahlen eine furchtbare Sprache. Ein bewaffneter und geschützter Vorgesetzter, der einen wehrlosen Untergebenen systematisch mißhandelt, hat keine Ehre. (Stürmische Zustimmung.) Einem solchen Lumpen sollten die Abzeichen vor der Front abgerissen werden. (Stürmische Zustimmung.) Leider urteilten die Kriegsgerichte nicht so, sonst könnten derartige Fälle nicht meist so aufrichtig milde bestraft werden. Redner zeigte dies an besonders erschütternden Beispielen unter stürmischer Zustimmung der Versammlung. Kein Wunder, wenn dieser Rechtsprechung im Volke kein Vertrauen entgegengebracht werde. Das Verfagen der Militärbehörden im Kampfe gegen die schrecklichen Soldatenmißhandlungen entspräche letzten Endes der Furcht um die Disziplin und vor dem Erstarren der Arbeiterklasse.

Redner gab sodann noch einen historischen Abriss über die Entwicklung der preußischen Armee und schloß seine interessanten Ausführungen mit einem kampfstrohen Ausblick unter dem tosenden Beifall der Versammlung.

In der Diskussion forderte noch ein Redner die Eltern auf, ihre Kinder unserer Jugendbewegung zuzuführen. Daraus schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Rundgebung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Letzte Nachrichten.

Die Stichwahl in Koburg.

Koburg, 17. Juli. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Sachsen-Koburg-Gotha wurden von 17 128 Wahlberechtigten 14 970 Stimmen abgegeben. Es erhielten Fabrikant Arnold Neuhardt (Christlich-sozialistische Volkspartei) 9178 Stimmen, Rechtsanwalt Hofmann-Hof i. B. (Sozialdemokrat) 5793 Stimmen. Arnold ist somit gewählt. Bei der Hauptwahl am 10. Juli erhielten Hofmann (Soz.) 5688, Arnold (Christlich-sozialistische Volkspartei) 5581 und Stoll (nati.) 3412 Stimmen.

Kardinal Hartmann interpretiert.

Köln, 17. Juli. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Arefeld: Auf eine Ansprache Venings-Dortmund in einer Vorstandssitzung des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse erwiderte Kardinal Hartmann-Köln u. a., daß er in seiner Rede vom vorigen Sonntag, in der er ausführte, die deutschen Katholiken sollten zum Papst Vertrauen haben, der stets ausgezeichnet informiert sei, nicht den Tadel der Zentrumspartei im Hirtenbrief des Bischofs von Como im Auge gehabt habe. Daran habe er überhaupt nicht gedacht. Er billige die betreffende Stelle im Hirtenbrief des Bischofs von Como in keiner Weise und sei auch überzeugt, daß, wie er aus sicherer Quelle wisse, der Heilige Vater überhaupt keine Mißbilligung des Zentrums beabsichtige.

Einigungsverhandlung in der Solinger Aussperrung.

Solingen, 17. Juli. Die Aussperrung der Solinger Arbeiterschaft wird voraussichtlich unterbleiben. Das Einigungsgesamt, das heute als letzte Instanz vor der Aussperrung zusammentrat, hat sich auf Vorschläge geeinigt, bei deren Annahme durch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhoffen ist, daß die allgemeine Sperre vermieden wird. Die Generalversammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden morgen zu den Einigungsentscheidungen Stellung nehmen.

Die amerikanische Eisenbahnerbewegung.

Chicago, 17. Juli. Die Vertreter von 55 000 Maschinisten und Heizer von 98 Eisenbahnen des Westens, die höhere Löhne verlangten und, wie gemeldet, keine Vermittlung annehmen wollten, haben jetzt die Vermittlung der Bundesregierung angerufen.

Jandorf's 39. Woche

Es versäume Niemand von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen! Beachten Sie unsere Schaufenster

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.

Lebensmittel

Nicht am Spittelmarkt. Mit * bezeichnete Artikel werden nicht zugessandt. Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Wurstwaren

Gervelat-od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Thüringer Knoblauchwurst	Pfd.	1.40
Bauernbratwurst	Pfund	1.15
Teewurst	Pfund	98 Pt.
Jagdwurst	Pfund	95 Pt.
Landleberwurst	Pfund	85 Pt.
Rot-od. Zwiebelwurst	Pfund	50 Pt.
Nusschinken	Pfund	1.25
Schinkenspeck	Pfund	98 Pt.
Speck	1 Pfund 58 Pt. mager Pfund 75 Pt.	

Butter und Käse

Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	60 Pt.
f. Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	65 Pt.
Schweizer Käse	Pfund	85, 95 Pt.
Tilsiter Käse	Pfund	68 Pt.
Limburger Käse	Pfund	38 Pt.
Land-od. Kuhkäse	2 Stück	35 Pt.
Gamembert Käse	Stück	18 Pt.
Harzer Käse	5 Stück	10 Pt.

* Frisches Fleisch

Hammelkeule	im Ganzen Pfund	90 Pt.
Hammeldünnung	Pfd.	80 Pt.
Kalbskamm	Pfund	70 Pt.
Kalbsbug	Pfund	75 Pt.
Kalbsbrust	Pfund	85 Pt.
Rinderkamm	Pfund	75 Pt.
Gehacktes	Pfund	60 Pt.
Goulasch	Pfund	60 Pt.
Vordereisbein	Pfund	35 Pt.
Schweineköpfe	Pfund	20 Pt.
Rückenfett	Pfund	45 Pt.
Liesen	Pfund	55 Pt.

* Kassler 80, 88 Pfund

Kaffee	frisch gebraut 1/2-Pfund-Paket	55, 60, 65 Pt.
Kakao	garantiert rein	Pfund 68 Pt.
Puddingpulver	gefärbt 5 Pak.	28 Pt.
Himbeersaft	1/4 Fl. 48 1/2 Fl. 90	Pt.
Apfelwein	3 Flaschen	98 Pt.
* Gänseklein		85 Pt.

* Frische Eier 75, 95 Pfund

* Junge Gänse	Pfund	65, 73 Pt.
* Gänserümpfe	Stück	2.50, 3.50
* Junge Hühner	Stück	75, 1.50
* Junge Enten	Stück	1.95, 2.95

* Obst und Gemüse

Aprikosen	Pfund	25 Pt.
Pflaumen	Pfund	18 Pt.
Stachelbeeren	2 Pfund	15 Pt.
Blaubeeren	Pfund	25 Pt.
Saure Kirschen	Pfund	23 Pt.
Johannisbeeren	Pfund	15 Pt.
Australische Äpfel	Pfund	25 Pt.
Birnen	Pfund	20 Pt.

Kartoffeln 10 Pfund 48 Pfund

Grüne Gurken	Stück	8, 12, 15 Pt.
Grüne Bohnen	2 Pfund	25 Pt.
Schoten	2 Pfund	15 Pt.
Mohrrüben	3 Pfund	10 Pt.
Wirsingkohl	Kopf	8 Pt.
Weisskohl	Kopf	12 Pt.
Tomaten	Pfund	10, 15 Pt.
Zitronen	Dutzend	25, 35 Pt.
Salat	3 Kopf	10 Pt.

Räucherwaren

Pommersche Flundern	Pfund	30 Pt.
Fett-Bücklinge	5 Stück	18 Pt.
Aale	gekochert	Pfund 1.10
Aale	gekochert	Duzd 43 Pt.
Sardellen	Pfund	58 Pt.
Lachs	gekochert 1/4 Pfund	30 Pt.
Matjes-Ringe		9, 12, 15 Pt.

Bade-Artikel

Frottier-Handtücher	m. Kante weiss	65, 85, 95 Pt.
Frottier-Bade-Laken	für Kinder	95, 1.25, 1.65
Frottier-Bade-Laken	für Herren od. Damen	2.35, 2.75, 3.45

Bade-Mäntel	weiss	3.45, 4.50
Bade-Mäntel	m. Ärmel u. Tasche	6.25, 6.95, 8.50
Trikot-Anzüge	für Herren oder Damen	1.65, 1.95, 2.25

Trikot-Anzüge	für Kinder	65, 75, 95 Pt.
Schwimmhosen	Trikot, für Kinder	15, 20, 35 Pt.
Badekappen	aus Gummi-stoff, garniert	95
	Naturgummi, m. Trikotrand	95, 1.45

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk 776 h.
Am Dienstag, den 14. Juli, verstarb unser Genosse, der Restaurateur **Karl Klatt** Transvaalstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstandsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Schlosser **Gustav Nitschke** durch Ertrinken gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Metallarbeiter **Franz Hufen** Blüthstraße 9, am 14. Juli an Herzleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
1926 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 14. d. Mts., verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Kassierer **Richard Wilke**.
Ein ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm
Das Personal der Druckerei Otto v. Holten.
Beerdigung: Sonnabend 1/2 Uhr im Städt. Friedhof, an der Bergstraße. 2721b

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk N.
Am Sonntag, den 12. Juli, verstarb unser Genosse, der Schlosser **Gustav Nitschke** Plantagenstraße 13, Bezirk 795.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße (Ecke Seestraße), aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege, der Holzfäller **Martin Benicke** am 15. Juli im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Geschliffelener **Georg Kober** am 16. d. Mts. im Alter von 39 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshäuser Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der frühere Holzfäller **Paul Thier** von der Firma Vorhard u. Frühfahrt am 15. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwig-Kirchhofes in Weihensee, Wörthstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
66/20 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Lankwitz.
Nachruf.
Am Sonntag, den 12. Juli, verstarb unser Parteigenosse **Gustav Hübner.**
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heimzuge meines imiggelebten Mannes sage ich allen Kollegen, Freunden, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Hoegge geb. Schulze. 1926

Dankfagung.
Allen lieben Freunden, Bekannten und den Kollegen meines verstorbenen Mannes, die mich während dessen langer Krankheit unterstützten, ferner den Genossen und Sängern spreche ich für die bewiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meines unerlässlichen Gatten und Vaters unseren tiefempfundenen Dank aus.
Paula Kroll und Tochter
Boulevardstr. 51. 921

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Wieloch sowie den Kollegen der Firma Gölich und den Mitbewohnern des Hauses Ansterburger Straße 17 unseren herzlichsten Dank.
Wilhelm Zieple und Töchter.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Albert Michaelis** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein, dem Sängerkorps Wedding, der Firma Schuchardt u. Schulte, den Mietern des Hauses Wrechter Straße 17 sowie dem Hauswirt Herrn Schubert und den Damen der Vorstandspedition Müllerstraße 33a unseren herzlichsten Dank.
Witwe Emma Michaelis und Kinder. 11781

Dankfagung.
Für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Hildegard** sagen wir allen Teilnehmern unseren besten Dank.
1926
Familie Mathewö.

I.M.
wöchentl. Teilzahlung
Lieferung elegant
Herren-Moden
fertig und nach Maß
Garantie für tadello. Sitz und feinste Verarbeitung
J. Kurzberg & Co.
Maß-Schneiderei
Gegründet 1898
Rosenthaler Straße 36
I. Etage
Wir bitten genau auf Hausnummer 36 zu achten, da wir keine Filialen unterhalten.

Monats-Garderobe!
4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Sommerpaletots sowie u. Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Erde), i. jed. Figur pass. in größter Auswahl u. unübertroffen billigen Preisen.
1 Tr., deshalbbilliger wie im Laden.
Wasserrort.
Hirsch Kielerbaum, Straße 12/13 1

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Westmann
Mohren-Strasse 37a (Kolonnaden)
Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andrea-Strasse
Genau: Besichtigung d. Hausnummer erbeten

Nur 2 Tage allergrösste Preisermässigung!

Loden-Pelerinen 150 cm lang, Frotte-Kostüme für 2 Tage nur 876
Lodenshirts, echt engl. Gummi-Mäntel, Staub-Mäntel für 2 Tage nur 1276
Loden-Kostüme, echt holstein. Fabrikat, blaue Kammgarne-Kostüme, seidene Mäntel für 2 Tage nur 1950
Reinseld. Kostüme, lange Plüschmäntel, elegante seidene Gummi-Mäntel, 500 Gramm leicht für 2 Tage nur 3425
Echte Ulster-Paletots für 2 Tage nur 22.-
Echte Seal-Plüsch-Mäntel, lang für 2 Tage nur 85.-
Echte Pelz-Mäntel lang, echte Felle für 2 Tage nur 142.-
Sonntags 8-10 geöffnet

Eine Weltreise für 15 Pf. Bereits 38 000 Anmeldungen.
Retter versäume, den am vorigen Sonntag beigefügten Zeitungsheft sofort auszufüllen und einzusenden, um für nur 15 Pf. pro Woche die hochinteressante Weltreise mitzumachen. Sollte der Zeitungsheft verloren gegangen sein, genügt eine Postkarte an: „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Carl 11

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

Gewerkschaftliches.

Terrorismus einer Anstaltsdirektion.

In Bräunsdorf bei Freiberg (Sachsen) befindet sich eine große Erziehungsanstalt, der besonders der Fürsorgeerziehung überwiesene Kinder und minderjährige Personen zugewiesen werden. Ein früherer Zögling dieser Anstalt steht seit einiger Zeit bei einem Spektier in der genannten Stadt die Fuhrwerksbesitzer und Spektiere mit ihren Arbeitern, besonders den Kutschern, in Differenzen, wobei es auch zu einem kurzen Streik kam. Bei dieser Gelegenheit scheint der oben erwähnte Spektier auch erfahren zu haben, daß sein Arbeiter, der ehemalige Zögling der Anstalt Bräunsdorf, dem Transportarbeiterverband angehört. Durch ihn hat wohl auch die Anstaltsleitung Kenntnis erhalten, die nun eiligst folgendes Schreiben an den jungen, jetzt übrigens bereits 20 Jahre alten Mann richtete:

Rönlgl. Anstaltsdirektion Bräunsdorf.

Herrn D.

bei Herrn Spektier B.

Wie hier in Erfahrung gebracht worden ist, gehörst Du dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband an. Wenn Du nicht umgehend Deinen Austritt aus diesem Verbande der Anstaltsdirektion anzeigst, wirst Du ohne Gnade in die Anstalt zurückgenommen werden.

Mittels.

Hier versucht eine staatliche Anstaltsdirektion, einen jungen Arbeiter durch unzulässige Drohungen um sein Koalitionsrecht zu bringen. Zu diesem Vorgehen fehlt allerdings jeder Rechtsgrund. Nur durch ein Ueberlassen eines hiederlichen Lebenswandel hingibt oder Ausschreitungen anderer Art begeht, könnte er wieder in die Anstalt genommen werden; aber auch nur bis zu einem Lebensalter, das der junge Mann schon erreicht hat; das ist ein unerhörtes Verhalten einer Anstaltsdirektion. Ob sie dabei den Wünschen des betroffenen Unternehmers gefolgt ist, läßt sich zwar nicht feststellen, doch spricht viel dafür. Dadurch würde die Sache aber nur schlimmer. Der Vorfall wird voraussichtlich im Landtage erörtert werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Hamann u. Co., Michaelkirchstr. 15, ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Infolge von Lohnhöhen kam es zwischen dem Unternehmer resp. dessen Vertreter und den Arbeitern zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf zwei im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein organisierte Mitglieder wegen beleidigender, aber beständiger Auseinandersetzungen entlassen wurden, worauf die im Zentralverband organisierten sowie die übrigen Kollegen und Kolleginnen sich mit den Entlassenen solidarisch erklärten. Angeknüpfte Verhandlungen führten weder in der Lohnfrage zum Ziele noch zur Wiedereinstellung der Entlassenen. Zentralverband der Schuhmacher, Dreibertverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik der Holzarbeiter der Steh-Pianosfabrik in Götha ist vorläufig als beendet zu betrachten. Nach achtwöchigem, ruhig verlaufenem Kampf ist zunächst von den 60 Polierern die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Fabrikleitung bestimmte Zugeständnisse gemacht hatte. Die übrigen Branchen werden nach und nach in den Betrieb zurückgeführt, um Störungen zu vermeiden. Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden sind nicht zu verzeichnen. Sollte in diesem das von den Polierern Gesforderte von der Direktion abgemacht werden, ist in vollem Umfang bewilligt werden.

Kleines Feuilleton.

Ein Kniff. Ein Fräulein Madeleine vom Metropoltheater hatte in einer Hamburger Zeitung den modernen bürgerlichen Männern das Recht auf den Schillertrag abgeprochen, da befugter Kräfte eine freie Kraft sei. Im Hinblick auf den ästhetischen Charakter des Tragischen und auf die großen revolutionären Kämpfe aus der historischen Frühzeit des Bürgertums hatte sie damit durchaus recht. Wir übernahmen also die Bezeichnung „Tracht der Freiheit“, als wir den Vortrag kurz gliederten. In der „Tägl. Rundschau“ hat sich nun aber ein F. H. gefunden, der die polemische Kunst versteht, eine „Tracht der Freiheit“ in eine „Zeit der Freiheit“ zu verwandeln. Auf diese Weise wird uns also der Unfug aufgehaßt, daß wir die schmachtvolle Periode, die Schiller in „Kabale und Liebe“ festgehalten hat, eine „Zeit der Freiheit“ genannt hätten. Um der ganzen Sache mehr Würze und Kraft zu geben, setzt F. H. „Zeit der Freiheit“ als mehrteiliges Bitat in Anführungsstriche, während sich bei selbstverständlicher Weise die Worte noch der Inhalt finden. Ist F. H. wirklich so von journalistischer Stoffarmut geplagt, daß er sich in langen Artikeln über selbstfabrizierte Bitate entzünden muß?

Reinhardt's Vorläufer. Er hieß Frankoni, und sein Name ist in der Geschichte des Zirkus das, was der Name Reinhardt in der des Theaters sein wird. Der nach ihm benannte Zirkus, der, anfänglich eine englische Reiterbude, kurz vor der großen Revolution von einem Engländer in Paris begründet war, ging im Jahre 1800 an Frankoni's Söhne über. Es wurden dort neben Zirkusauführungen damals schon große Rimodramen gegeben, bei denen die ganze Familie Frankoni, besonders die Gattin des einen, die schöne Ninette Frankoni, mitwirkte. Aber erst nach dem Brande des Zirkus im Jahre 1826 und der Wiedereröffnung des Neubaus im Jahre 1827 wurde aus dem Zirkus das Theater der 5000. Nach der Revolution von 1830 wurden hier fast nur noch große Rationaltheaterstücke aufgeführt, zu denen der Zirkus so ungeheuer war, daß man nicht selten erst nach einer Wartezeit von 14 Tagen eine Einlaßkarte erhalten konnte. So wurde das ganze Leben Napoleons von der Schule von Brienne bis zu seinem Begräbnis auf St. Helena in zehn Vorstellungen aufgeführt, wobei die herrlichen Dekorationen, die reichen und ganz getreuen Kostüme, das Schlachtengewühl usw. die Hauptrolle spielten. Literarischen Wert hatten diese Werke nicht. Sie waren nämlich nach den Angaben des Direktors von Mitgliedern der Truppe (Dramaturgen also) zusammengestoppelt. Dagegen waren die Inszenierungen so vortrefflich, daß sie allgemeine Bewunderung erregten: Horace Vernet besuchte sie, um seine Schlachtgemälde möglichst lebendig darstellen zu können. Wer nie einer Schlacht beigewohnt, konnte sich hier mitten in einer denken. Dabei waren die Pferde dieser Kavallerie so vortrefflich dressiert, daß sie die erstaunlichsten Dinge, wie das Erklimmen steiler Felsberge usw. mit der größten Geschwindigkeit verrichteten.

Was will dagegen das „Mikafel“ sagen?

Re. A. Reich von „Hotelcratten“ und „Zuwelendieben“ teilt Prof. Dr. K. A. Reich im Juliheft der neuen „Deutschen Strafrechts-Zeitung“ mit. Unter den Hotelcratten finden sich häufig Leute, die angehöhen, ja hochstehenden Familien angehören. So war der

so stellen diese innerhalb einer Woche die Arbeit wieder ein. Es handelt sich um eine kräftige Abwehr fortwährender Verkläglichungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem erschöpfenden Betriebe. Von den 400 in den Streik eingetretenen organisierten Holzarbeitern sind inzwischen mehr als 100 von Götha abgereist und anderwärts in Arbeit getreten. In der Fabrik wurden während des Streiks verschiedene Erweiterungen und Neuerungen vorgenommen!

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken beendet.

Die ausgesperrten Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke haben mit 3007 gegen 406 Stimmen Abbruch des Kampfes unter den nachstehenden Bedingungen beschlossen:

Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitnehmer-Kategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Änderungen an den im Werk gültigen Akkorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Massenarbeit begründet sind. Bei Massenarbeit wird die Mindestlohnzahl, für die der Akkord gilt, zugegeben.

Bei Akkordarbeit, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung einer Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

Die am 22. Mai 1912 für die Weiberei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch bessere bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Die Direktion wird weder eine Antastung des Koalitionsrechtes noch eine Agitation in den Werkstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Verbotzung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

Es soll versucht werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verschlossenen Weg zu bringen, soweit es die Vertriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen.

Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berückichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die älteren und berbeitateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt.

Maßregelungen werden nicht statifist.

Das Resultat der Abstimmung war im einzelnen folgendes:

Table with 4 columns: Es stimmten, Insgesamt, Ja, Nein. Rows include Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Hirsch-Dundersche, and Vater.

15 Stimmen waren ungfällig.

Niemals ist ein so schwerer wirtschaftlicher Kampf so ruhig und würdig geführt worden als dieser. Da haben viele Tausende Arbeiter fast ein halbes Jahr hindurch Mut und Sorge getragen. Sie haben die Klassen der Arbeitswilligen anrücken sehen, muhten sich öffentlich verböhnen und beschimpfen lassen. Und doch blieben sie ruhig und besonnen. Nicht ein einziger Fall von Ausschreitung, trotz aller Herausforderung, trotz des manchmal sehr scharfen Vorgehens der Polizei und der Gerichte. Wer so diszipliniert ist, por dem muß man den Hut ziehen. Die Art, wie die Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke ihren gerechten Kampf führten, sichert ihnen ein bleibendes Denkmal in der deutschen Arbeiterbewegung.

Mit in dem solchen Wegener hatten die Leiter der Werke auch nicht gerechnet. Sie glaubten vielleicht, daß es ihnen möglich sein

werde, die Arbeiter im ersten Ansturm niederzuwerfen. Zuvorbedachtlich bedachten sie schon in den ersten Tagen des Kampfes die Friedensbedingungen. Wichtige Unterwerfung, das war das Mindeste, was sie von ihren Arbeitssklaven verlangten.

Vom ersten Tage des Kampfes an haben die Arbeiter ihre Friedensliebe betont. Sie stellten keine Forderungen, sie wollten keine Vorteile, die über den Rahmen des alten Arbeitsverhältnisses hinausgehen würden. Nur die Akkordlöhne sollten aufgehoben werden. Daran aber glaubten sie festhalten zu müssen. Das war der Gedanke, der sie alle zusammen schweißte. Die freiorganisierten Arbeiter aller beteiligten Organisationen, die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner, ja auch die Christlichen standen einig und fest dem übermächtigen Kapital gegenüber. Nur die katholischen Fachvereine dürfen neben dem sehr verdächtigen Werkverein den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, Arbeitswillige geworden zu sein. Während sie das mit ihrem frommen Gewissen abmachen. Den Lohn ihres Verrates ernten sie nicht, denn nicht als Beschlägen lehren die Ausschüßigen ins Werk zurück. Ihnen ist der Ruhm beschieden, einen gewaltigen wirtschaftlichen Streik ehrenvoll ausgekämpft zu haben. Sie können mit Recht erheblichen Hauptes durch die Fabriktore ziehen.

Steigerland. Aus Essen wird uns gemeldet: Das immer mehr um sich greifende System der Strafarbeit für Steiger scheint wieder ein neues Opfer gefordert zu haben. Mittwoch mittag wurde auf Zeche Helene in Altenessen der Steiger Dan Dyk wegen ungenügender Leistung wieder in die Grube gefagt. Ob nun dem übermächtigen Mann ein Unglück widerfahren oder ob er sich ein Leid angetan hat, ist noch nicht bekannt, aber bis Freitag früh 9 1/2 Uhr ist er trotz allen Suchens, an dem sich auch die Polizei mit Polizeihunden beteiligte, nicht gefunden worden.

Ausland.

Drohende Aussperrung der schottischen Kohlengraber.

London, 16. Juli 1914. (Fig. Ver.) Ein Riesenkampf droht wieder in der britischen Bergwerksindustrie auszubrechen. Das Abflauen der Konjunktur hat in der schottischen Montanindustrie, die das Sinken der Preise meist zuerst fühlt, die gespanntesten Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber geschaffen. Wie in anderen britischen Großbritanniens steigen und sinken auch in Schottland die von den paritätisch zusammengesetzten Einigungsämtern festgesetzten Mindestlohnätze der Bergarbeiter mit den Kohlenpreisen. Laut Vertrag besteht die Mindestlohnhöhe maßgebend ist; einer gewissen Preisbewegung entspricht eine gewisse Lohnbewegung, die auf Antrag der Arbeiter oder Arbeitgeber im Einigungsamt erfolgt. Diese allgemeinen Mindestlohnätze sind nicht zu verwechseln mit den von den Mindestlohnämtern festgesetzten individuellen Mindestlöhnen, die gezielte Sanktion bezahlt und ohne Rücksicht auf die Menge des Arbeitsproduktes bezahlt werden müssen. Das Steigen und Sinken der Löhne mit den Preisen wird während einer Prosperitätsperiode nicht als ungerecht empfunden; erst wenn die harte Zeit einsetzt, wie heute, wenn die ganze Lebenshaltung der Arbeiter aufs schärfste bedroht wird, tritt die Unhaltbarkeit des Systems kraft zutage. Die miteinander konkurrierenden Unternehmer unterbieten einander und schließen zu Schleuderpreisen Lieferungsverträge ab in dem Bewußtsein, daß die Löhne ganz automatisch fallen müssen. Die Arbeitskraft der Bergarbeiter wird auf dem Markt verschleudert, ohne daß die Arbeiter bei der Verwendung ihres einzigen Kapitals das geringste mitzubringen haben. So ist es jetzt in Schottland geschehen. Die Arbeitgeber verlangen im Einigungsamt eine Lohnreduktion nach der anderen. Vor eilichen Wochen noch wurde ihnen eine Lohnüberhöhung von 6 1/2 Proz. vom Grundlohn (gleich 3 Pence den Tag) gefordert und zurzeit verlangen sie wieder eine Lohnreduktion von nicht weniger als 25 Proz. Dagegen sprächen sich natürlich die Bergarbeiter. Sie haben nach Mitteln gesucht, um diesem Sinken der Löhne Einhalt zu gebieten, und glauben in der Beschränkung der Produktion dieses Mittel gefunden zu haben. Sie sagen sich: Wenn dieses System der Lohnregelung beibehalten werden soll, dann muß es uns auch

Humor und Satire.

Die Quellen des Humors.

Rot strahlt die Sonn' wie ein Kazite, Die Hitze sendet Well' um Well' Und treibt infolge der Physik Den Schweiß durch Leinen und Flanel.

Sogar der letzte Strohhalm preßt mich, Die „kalte Duelle“ selbst macht mich wühl, Und auch die tollste Dummheit läßt mich — Verdammtes Wortspiel! — heute lähll!

Es regnet die Zeit der sauren Gurken, Der ungenügend etwas Bitteres kauft, Indem für uns, die Pressekurken, Der Stoff mal nicht so reichlich flieht.

Doch alles erklärt sich sonder Räthen, Weil alles jetzt im Urlaub ist, Was sonst für unrer Vohheit Wäthen! So reichlich forgt durch die vielen Mist!

Dies eben ist es: die bekannten Soliden Quellen für Humor: Minister, Pärken, Fabrikanten — Zieh'n jeho die Erholung vor.

Jedoch getroßt! Sie nehmen ihre Geschäfte baldigst wieder auf. Dann geht der Kurs auch der Satire Rapid und plötzlich wieder 'rauf!

Knag.

Notizen.

Ein ausgezeichnete Volkshilfner ist in dem Wiener Professor Eduard Reyer in Jena gestorben. Er war Biologe von Beruf und hatte eine gar strenge Lebensauffassung. Er gestaltete die Bibliotheken des Wiener Volkshilfsvereins (10 Beller monatlich) zum Großbetrieb aus und gründete später den Velerin Zentralbibliothek (40 Beller monatlich) und 2 Beller pro Band), der heute 10 Bülalen mit 564 000 Bänden und 5 Millionen Entlehnungen jährlich zu bezeichnen hat. Dabei sind von den 8 Millionen Gesamtangaben seit 1898 nur 41 000 Kronen von Staat und Gemeinden gedeckt worden.

Die Parzifalitis. Rach der „Berliner Theater-Woche“ ist der Parzifal seit dem 1. Januar, wo er frei wurde, allein in Deutschland 326mal gespielt worden, davon an der Berliner Oper 48mal, an der Charlottenburger Oper 45mal. In Oesterreich hat die höchste Aufführungszahl die Wiener Volksoper mit 35; erst nach ihr kommt die Hofoper mit 27.

Ein ausgezeichneter Volkshilfner ist in dem Wiener Professor Eduard Reyer in Jena gestorben. Er war Biologe von Beruf und hatte eine gar strenge Lebensauffassung. Er gestaltete die Bibliotheken des Wiener Volkshilfsvereins (10 Beller monatlich) zum Großbetrieb aus und gründete später den Velerin Zentralbibliothek (40 Beller monatlich) und 2 Beller pro Band), der heute 10 Bülalen mit 564 000 Bänden und 5 Millionen Entlehnungen jährlich zu bezeichnen hat. Dabei sind von den 8 Millionen Gesamtangaben seit 1898 nur 41 000 Kronen von Staat und Gemeinden gedeckt worden.

gestaltet werden, regulierend auf dem Kohlenmarkt einzugreifen. Der schottische Bergarbeiterverband hat demnach nach reiflicher Überlegung beschlossen, vom 27. Juli ab seine Mitglieder nur an vier Tagen in der Woche arbeiten zu lassen. Damit soll einerseits dem Sinken der Kohlenpreise Einhalt geboten werden und andererseits die Arbeitslosigkeit im schottischen Revier besser verteilt werden. Diesen Beschluß haben die schottischen Werksbesitzer mit der Drohung, alle ihre Arbeiter — über 100 000 an der Zahl — auszusperrn, beantwortet.

So wird es voraussichtlich in weniger als 14 Tagen zu einem großen Kampfe kommen, dessen Ausdehnung und Dauer noch nicht zu übersehen ist. Es ist zum Beispiel noch nicht klar, welche Rolle in diesem Konflikt der Gesamtverband der Bergarbeiter Großbritanniens spielen wird. Auf der letzten Jahreskonferenz in Scarborough verlor er den Schotten seine Unterstützung, wenn man beruhen sollte, ihre Löhne auf weniger als 7 Schilling den Tag herabzusetzen. Der schottische Hauerlohn beträgt zurzeit genau 7 Schilling den Tag. Die schottischen Arbeitgeber verlangen, diesen Lohn jetzt um 25 Proz. vom Grundlohn auf 8 Schilling zu reduzieren. In einigen Tagen wird die Konferenz der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens zusammentreten, um die schottische Frage zu diskutieren. Es wird sich darum handeln, entweder den Schotten finanzielle Unterstützung zu gewähren oder die schottische Aussperrung mit einem Kampf auf der ganzen Linie zu beantworten. Die Schotten weisen darauf hin, daß sie nicht allein für sich, sondern für die ganze Bergarbeiterschaft kämpfen; denn liegen sie den Dingen ihren ungestörten Lauf, so würde die Preispolitik der schottischen Werksbesitzer, die mit der englischen Praxis selbst in London konkurrieren, in kurzer Zeit das Überdauern der Löhne auch in der englischen und walisischen Revieren zur Folge haben. Die vierstägige Arbeitswoche ist in Schottland nichts Neues. Die Bergarbeiter Lanarkshires, das größten schottischen Reviers, wandten diese Methode der Produktions-einstellung schon vor Jahren erfolgreich an. Heute aber wird sie zum ersten Male auf ganz Schottland angewendet werden. Auf der schottischen Bergarbeiterkonferenz, die den Beschluß, vom 27. Juli an nur an vier Tagen in der Woche zu arbeiten, endgültig faßte, erklärte der Vorsitzende des schottischen Verbandes, Genosse Smith, der auch dem allgemeinen britischen Verbande vorsteht: „Wem und die Arbeitgeber aussperrn, werden wir ihnen den längsten Kampf liefern, den wir ihnen je geliefert haben“.

Rom und die englische Arbeiterbewegung.

London, 19. Juli 1914. (Sig. Ber.)

Wohin der immer mehr der Einigung und inneren Festigung zustrebenden englischen Arbeiterbewegung in der nächsten Zukunft die Leidenschaft der religiösen Zersplitterung nicht erspart bleibt, so wird die römische Geistlichkeit Englands sicher nicht daran schuldlos sein. Es vergeht kaum ein Monat, in dem man nicht über einen neuen Versuch der Würdenträger der römischen Kirche, die Arbeiterbewegung Großbritanniens entweder zu beeinflussen oder zu spalten, berichten könnte. Kürzlich lagt in Cardiff der Nationale Katholische Kongreß, der in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit des Publikums hauptsächlich wegen seiner Beschäftigung mit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auf sich gezogen hat. Auch in diesem Jahre hat sich der Kongreß wiederum eingehend mit denselben Fragen beschäftigt. Der Kongreß lagt in Abteilungen in verschiedenen Sälen der Stadt. In der Gewerkschaftsabteilung wurde wiederum eine Resolution angenommen, in der Mac Donal und Enaboden aufgefordert wurden, den Sozialismus in klarer und ungeschwieblicher Weise zu definieren. Der Kardinal Bourne, der den Antrag auf die politische und gewerkschaftliche Bewegung der englischen Arbeiter zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, erklärte auf der Resolution, daß die Frage, die die Delegierten diskutieren sollten, nämlich daß sich der Sozialismus in der Verkündung des Abfalls vom Glauben für die Katholiken von besonderem Interesse sei. Er halte es für gut, daß die katholische Kirche eine Schaar ergebener Männer bestimme, die sowohl Gewerkschaftler wie lokale Seelen der Kirche seien. Dann kam der Kardinal auf die Schulfrage zu sprechen. Wie erinnerlich sein wird, hat der britische Gewerkschaftskongreß auf Betreiben der Katholiken die bis vor wenigen Jahren beständig anstandslos diskutierten Frage der religiösen Erziehung, für die stets die gewaltige Mehrheit der englischen Gewerkschafter zu haben war und noch zu haben ist, von der Tagesordnung abgesetzt. Im Anschluß daran meinte nun der Kardinal, daß dieses Beispiel schlagend beweise, was eine entschlossene katholische Minderheit tun könne. Für den Erfolg der Arbeiterbewegung sei es nicht nötig, daß diese sozialistische Theorien in sich aufnehmen, und die katholischen Gewerkschafter ihren Kollegen einen Dienst, wenn sie auf die Gefahren hinweisen, die dadurch nicht nur den katholischen Gewerkschaftern, sondern auch der ganzen Arbeiterbewegung vollständig gefährdet und zersplittern als ihre Identifizierung mit dem Sozialismus. Dann kam der Kardinal Bourne auf die Ehecheidung zu sprechen. Die Erleichterung des Ehecheidungsverfahrens, das heute in England nur den Reichen dient, ist in den letzten Jahren namentlich von der politisch sehr tätigen, etwa 40 000 Mitglieder umfassenden Gewerkschaftsgruppe der Arbeiterfrauen propagiert worden. Diese Tätigkeit der ausschließlich aus Hausfrauen der Arbeiterklasse bestehenden Organisation hat den katholischen Klerus ein Dorn im Auge. Er wüßte es bei der gewerkschaftlichen Union bürden zu sehen, daß diese der Kirche androhe, ihr den jährlichen Zuschuß vorzuenthalten, wenn sie diese Agitation nicht einstellt. Aber auf dem vor wenigen Wochen abgehaltenen Jahreskongreß der Gewerkschaftsgruppe erklärten die Delegierten fast einstimmig, lieber auf den das halbe Jahreseinkommen der Gatten ausmachenden Zuschuß zu verzichten, als sich derartige Fesseln anlegen zu lassen. Zu diesem Punkte meinte der katholische Geistliche, daß der Wunsch nach einer Erleichterung des Ehecheidungsverfahrens, möge er auch in gewissen Schichten der Bevölkerung bestehen, bei den Katholiken seiner Klasse anzutreffen sei.

Am Abend desselben Tages sprach der Erzbischof von Liverpool, Dr. Whitehead, der über das Thema „Die Kirche und der Arbeiter“ sprach, die römische Kirche als die Kirche der Armen, den wahren Freund der Arbeiterklasse an. Der Bischof von Northampton erklärte, daß die katholische Soziale Kirche den Proleten habe, die Arbeiter zum Denken zu erziehen, während sich die meisten Organisationen nur bestreben, die Arbeiter zu Parteiangewandten zu machen. Dann gab er folgende prophetische oder anfängende Erklärung von sich: „Wir hoffen, daß in kurzer Zeit Arbeiterführer in unserem eigenen katholischen Volk entstehen, Führer, die ihrer Klasse nicht untreu sein werden.“ (Beifall.) Er sprach dann weiter über Revolution und Reform, indem er die erste beurteilte. Ein Herr Hiffer Drummond forderte die Katholiken auf, ihre Parteidifferenzen fallen zu lassen und sich auf kirchlichem Boden zu vereinigen. Politischen Fragen nachzugehen und die religiöse Erziehung der Kinder und die Wohlfahrt der Arbeiterklasse zu gefährden dadurch, daß man sich weigert, sich angesichts der drohenden Gefahr der religiösen Erziehung und der wachsenden Ausdehnung des Sozialismus und des Sozialismus zu vereinigen, heiße die Fabel spielen, während Rom in fast buchstäblichem Sinne des Wortes brenne.

Es ist bezeichnend, daß es die hohen Würdenträger der römischen Kirche sind, von denen diese gegen die Einigkeit und Selbstständigkeit der britischen Arbeiterbewegung gerichtete Rede ausgeht. Solange die Priester noch mit den protestantischen Eiferern zu rechnen hatten, hörte man von diesem Reden wenig oder nichts. Erst seitdem die Anstalten verfallen sind und die Kirche mehr Elbogenfreiheit hat, um ihre Herrschaft zu betriebligen, macht es sich in immer zunehmender Weise bemerkbar. Von den katholischen Arbeitern geht es sicher nicht aus, denn sie werden in den Gewerkschaften oder sozialistischen Organisationen nie ein Wort gehört haben, das sie in ihren religiösen Gefühlen verletzen könnte. Wäre es anders, so hätte der römische Klerus den Fall oder die Fälle sicher schon weidlich ausgebeutet. Die gerühmte Tätigkeit

der Priester scheint planmäßig und mit internationalen Verbindungen betrieben zu werden. Darauf deutet unter anderem ein Fall, der unlängst vorlag. Der holländische Bergarbeiterverband, der in der Provinz Limburg dem katholischen Klerus gegenüber, der ihm die Säle abstreift, ihn wirtschaftlich zu schädigen sucht und selbst vor Gewalttätigkeiten gegen die Gewerkschaftsführer nicht zurückbleibt, einen schweren Stand hat, wandte sich in seiner Not an die Bergarbeiterorganisationen des Auslands um Hilfe. Die Bergarbeiterföderation Großbritanniens kam den Holländern herein auch mit einigen Hundert Pfund, die zum Bau eines eigenen Versammlungsorts beitragen sollten, zur Hilfe. In dem Vorstand der britischen Föderation sah damals ein fanatischer Katholik, der von der Unterstützung der Holländer nichts wissen wollte, da er nicht glauben wollte, daß katholische Geistliche in Holland die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen. Jedenfalls durch Vermittlung des englischen Klerus wandte er sich in Limburg an einen Herrn, der sich bei der Verfolgung der holländischen Bergarbeiterbewegung besonders hervorgetan hat. Der Herr war gerade auf Reisen, gab aber nachher aus, daß der holländische Bergarbeiterverband die englische Unterstützung nicht bekommen hätte, wäre sein Antwortschreiben rechtzeitig eingetroffen. Das war natürlich dummes Zeug; denn wer die Loyalität und die berufliche Abgeschlossenheit der britischen Bergarbeiter kennt, kann kaum im Zweifel darüber sein, daß das Antwortschreiben im Papierkorb des Sekretärs verschollen wäre.

Was jetzt sind nur die leitenden Personen der englischen Arbeiterbewegung mit dem Treiben der römischen Geistlichkeit unterrichtet; die Masse der Mitglieder ahnt es kaum. Erzählt diese jedoch, daß sich Unberufene in ihre Angelegenheit mischen und daß diese Unberufenen dazu noch römische Priester sind, so können für die römische Kirche in England schlimme Tage anbrechen. Die Masse der englischen Arbeiter gehört noch den mehr oder minder demokratischen Disziplinargemeinden an, in denen der Haß gegen die römische Geistlichkeit nur schlummert. Dem durchschnittlichen römischen Klerus könnte es dann gehen wie dem eigensinnigen Ochsen, der sich einbildete, einen schwer beladenen Güterzug aufhalten zu können.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs sendet uns nachstehende Erwiderung, die wir in folgendem mit einer unwesentlichen Verfürzung wiedergeben.

In Nr. 188 des „Vorwärts“ vom 8. Juli ist ein aus Stuttgart eingehender Artikel über die bevorstehende Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs zum Abdruck gelangt, der uns zu einer Erwiderung nötigt.

Der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ beschäftigt sich zunächst mit dem Wahlrecht, nach welchem die Delegierten zur württembergischen Landesversammlung gewählt werden. Er findet selbst, daß der seit einigen Jahren von einem Teil der Genossen in Stuttgart und einigen anderen Ortsvereinen geführte Kampf um die Änderung des Delegationsrechtes den Parteigenossen Norddeutschlands unverständlich erscheinen muß, zumal, wie er zugibt, andere große Bezirks- und Landesorganisationen kein besseres, „zum Teil ein noch schlechteres Delegationsystem haben und doch gut dabei fahren.“ Um nun den Genossen Norddeutschlands den merkwürdigen Kampf in Württemberg begreiflich zu machen, sucht der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ nachzuweisen, daß die soziale Struktur der Partei in Württemberg eine von der in den anderen Gebieten des Deutschen Reiches total verschiedene sei. In Württemberg bestünde die Partei aus zwei Gruppen: auf der einen Seite bestehe der von jedem Besitz erblichste Proletariat, auf der anderen der proletarisierte Kleinbauer, der noch ein paar Felder und ein Häuschen sein eigen nenne, also einen Teil seines Einkommens aus seinem Besitz ziehe. Dieser Besitz würde auf das Denken und Wollen des ländlichen Arbeiters ein. Das heiße verlangen, sein mit tausend Opfern erkauftes Besitztum zu sichern, betrete, daß er die Aufgaben der Partei teilweise unter einem anderen Gesichtswinkel betrachte als der völlig besitzlose Arbeiter. Die Folge sei, daß die weitere Gehalte des Artikels, daß diese Gruppe von Parteigenossen die Landespolitik entscheidend beeinflussen und die andere Gruppe der völlig besitzlosen Proletariat nicht zur Geltung kommen lasse.

Die Parteidifferenzen in Württemberg, die fast ausschließlich auf persönlichen Ursachen beruhen, werden hier in neuartiger Weise auf einen „sozialen“ Boden zu stellen versucht. Gegen die Darstellung aber, die der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ nunmehr gegeben hat, müssen wir im Namen der württembergischen Landesorganisation Einspruch erheben, weil sie die große Mehrheit der württembergischen Parteigenossen in einem Licht erscheinen läßt, in das sie nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht gestellt zu werden verdienen. Die organisierten Parteigenossen, die noch über ein paar Felder und ein Häuschen verfügen, bilden leider nicht die Hälfte, sondern nur eine verschwindende Minderheit in der württembergischen Landesorganisation. Die Verhältnisse in Württemberg unterscheiden sich in dieser Richtung durch nichts von denen im übrigen Reich. Die Parteigenossen mit kleinem Besitz sind dieselben zuverlässigen und kampfbereiten Sozialdemokraten, wie die reinen Proletarier. Wenn es gilt, Opfer zu bringen und weite unzugängliche Gebiete mit Flugblättern zu versorgen, sehen sie stets zur Verfügung. Es ist auch keineswegs richtig, daß die Parteigenossen dieser Orte geschlossen auf dem rechten Flügel der Partei ständen. In den Ortsvereinen, die von den Parteidifferenzen erfaßt wurden, finden sich solche Genossen, deren Denken und Wollen angeblich durch ihren Besitz beeinflusst wird, in beiden Lagern. Und umgekehrt spielen in zahlreichen Ortsvereinen, die sich erfreulicherweise in den Parteivorstand nicht haben hineingelassen lassen, die daher auch den neuen Heberradikalismus ablehnen, die „proletarisierten Kleinbauern“ nicht die kleinste Rolle. Die Parteigenossen in diesen Ortsvereinen und die große Mehrheit der württembergischen Parteigenossen überhaupt sind in ihrem Denken und Wollen noch genau dieselben, die sie vor einigen Jahren waren; damals galten sie als die Vertreter der altbewährten radikalen Stimmung in der Partei, die gegen manche „revisionistische“ Richtung der größeren Ortsvereine sich zur Wehre setzten. Das einzige, was diese Genossen sich ausbilden konnten, ist das, daß sie sich nicht an der aus persönlichen Motiven inszenierten Selbsterleuchtung beteiligten. Aber darum verdienen sie nicht als Parteigenossen hingestellt zu werden, die die Arbeit und Aufgaben der Partei unter einem anderen — soll heißen kleinbürgerlichen — Gesichtswinkel betrachten als völlig besitzlose Arbeiter. Völlig besitzlose Arbeiter sind leider die Genossen in ihrer erdrückenden Mehrheit, die von dem Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ unbedauerlicherweise den Revisionisten zugezählt werden, das Denken und Wollen der Masse der Parteigenossen wird in Württemberg durch die proletarischen Lebensverhältnisse ebenso gleichmäßig beeinflusst wie irgendwo anders im Deutschen Reich.

In dem in Frage stehenden Artikel wird weiter verlangt, daß das „Stuttgarter Organ“ seines Charakters als Landesorgan entleert werde. Es ist interessant, daß jetzt von derselben Seite die Umwandlung der „Lage“ in ein Stuttgarter Organ gefordert wird, die noch vor wenigen Jahren erklärte, daß sie unter allen Umständen Landesorgan bleiben müsse, weil man sie unter der Aufsicht der Genossen des Landes besser aufgehoben glaubte als unter der Aufsicht der Stuttgarter Genossen. Zur Würdigung des Anspruchs, die von den Parteigenossen des ganzen Landes in jahrzehntelangen Mühen und Kämpfen auf ihre jetzige Leistungsfähigkeit gebrauchte „Schwäbische Lage“ in ein Stuttgarter Organ zu verwandeln, diene die Tatsache, daß die Zahl der parteigenösslichen Abonnenten in Groß-Stuttgart (unter Abzug der Abonnenten aus bürgerlichen Kreisen) noch nicht ein Drittel der gesamten Auflage ausmacht.

Den Wunsch, daß die bevorstehende Landesversammlung alle persönlichen Zwistigkeiten ausschalten möge, teilen wir. Er wird um so sicherer in Erfüllung gehen, je mehr alle Beteiligten dazu beitragen, daß die wahren Ursachen der württembergischen Parteidifferenzen durch eine völlig unparteiische Justiz bloßgelegt werden.

Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.

Die Schlüsse, die der Landesvorstand aus der Veröffentlichung unseres württembergischen Korrespondenten zieht, sind unserer Meinung nach abwegig. Es handelt sich nicht darum, daß bestimmte Parteiorde oder Parteigenossen ihre Parteipflicht vollkommener und unvollkommener erfüllen, sondern darum, daß die Verschiedenheit des sozialen Milieus eine Verschiedenheit der tatsächlichen Auffassung bedinge, daß das großstädtische Proletariat im allgemeinen eher einer entschiedenen, den Opportunismus ablehnenden Taktik geneigt sei als das kleinstädtische, auf den Dörfern beschäftigte. Die Frage steht mit der des Delegations-systems insofern in Zusammenhang, als das württembergische System das großstädtische Proletariat verkürzt und damit seine Einflußnahme auf die Taktik der Partei verringert. Hätte aber der Landesvorstand recht, hätte die Verschiedenartigkeit des sozialen Milieus keinen Einfluß, so ist erst recht nicht abzusehen, warum nicht eine größere Gleichmäßigkeit des Delegations-systems geschaffen werden sollte.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen.

In Dietlingen, einem Orte von 2900 Einwohnern bei Pforzheim in Baden, wurden bei den Bürgerausschuhwahlen 15 sozialdemokratische und 15 bürgerliche Vertreter gewählt.

Die sozialdemokratische Parteipresse der Schweiz.

umfaßt 14 deutschsprachige Zeitungen, darunter 10 Tageszeitungen, 4 französische Zeitungen, darunter eine Tageszeitung, und eine italienische Zeitung. Ferner gibt die Sozialdemokratie Italiens auf Schweizer Boden eine Zeitung heraus, die jedoch nicht als schweizerisches Parteiorgan angesehen ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Lausiger Textilindustrie ist kein eng geschlossenes, abgegrenztes Gebiet. Es umfaßt hauptsächlich verschiedene Kreise des Regierungsbezirks Frankfurt. Im folgenden sind die wichtigsten Kreise aufgeführt, und zwar die Zahl der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 1895 und 1907. Dem Textilgewerbe gehörten an in den Kreisen:

	1895		1907	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Krossen	135	1915	76	2148
Guben (Stadt)	68	2856	77	2478
Kottbus (Stadt)	218	6676	151	7091
Forst	965	14930	484	11105
Sorau	855	14930	855	5027
Spremberg	247	8651	137	4038

Für das Jahr 1907 ergaben sich in den aufgeführten Kreisen 1580 Betriebe mit 31 892 Beschäftigten. Gegen 1895 hat die Zahl der Betriebe sehr erheblich abgenommen, während die Beschäftigtenzahl gestiegen ist. Allerdings ist die Zunahme der letzteren lange nicht so stark wie in anderen Textilbezirken. In der Lausitz ist hauptsächlich die Tuchindustrie zu Hause, wobei es sich meist um mittlere Betriebe handelt. Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es im Regierungsbezirk Frankfurt zwischen 6 und 7000 Webstühle für Tücher und Zeug aller Art. Nach der Rheinprovinz hatte Brandenburg die meisten Tuchfabriken, aber sie waren damals schon durchschnittlich von kleinerer Art als die Fabriken am Rhein. In den sechziger Jahren beschäftigten die Tuchfabriken 3321 Stühle, darunter erst 120 mechanische und 5181 Arbeiter. Am dichtesten waren die Betriebe damals schon in Forst-Sorau, wie es ja auch heute noch der Fall ist. Es folgen dann der Reihe nach Kottbus, Spremberg, die Stadt Guben, endlich Krossen.

Der Bierverbrauch in München geht nach den amtlichen Berechnungen zurück. Er stellte sich auf den Kopf der Bevölkerung berechnet im Jahre 1911 auf 820 Liter, sank auf 812 im Jahre 1912 und dann weiter bis auf 296 im Jahre 1913. Gegenüber den achtziger Jahren ist der Rückgang noch viel beträchtlicher, vorausgesetzt, daß die amtlichen Berechnungen ein richtiges Bild von dem Verbrauch ermöglichen. Im Durchschnitt der Jahre 1886/90 kamen nämlich auf den Kopf nicht weniger als 487 Liter. Die Zahl der Brauereien ist ebenfalls stark zurückgegangen. 1881/85 zählte man noch 37, 1913 nur noch 22 Brauereien. In den Jahren 1886/90 wurden von 34 Brauereien 2,647 Millionen Hektoliter Bier gewonnen, 1913 von 22 3,697 Millionen. Von diesem Quantum wurden damals 1,435 Millionen in der Stadt München getrunken, das damals 296 000 Einwohner zählte. 1912 wurden von 636 000 Bewohnern 1,678 Millionen Hektoliter getrunken.

Soziales.

Zum Arztstand in der Uckermark.

Die Weigerung der Ärzte in Templin und Angermünde, ihre ärztlichen Verpflichtungen zu erfüllen, dauert fort. Infolgedessen hat das Oberversicherungsamt in Potsdam den § 370 der Reichsversicherungsordnung für die beiden Orte in Kraft gesetzt. Danach ist den Mitgliedern der Kassen statt ärztlicher Behandlung eine Summe Geldes zu zahlen. Da die Ärzte nach ihrem Aufruf es aber auch ablehnen, die Kassenmitglieder als Privatpatienten zu behandeln, so überweist die Land- und Ortskrankenkasse Angermünde die Kranken nach Möglichkeit in die Krankenhäuser von Angermünde, Schwedt, Oderberg, Stettin, in das Augusta-Viktoria-Heim in Eberswalde, in die Universitätsklinik in Greifswald und in das Paul-Gerhardt-Stift in Berlin. Dem wohl von ärztlicher Seite informierten „Berliner Tageblatt“ vorliegt die Ueberweisung in die Krankenhäuser nicht. Es verschweigt nach wie vor, daß der Ärzteverein durch Aufruf in den Zeitungen erklärt hat, daß die Ärzte die Kassenmitglieder zu behandeln auch gegen Bezahlung oder als Privatpatienten ablehnen. Diese parteiische Berichterstattung des genannten Blattes soll offensichtlich die Lage der Ärzte stärken. Vom Standpunkt der Kassenmitglieder aus und aus sozialen Rücksichten ist die weitestgehende Ueberweisung der Patienten in Krankenhäuser erwünscht. Die Kassen sollten als hinreichende Beschleunigung der Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Reichsversicherungsordnung die Erklärung des erkrankten Kassenmitgliedes gelten lassen. Den Arbeitern ist mehr an möglichst schneller und guter Behandlung als daran gelegen, daß sie statt ärztlicher Behandlung Geld erhalten, zumal die Ärzte erklärt haben, daß sie die Kassenmitglieder auch gegen Geld nicht behandeln wollen. Werden die Uckermärker Kassen und Behörden sich so wie leider manche andere Behörden ins Bockhorn jagen lassen?

Jedes Bauerngut ein Fideikommiss.

Das ist fürwahr ein Ziel, des Schwelgers der edelsten ostelbischen Agrarier wert, die ja nicht müde werden, jedem landwirtschaftlichen Kleinrentenbesitzer die Ueberzeugung beizubringen, daß die Interesseneinheit zwischen dem ostelbischen Junker und dem westfälischen Kubbauern kein leeres Singspiel sei. Es wird eben in der Erkenntnis, daß die Großgrundbesitzer für sich allein auf die Dauer politisch zu einer Null werden würden, ganz systematisch daran gearbeitet, die deutschen Bauern zu einem festen Anhängsel des Großbesitzes zu machen.

Welch ein schöner, welch weltergreifender Schritt würde auf diesem Wege getan werden, wenn man beispielsweise das Rezept befolgte, das der bekannte Zentrumsabgeordnete Gerold am 15. Juli auf einer festlichen Veranstaltung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Münster also preisgab:

Wir leben nur zu deutlich, daß das Anerkennen, welches durch die Initiative des Westfälischen Bauernvereins, speziell durch Schorlemer und später in der Gesetzgebung durch Minister v. Schueler zur Durchführung gebracht ist, einen genügenden Schutz nicht geben kann. Und da fragt es sich, ob nicht eine Änderung des bestehenden Zustandes erforderlich ist, um für uns Bauern in der daselbst Recht haben, um den Besitz immer in der Familie zu erhalten, mit andern Worten, uns das zu geben, was der große Besitz im Fideikommiss hat. Es soll dies ein Recht werden, das heißt, jeder soll in seiner Entscheidung freie Hand behalten. Durch dies Gesetz soll der Besitz einer Familie, ob groß oder klein, in der Familie erhalten werden. ... Wir im Parlament werden nicht aufhören, dahin zu wirken, daß die Gelegenheiten, die sich jetzt bei der Umgestaltung des Fideikommissgesetzes bieten, benutzt wird, um dies Ziel zu erreichen.

Ja, das wäre eine ideale Sache, so gewissermaßen durch die Ausgestaltung des Fideikommissgesetzes die Inthronisation von — sagen wir einmal — 500 000 kleinen Bauernmonarchen anzubahnen. Sie würden nach Gerold dann eine feste Stütze der Monarchie werden. Er jagte:

Und so liegt in dieser Befestigung des Grundbesitzes ein kräftiger Schutz für die Monarchie, die in schweren Zeiten ganz besonders durch den Bauernstand unterstützt wird. Alle Revolutionäre haben anerkannt, daß gerade in dem Befestigen Grundbesitz die Monarchie ihre beste Stütze hat, und alle Konstitutionäre, Republikaner usw. haben aus diesen Gründen zunächst dahin getrachtet, die Fideikommissfrage fortzuführen.

Das kann ja eine interessante parlamentarische Betätigung des Zentrums werden! Wenn erst diese fideikommissarische Bindung der deutschen Bauern erreicht ist, wenn erst einmal jedes deutsche Bauerngut ein festes Familienerbstück geworden ist, dann werden natürlich mit einem Male all die Klagen über Arbeitertum auf dem Lande und über all das Drum und Daran verstummen, das deutsche Volk werde gedrunzt, und das Zentrum, dem all das zu danken wäre, beläme ein Denkmal, dauernder als Erz!

Die „Rheinisch-Westfälische“ für kommunalen Wohnungsbau.

Die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herrschende Wohnungsnot und die Ohnmacht oder spekulative Absichtlichkeit des Privatkapitals, ihr nicht abzuhelfen, läßt sogar das Blatt der Industriekonservativen eine sozialdemokratische Forderung vertreten, nämlich die auf kommunalen Wohnungsbau, „städtische Familienwohnungen“ überschreibt die Redaktion des Blattes einen Leitartikel in der Morgenausgabe vom 14. Juli. Möglich, daß der neueste, himmelstreichende Vorgang in der städtischen Wohnungspolitik der „Müsterwohnstadt“ Essen selbst dem Scharfmacher-Blatt zu hart war. Jenes Zirkular nämlich, in welchem die Armenverwaltung flehigen Arbeitern, die wegen ihrer starken Familien keine Wohnung bekommen konnten, gleich Zugabunden mit Oststraße drohte, wenn sie nicht bis zum 30. Juni die ihnen — für gutes Geld! — in einer baufälligen Rude überlassene Notwohnung räumen. Wie dem auch sein möge; daß das sozialerhaltende Scharfmacher-Blatt bereits sich zur Vertretung einer sozialdemokratischen Forderung auf dem Gebiete des Wohnungswesens bekennt, verdient Beachtung. Der Verfasser des Artikels glaubt zwar den Hausbesitzern zu nicht verdrängen zu können, wenn sie armen oder kinderlosen Familien den Vorzug geben, erkennt aber an, daß hier ein enger Zusammenhang zum Geburtenrückgang gegeben ist. Zum Kern der Sache übergehend, schreibt er:

„Eine Abhilfe kann im Interesse der Einwohnerschaft der Städte nur von den Stadtverwaltungen selbst geschaffen werden, und zwar dadurch, daß die Stadt für eigene Rechnung Wohnhäuser baut und vermietet, die nach Lage, Bauart und Verbindung mit dem Stadtbinnen geeignete sind, als Wohnungen für kinderreiche Familien zu dienen. Die Stadtverwaltung kann dabei auf den Ausbau der Häuser und Wohnungen eine viel größere zweckentsprechende Sorgfalt legen als der private Erbauer von Mietshäusern. Es kann eine übergroße Belastung einzelner Jahreshaushalte durch Mietzinsgaben für Neubauten leicht vermieden werden und die künftige Verwaltung der Stadtbinnen kann vor Fehlbedürfnissen dadurch bewahrt werden, daß der steigende Grundwert des Besitzes an Familienwohnungen ebensowenig in Rechnung gestellt wird, wie es bei anderen nicht vermietbaren Gebäuden für Dauernutzung (Kathäuser, Kirchen, Schulen usw.) geschieht. Hierin liegt der wesentlichste Grund für den Bau städtischer Familienwohnungen, da ein privater Bauherr die kapitalistische Wertveränderung des Grundbesitzes aus seiner Rechnung nicht weglassen kann. Um ihre soziale Aufgabe voll zu erfüllen, würden die städtischen Wohnhäuser mehrzimmrige Familienwohnungen enthalten müssen, bei denen der Mietpreis nicht dem Kubikmeter benutzbaren Raumes steigt, sondern unabhängig davon in möglichst gleichmäßiger Höhe gehalten wird.“

Zum Schluß wird noch der Meinung Ausdruck gegeben, daß zwar Ein- oder Zweifamilienhäuser freizugelassen werden vorzuziehen sind, daß aber im Interesse der kleinen Geschäftsleute, Gewerbetreibenden und Arbeiter, die ihren ganzen wirtschaftlichen Lage nach auf Wohnungen im Innern der Stadt angewiesen sind, auch Etagenhäuser gebaut werden sollten. Man kann darüber geteilter Meinung sein. Im Platz würde es in Essen allerdings nicht mangeln; dort gibt's im Zentrum ganze Straßenzüge mit mittelalterlichen, baufälligen kleinen Wohnhäusern, die längst zum Abbruch reif sind. Wichtig ist uns die grundsätzliche Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Forderung. Eine Uebereinstimmung, über die die Lobredner der Offener „Müsterwohnstadt“ Wohnungspolitik la la Oberbürgermeister des Offener „Müsterwohnstadt“ berts ein langes Gesicht machen werden.

Will man wirklich der Wohnungsnot steuern, so muß man die von der Sozialdemokratie vorgezeichneten Wege beschreiten und sie von Anfang bis zu Ende durchschreiten. Das zeigte sich ja auch in der Kommission des Landtages zur Vorbereitung des sogenannten Wohnungsgesetzes. Da stemmt sich die Regierung und die bürgerliche Parteien, mit Ausnahme der Fortschrittspartei, dagegen, daß der Staat den Wohnungsbau fördern soll. Damit, hieß es, würde man auf sozialistische Wege geraten. Die Förderung des Wohnungsbaues müsse man den Gemeinden überlassen. Als ob dadurch nicht sozialistische Wege beschritten würden! Die Zeit wird kommen, in der man sich darüber wundern wird, daß es

Privateigentum an Grund und Boden gegeben hat. Man wird das für ebenso widerwärtlich, gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßend erachten, wie heute allgemein das Privateigentum an Menschen, die Sklaverei in ihrer reinsten Form. Die wachsende Wohnungsnot und die strapellose Ausbeutung des formalen Eigentumsrechts, wie sie nicht minder stark von Hausagrarierern wie von Fideikommissbesitzern geliebt wird, beschleunigt die Empörung gegen die herrigen Zustände und damit ihre Beseitigung.

Gerichtszeitung.

Arbeiterjugend — erwache!

Ueber dieses Thema sollte am 16. April in Dichtenberg referiert werden. Das behagte der Polizeibehörde nicht. Der Jugendliche soll nicht erwachen, denn das wäre politisch. Um die Jugendlichen zum Schlafen zu bringen, verwehrte die Polizei den Jugendlichen unter 18 Jahren das Anhören des Vortrags. Die Jugendlichen hörten dann in einem anderen Lokal einen Vortrag. Die Polizei kam dahinter, räumte das Lokal und trieb die Menschenmenge keineswegs sanft in die Polizeigebäude. Diese Polizeiaktion hatte gestern vor dem Dichtenberger Schöffengericht ein Nachspiel.

Angeschuldigt wegen „groben Unfugs“ war ein Formerlehrer. Er soll auf der Straße am 16. April geöhlt und gefungen haben. Er erklärte: er sei mit der Menschenmenge, die aus der aufgelösten Versammlung kam, die Frankfurter Chauffee herausgegangen und sei an der Ecke Ladbörger Straße von einem Schuttmann festgenommen worden. Richtig sei, daß er sich mit anderen laut und erregt über die sich abspielenden Vorgänge unterhalten habe. Gefungen oder geöhlt habe er nicht. Der als Zeuge vernommene Schuttmann behauptete: in einem circa 6 Schritte hinter ihm sich befindenden Menschenhaufen sei geöhlt worden. Als er sich umdrehte, habe er den Angeklagten gesehen, angenommen, er wäre einer der Schreier, und habe ihn festiert. Ob der Angeklagte auch gefungen habe, könne er nicht sagen. Der Amtsanwalt beantragte 6 M. Geldstrafe. Das Gericht sah durch die Aussage des Schuttmannes als erwiesen an, daß der Angeklagte zwar nicht lauter als die anderen, aber doch geöhlt und geschrien hätte. In Anbetracht seiner Jugend und bisherigen Unbescholtenheit wurde er zu einem Verweis verurteilt.

Wie ein Unschuldiger zu einer Anklage kam.

Eine eigenartige Auffassung hatten die Staatsanwaltschaft und das Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Anklage wegen angeblicher Unterschlagung betätigt. Die Strafammer nahm gestern als Berufungsinstanz die notwendige Korrektur vor.

Der Restaurateur Feil Schmidt war vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe auf Grund folgenden Sachverhalts verurteilt worden: Der Angeklagte hatte seinerzeit das am Bahnhofs Bellevue gelegene „Café Gärtner“ von der Wöhrbrauerei übernommen und für den großen Vorgarten dieses Etablissementes bei der später in Liquidation geratenen „Deutschen Benzol-Fabrik-Gesellschaft“ eine Lichtanlage zum Preise von 2000 M. unter Eigentumsvorbehalt gekauft. Er zahlte 600 M. an, stellte dann aber die Anlage, da sie nicht funktionierte, der Gesellschaft wieder zur Verfügung, nachdem er sie mehrmals vergeblich aufgefordert hatte, die Anlage durch einen Monteur in ordnungsmäßigen Zustand setzen zu lassen. Da es wiederholt vorkam, daß das Licht plötzlich ausging und die Gäste einfach das Lokal verlassen, häufig auch ohne zu bezahlen, ließ S. eines Tages, um sich vor derartigen geschäftlichen Schädigungen zu schützen, die ganze Anlage abreißen, nachdem er vorher bei den städtischen Gaswerken eine andere Anlage bestellt hatte. Die Gesellschaft wurde nochmals aufgefordert, die Lampen abholen zu lassen. Da diese Aufforderung keinen Erfolg hatte, ließ Schmidt schließlich die Lampen nebst Zubehör in den verlassenen Keller bringen. In der Folgezeit wurden nun auf dem Grundstück mehrere Einbruchdiebstähle verübt, bei denen den Dieben auch ein Teil der Lampen und die dünnen kupfernen Leitungsdraht in die Hände fielen. Als die Gesellschaft endlich die Anlage abholen ließ, fehlte natürlich ein großer Teil der Gegenstände. Statt nun die Einbrecher zu fassen, anzugreifen und zu verurteilen, wurde nach Jahresfrist bei dem nicht wenig überzogenen Restaurateur, dem Bestohlenen, auf eine Anzeige der Benzolgesellschaft hin, eine Hausdurchsuchung abgehalten und gegen ihn Anklage wegen — Unterschlagung erhoben.

Das scheinbar Unmögliche wurde Ereignis. Schmidt wurde von dem Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung dieses eigenartigen Urteils ist es wörtlich: „Der Angeklagte hat angegeben, daß er die Sachen in den Keller schaffen lassen und sich dann nicht mehr darum bekümmert habe. Das ist keine genügende Entschuldigung. Der Angeklagte durfte die Sachen nicht so sorglos umherliegen lassen, dadurch hat er geradezu bewirkt, daß sie fortkamen. Nur der wirkliche Eigentümer darf mit seinen Sachen so schalten und walten. Der Angeklagte hat mithin über die fremden Sachen so verfügt, wie ein Eigentümer, was einer Unterschlagung gleichkommt.“ In der Verhandlung vor der Berufungsinstanz unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ratts machte Rechtsanwalt Darts Pleins als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß ein Bestehenbleiben dieses Urteils die unglaublichsten Konsequenzen für die Geschäftswelt haben würde. Der Angeklagte habe die Sachen in den Keller schaffen lassen und damit seiner Aufbewahrungspflicht genügt. Man könne doch nicht verlangen, daß er sie auf seine Kosten gegen Diebstahl versichere oder sie in dem Krefor der Deutschen Bank unterbringen lasse. — Das Gericht kam zu einer Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten mit der Begründung, daß hier von einer erschloßen, bewußt rechtswidrigen Handlungsweise, die der Unterschlagungspatragraph verlangt, nicht die Rede sein könne, eine bloße Unachtsamkeit genüge keinesfalls.

Schulente als Diebe.

Vor der Strafammer in Bremen hatte sich am Donnerstag ein Schuttmann wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte einem Obsthändler von seinem Wagen drei Risten Obst entwendet. Mehrere Schulknaben hatten ihn beobachtet und bis zu seiner Beherrschung verfolgt. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, er habe eine Riste gekauft. Der Obsthändler widerlegte diese Behauptung. Das Gericht verurteilte den Schuttmann zu sechs Wochen Gefängnis.

Einige Tage zuvor hatte dieselbe Strafammer einen anderen Schuttmann wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser hatte eine ihm als gesunden übergebene goldene Uhr und Kette nicht abgeführt, sondern unterschlagen.

Kritik über Beleidigung?

In dem gestrigen Bericht über den Otto-Ernst-Prozess hatte sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt dort, der Angeklagte erklärte, daß er selbst sagen müsse, daß der Kritiker nicht sehr geschmackvoll sei, selbst erseine er, wie jedoch heute noch nicht. Es muß, wie der Sinn ergibt, heißen: „trotzdem erseine er ihm jedoch heute noch.“

Versammlungen.

Die Arbeitsverhältnisse im Warenhaus Tempelhof, Ins. Glend, gaben dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20, Veranlassung, die Angestellten dieser Firma zu einer Betriebsversammlung zusammenzurufen. Der Referent Kollege Schmidt vorsteht am Hand des vorzuziehenden Materials und der von der Firma herausgegebenen Arbeitsordnung geradezu unhaltbare Zustände bei dieser Firma feststellen. Die Bezahlung des weiblichen Personals bewegt sich zwischen 15 und 50 M., im besten Falle 75 M. pro Monat. Dafür dürfen sie aber abends um 1/2 11 Uhr noch Palette zur Handführung mitnehmen. Wenn dann dieselben Angestellten am anderen Tage zu spät kommen, so zahlen sie nach der Arbeitsordnung bis 9 Uhr für jede 5 Minuten 10 Pf. Strafe, das beträgt 1,20 M. Der mit 35 M. pro Monat entlohnte Angestellte erhält aber pro Tag nur einen Lohn von 1,15 M. Außerdem gibt es noch 16 verschiedene Arten der Strafen. Diese Strafen werden den Angestellten vom Gehalt gekürzt, was durch Gesetz verboten ist. Aber um Gerechtigkeit kümmert man sich bei der Firma Glend sehr wenig, so zählt man den Angestellten während der Krankheit das Gehalt nicht weiter. Dafür erfährt man aber sonst eine liebevolle Behandlung. Neuerungungen wie: „Ich habe mit Ihnen Schlitten und ich schmeiße Sie auf die Straße“ fand an der Tagesordnung. Es gab aber zwei Angestellte, die den Mut hatten, die Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma als „angenehme“ zu bezeichnen, wofür schließlich in der Absicht, sich bei der Firma in Erinnerung zu bringen. Ihnen wurde dann nochmals das ganze Sündenregister der Firma vorgehalten. Der Referent meinte, daß die Angestellten doch meist Eöhne und Löhner der Arbeiter seien, die sich derartige Zustände nicht länger gefallen lassen dürfen und durch den Zusammenschluß im Zentralverband für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Firma mit allen Mitteln kämpfen werden. Damit schloß die interessante Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Donnerstag 20. von 10 bis 11 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Nachdruck und eine Zahl als Verbleiben beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen kein Abdruckvermerk beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Müßige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. W. 2. 1. Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, welche Rolle Sie meinen. 2. Erklären Sie sich in einer Drogenabhandlung. — W. G. 27. Unentgeltliche Auskunft über Patente usw.: Göttinger Straße 109. Das Patentamt selbst: Göttinger Straße 97/108. — W. V. 100. 104. und mich richtig. — H. W. 99. Das dreijährige Kind ist frei, hat aber keinen Anspruch auf einen Stipendium. — H. W. 100. Ihre Frage ist unverständlich. Sie geben nicht an, um was für eine Tour es sich handelt. — C. W. 9. 1. Das Einkommen des vorhergehenden Kalenderjahres wird der Einkünfte zu Grunde gelegt. 2. Fragen Sie bei der „Vollstreckung“, Rechnungsteil 1, Berlin, Engelauer 19, an. — H. R. 24. Erlauben Sie am besten bei einem Vogelkundler. — P. C. 67. Von einer Schadenersatzklage verpöchten wir uns keinen Erfolg. Verjahren Sie es mit einem Antrag an die Gläubigerdirektion. — H. R. 400. 1. Rein. 2. Inmehrfach. Von einer Klage rufen wir ab. — H. W. 100. 1. Rein die Armenverwaltung. 2. Eine Verpflichtung zur Rückgabe haben Sie nicht. — H. W. 28. Eine solche Stelle können wir Ihnen auch nicht mitteilen. — G. S. 28. Der Mann ist auch schwerlich der Frau gegenüber unterhaltspflichtig. — Otto 001. Dazu bedarf es eines besonderen Antrages. Einen besonderen Grund, einen solchen Antrag zu stellen, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. Das zweifelhafte ist, Ihre Frau bleibt mehr wie 28,85 M. wöchentlich gebühren. — G. S. 100. Ein Recht zur Vertragung haben Sie deswegen nicht. Verjahren Sie gütliche Einigung. — H. W. Das Verlangen der Steuerbehörde ist im Gesetz begründet. — H. G. Unterer Gradus sein. — G. W. 86. Ja. — G. S. 47. 1. U. G. nein. 2. 1,65 M. 3. Nur dann, wenn es vereinbart wird. — H. G. 02. In derartige ärztliche Angelegenheiten und Fragen müssen wir uns grundsätzlich nicht einmischen. Wenn Sie sich dafür an jemanden oder an einen anderen Arzt mit Ihrem Wunsch. — W. B. 14. Juli 1789. — S. R. Ja. — W. S. Rein. — G. C. 1237. Das erfahren Sie in jeder chemischen Reinigungsanstalt. — S. 88. Ja.

Witterungsübericht vom 17. Juli 1914.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer hoch mm, Windrichtung, Wetter, Temp. in °C, Stationen, Barometer hoch mm, Windrichtung, Wetter. Rows include: Eisenberg, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Garmisch, Weiskirchen, Garmisch, Weiskirchen.

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. Juli 1914. Zunächst wieder stiller, heiter, etwas wärmer, bei meist schwachen Südwestlichen Winden; später neuer Zunahme der Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmorgen: Zunächst auch stiller der Oben, außer an der Küste, mittelbedeutende Gewitterregen mit Abkühlung. Im Westen langsame Aufhellung und wieder etwas wärmer, später neue Gewitter.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstrasse 69. Der politische Streik von H. Laufenberg. VII und 260 Seiten (Bd. 54 der Int. Bibliothek.) Broschiert 2 M., gebunden 2,50 M. Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung von Emil Vandervelde. Autorisierte Uebersetzung v. Hanna Gernsheimer-Hertz. 154 Seiten. (Band 55 der Int. Bibliothek.) Broschiert 1 M., gebunden 1,50 M. Unser Schrittenverzeichnis versenden wir auf Wunsch gratis und franko.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Tegelort, Sporthaus bei Emil Mothes.

Leichte Sommer-Kleidung

zu enorm billigen Preisen

- Wasch-Joppen 90 Pf.
- Lüster-Jackette 3.—
- Pique-Westen 2.25
- Weißer Hosen mit Umbug und Schlaufen 3.50
- Bastfarbene Jackette 4.50

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gr. 1891 Schönberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 49 (Neueste Moden) kostenfrei



Prima Hammelfleisch

Außerordentlich billig

Um unser vorzügliches australisches Hammelfleisch — amtlich untersucht — einzuführen, offerieren wir:

- Dicke Rippe 73 Pf. Dünung 63 Pf.
- Keule 75 Pf. Rücken 68 Pf.

per Pfund.

Australisches Hammelfleisch ist von ganz vorzüglicher Qualität, sehr schmackhaft und wird in England von Millionen bevorzugt.

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.

Deutsches Hammelfleisch zu billigsten Tagespreisen.

Hammel-Consum, G. m. b. H.,

Berlin C 25,

Gontardstraße, neben der Zentral-Markthalle, vis-à-vis vom Bahnhof Alexanderplatz. 93/15*

Keine Filialen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
höhere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadelloso Sitz.

Jonas

Kurzberg

Oranienstr. 160^a

zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte auf Hausnummer u. rote Schilder zu achten.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Jede Hausfrau, die Kaiser-Briketts verfeuert, spart!



Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 18. Juli 1914

Anfang 8 Uhr.

Vossage-Theater. Kino-Varieté.
Potsdamer Naturtheater. Alt-
Potsdam.

Anfang 8 Uhr.

Hranis. Streifzüge durch Kor-
wegen.
Wesien. Das Rheingold.
Schiller O. Der Postillon von
Lyonnais.

Berliner. Wie einst im Mai.
Königsgrätzer Straße. Nr. 2a.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Theater an der Weidenammer-
Brücke. Der müde Theodor.

Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Palast-Theater. Varieté und Licht-
spiele.

Berliner Theater-Theater. Orig.
Anfang 8¹/₂ Uhr.

Steines. Der Ried.
Theater am Nollendorfplatz.
Der Juxbaron.
Walhalla. Der Hund von Baste-
ville.

Folies Caprice. Schwache Nerven.
Eine ruhige Sommerwohnung.
Verbotene Frucht.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Deutsches Schauspielhaus.

Zuifen. In neues Bild.
Anfang 8¹/₂ Uhr.

Reißens. Die verfluchte Liebe.
Centralpalast. Im Tangoklub.
Eines Nollendorf-Theater.
Das Rätsel.

Stenwart. Inhabersstr. 57-62

Theater in der Königsgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Berliner Theater.
Zum 285. Male. 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
Sonnabend, Sonntag, 8 Uhr:
Das Rheingold.

Theater a. d. Weidenammerbrücke
Täglich 8 Uhr, zum 135. Male,
und 31. Juli zum letzten Male:
Der müde

Theodor.

Schwan u. Gefangnis- u. Tanzszenen.
Sachse-Oper.
Schiller-Theater O. Theater.

8 Uhr:
Der Postillon von
Lyonnais.

Reichshallen-Theater.
Gastsp. d. berühmten Dresdner
Viktoria-Sänger
Für Berlin völlig
neues Programm.

Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7¹/₂ U.
Sonnabend, 1. Aug.
Eilebebegin
der Sotren der
Stettiner Säng.

Reichshallen-Theater.
Gastsp. d. berühmten Dresdner
Viktoria-Sänger
Für Berlin völlig
neues Programm.

Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7¹/₂ U.
Sonnabend, 1. Aug.
Eilebebegin
der Sotren der
Stettiner Säng.

Friedrich-Wilhelmst. Th.
8¹/₂ Uhr. d. Operettenschlager:
Leutnantslieben.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8¹/₂ Uhr:
Der Juxbaron.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Der Silberkönig.

Anfang 8 Uhr.
Auf der Gartenterrasse —
Rund um die Spree. Gr. Renne.
Recher Konzert. Spezialitäten.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
Neues Programm!

Saharet

die australische Tanzdiva
Pezinas Kaufmanns
Pagelien Veronacyclo
Kabarett Truppe
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Entreeplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Voigt-Theater
Badstraße 58.

Morgen Sonntag:
Durch fremde Schuld.

Orig.-Rollschild mit Gesang u. Tanz
in 3 Akten von Seelen u. Nichter.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Koffeneröffn. 10 Uhr. Anf. 2 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönb. Allee 148. Kastanienallee 97/99

Unter neuer Leitung
der beliebten Direction W. Herrmann.

Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum Schluss: Wo hast du dein
Weib? Weibchen! Anfang 4 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten
weiblichen
Azteken!

AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddhas Geistertafel.

Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter filiale Groß-Berlin

Sonntag, den 19. Juli 1914, in den Gefanträumen der
„Brauerei Friedrichshain“

Großes Sommerfest

Konzert und Theater

Mitwirkende: Tonkünstler-Orchester (Kapellmeister Fritz Blume), Sängerschaft der
Gemeindearbeiter Groß-Berlins, M. d. D. A.-S.-B. (Chormeister O. Kowalski), und erst-
... Klasse artistische Kunstkräfte — Kasperle-Theater und Kinder-Fackelzug ...

Im großen Festsaal von 5¹/₂ Uhr ab: **TANZ** (Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 50 Pfennig nach).

Anfang 4 Uhr Eintrittskarte 25 Pfennig Programm gratis
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne, Mütze oder Schärpe gratis. — Die Kaffeeküche ist
von 8 Uhr ab geöffnet. Bei ungünstiger Witterung finden die Festveranstaltungen in
den Sälen statt. 35/7



Von der Michaelbrücke am Stadtbahnhof. Heute
Sonnabend große Sommerachts- Promenaden-
fahrt mit Ruff nach Schmüdow, Restaurant Storch-
nest, belebte Lang-Remton. Abfahrt 7¹/₂ Uhr abends.
Preis hin und zurück 50 Pf. — Außerdem Sonntag, Abf. 9 Uhr, zum
Bergmannsfest nach Rüdersdorf und Holtesdorf. Preis hin und zurück 1 R.
Rüdersdorf 1,20 R. — Ferner mit Ruff Montag, Dienstag u. Donner-
stag zum Bergmannsfest nach Rüdersdorf. Preis hin und zurück 70 Pf.
sonst täglich 9¹/₂ und 2¹/₂ Uhr nach Voltersdorf und Grünheide. Preis
hin und zurück 50 Pf., Grünheide 1.— R.
Reederei Zachow. Tel. Rgt. 6965.
94/11

Sonntag, d. 26.: **Extrafahrt nach Teupitz.** Abfahrt 7¹/₂ Uhr früh.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernsprecher
Königt. 2052.

Voranzeige.
Am Sonntag, den 2. August:
I. Dampfer-Extrafahrt durch den
neuen Großschiffahrtsweg
von Berlin bis Niederfinow

Abf. 7¹/₂ U. Weidendammer Br. — Bahn. Friedrichstr. zur Hinfahrt 3.10.
Tornows) Abf. 7¹/₂ Uhr Waisenbrücke.
II. Nach Teupitz (Idyll) Hin u. zurück 2 R.
In beiden Fahrten sind Fahrkarten vorher in unserem
Bureau, C 2, an der Stralauer Brücke 4/5, zu haben.

Achtung! Ab Weidendammer Brücke.
Am Donnerstag, d. 23. Juli, und dann jeden Dienstag u. Donnerstag
nach Phoebe durch die herrlichen Havelseen.
Abfahrt 8¹/₂ Uhr. Hin u. zurück 1 R.

Billige Extradfahrten ab Waisenbrücke:
Jeden Freitag u. Donnerstag Wenden-
schloß-Grünau-Krampenurg Neue Mühle Ab 2 Uhr,
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 50 resp. 25 Pf.
Jeden Dienstag und Freitag nach Woltersd. Schleuse 59 Pf.
N.-Ahlbeck, Müggelschloß, Grünau-
Waldidyll, Krampenurg Ziegenhals Kinder 25 Pf.
Jeden Mittwoch nach Wenden-
schloß-Grünau-Krampenurg
Jeden Mittwoch nach Teupitz (Tornows) Abfahrt 8 Uhr,
Idyll) hin und zurück 2 R.
Von Café Alsen (Schlesische Brücke) Abfahrt je 1/2 Stunde später.

Neu! Ab Neukölln
Jeden (S. u. M.) ab Kaiser-Friedrich-
Str. 187, u. 2¹/₂ Uhr ab Waisenbrücke, nach Krampenurg
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 50 resp. 25 Pf.
Die Rückf. der Sonntagstour endet abends in Café Alsen resp. Waisenbr.
Montag und Freitag Neu-Ahlbeck, Woltersd. Schl. Abfahrt 8.50 Uhr
Donnerstag) Müggelschloß, Neue Mühle Kais.-Friedrichstr. Abfahrt 9.05 Uhr
Dienstag und Freitag) Grünau- Waldidyll, Krampenurg Abfahrt 9.05 Uhr
Freitag) Krampenurg, Ziegenhals Wildenbruchbr. Hin u. zurück 50 Pf.
Mittwoch) Grünau- Waldidyll, Krampenurg Kind. 25 Pf. 50 Pf.

Jeden Montag) Neu-Ahlbeck, Neue-Helgoland Abfahrt 1¹/₂ Uhr
u. Donnerstag) Müggelschloß, Krampenurg Kais.-Friedrichstr. Abfahrt 1¹/₂ Uhr
Jeden Dienstag und Freitag) Grünau- Waldidyll, Krampenurg Abfahrt 1¹/₂ Uhr
Wildenbruchbr. Hin u. zurück 50 Pf.
Jeden Mittwoch) Grünau- Waldidyll, Krampenurg Kind. 25 Pf. 50 Pf.
Von Café Alsen (Schles. Br.) Abfahrt etwa 1/2 Stunde später.

Folies Caprice. Heute Premiere.

Schwache Nerven.
Eine ruhige Sommerwohnung.
Verbotene Frucht.

Admiralspalast.
Eis-Arena.

Berlins kühler Aufenthalt.
Abends 7¹/₂ Uhr: „Im Tangoklub“
und „Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10¹/₂ Uhr
halbe Kassenpreise.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute Sonnabend, den 18. Juli, sowie täglich:
Konzert und Vorstellung
und

Oberbayern

mit vollständig neuer Alpendekoration.
Bayrische Kapellen. Bayrische Madels.
Entree 25 Pf.

Gewerkshaus

Menu für Sonntag, 19. Juli,
a 1 M.
Tomatensuppe.
Bouillon mit Karf.

Geht grün mit Möhchen.
Lachs mit Remoulade.
Blumenkohl mit Saucehen.
Rinderbrust mit Meerrettichsauce.
Fleischlofch en casserole.

Gänsebraten.
Rahmcremebraten.
Prager Schinken garn.

Kompott oder Salat.
Fis oder Rife.

ZOOLOG ischer Garten

Täglich
Gr. Militär-Konzert.

Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! **AQUARIUM**
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Sommertheater „Urania“
Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.

Täglich erstklass. Varietévorstellung
Im Garten 9000, im Saal 900 Sitzplätze
Sonnabends und Sonntag: **Ball!**
Saal für Vereinsbälle 1000 Plätze.

Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Großes Volksfest morgen, Sonntag, von 3 1/2 Uhr an in der Berliner Hofbrauerei...

Der Bildungsausschuß.

Vierter Wahlkreis. Die Mitglieder der 10. Abteilung veranstalten am Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr...

Reußlau. Die Uglurionspartie der Jugendsektion nach Chorin findet am Sonntag, den 19. d. Mts., statt.

Lichtenberg, 10. Abt. Morgen Sonntag: Ausflug nach Heidekraug. Abfahrt: Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde...

Hohen-Schönhausen. Am Montag, den 20. d. Mts., findet ein gemeinsamer Ausflug der Genossen nach Ziegel statt.

Biesdorf. Die Genossen, welche im Besitz von Teilnehmerkarten zum Besuch des Botanischen Gartens sind...

Berliner Nachrichten.

Brillant-Feuerwerk.

Die alte Sitte, zur Volksbelustigung an schönen Sommerabenden ein Feuerwerk abzubrennen, ist noch nicht ausgestorben. Es gab vor Jahrzehnten eine Periode, in der gewisse große Vorortlokale, beispielsweise der „Sterneder“...

Mit dem Siegeslauf des elektrischen Lichts kam es anders. Es schien, als ob das Publikum von Feuerwerk übersättigt war oder in den elektrischen Lichtfluten, die ja heute auch in allen Farben schillern, einen viel schöneren Ersatz fände.

Nur den patriotischen und nationalen Almbimb nebenbei kann man sich noch immer nicht abgewöhnen. Die feurigen Kronen und Breitenadler sind mehr als abgedroschen.

Serien!

Vom Anfang der Schulserien an höre ich jetzt jeden Morgen um die bestimmte Zeit auf dem Hofe eine Kinderstimme rufen: „Fliegenfänger! Stuhl fünf Pfennige!“

Ich trete ans Fenster und sehe auf dem Hofe zwei Knaben im Alter von vielleicht zehn und acht Jahren. Wahrscheinlich sind es Brüder. Ihre Kleidung ist sehr ärmlich.

„Sagt mal, Kinder,“ begann ich zu fragen, „wer schickt Euch denn?“

- „Niemand,“ antworteten die beiden.
„Na warum geht Ihr denn dann mit diesen Fliegenfängern hausieren?“
„Um Geld zu verdienen.“
„Verdient Euer Vater kein Geld?“
„Wir haben keinen Vater.“
„Wo ist er denn?“
„Tot.“
„Und was macht Eure Mutter?“
„Die ist krank.“
„Habt Ihr Geschwister?“
„Ja.“
„Sind diese älter als Ihr?“

„Nein, ich bin der Älteste!“ antwortete der Zehnjährige.
„Wie viel Kinder seid Ihr?“
„Acht.“

„Ich fragte nicht weiter. Ich wußte genug. Die Kleinen zogen ihres Wegs. Lange noch blickte ich den beiden nach. Freuten sich diese Kinder auch auf die Ferien? Waren diese auch für sie eine Erholung?“

„Ja, wenn ich jetzt von Ferien höre oder lese, muß ich an diese beiden Knaben denken und stets klingt es mir in den Ohren: „Fliegenfänger!““

Verstümmeltes Radium.

Im vorigen Monat warf in einem Charlottenburger Sanatorium ein Diener undorftigerweise für 20 000 R. Radium in den Ausguss. Trotz allen Suchens konnte man das wertvolle Heilmittel nicht wieder herbeischaffen.

Früh gestrichen.

Ein Leser schreibt uns: „Auf der Station Strauß-Kummelsburg, Bahnsteig D, werden Malerarbeiten ausgeführt. „Früh gestrichen!“ zeigen gelbe Zettel an, deren zwei an jedem neu gestrichenen Pfeiler befestigt sind.

Eine seltene Blüte.

So viel Schönes und Interessantes auch gegenwärtig der Botanische Garten in Dahlem in seinen mächtigen Freilandkulturen, pflanzengeographischen Anlagen usw. bietet, so empfiehlt sich doch gerade in der jetzigen Zeit auch ein Besuch der großartigen Gewächshausanlagen...

Nochmals der Schuhverband der Schwerhörigen.

In seinem letzten Monatsblättchen unternimmt der Schuhverband der Schwerhörigen den Versuch, unsere Kritik über die Tendenz des Vereins als abwegig hinzustellen. Das tut das Blättchen, ohne auch nur im geringsten die von uns geführten Tatsachen ernstlich zu widerlegen.

Wird der Verein den Schwerhörigen nützen, so muß er sich freihalten von jeder politischen Tendenz und muß sich darauf beschränken, den Schwerhörigen die Erleichterungen zu schaffen, die

nach Lage der Sache geschafft werden können. Beschränkt sich der Verein lediglich hierauf, so erfüllt er einen guten Zweck und auch wir werden dem Verein unsere Sympathie zuwenden.

Neuertreibungen des Reichs-Postmuseums.

Das Reichs-Postmuseum hat zahlreiche und interessante Neuertreibungen zu verzeichnen. Der Automobilbetrieb der Post wird jetzt durch zwei Modelle veranschaulicht, den eines Wagens für 12 Reisende und den eines elektrisch betriebenen dreirädrigen Briefwagens...

Tödlicher Unfall auf dem Bahnhof Wustermark.

Ein Opfer seines Verweils ist der 27jährige Rangierer Ewald Klatt aus der Ruhlebener Straße 3 in Spandau geworden. Er, der auf dem Rangierbahnhof Wustermark angeheilt war, hatte in der letzten Nacht Rangierdienst und hatte mehrere auf beschleunigten Schienensträngen befindliche Personenzüge zusammengefahren.

Opfer des Badens.

Bei Bickelswerder sind zwei Männer ertrunken, deren Personalleben noch nicht ermittelt werden konnten. Es handelt sich um einen etwa 24jährigen und um einen 60jährigen Mann, von denen der erstere im Freibad bei Bickelswerder, der andere beim sogenannten Gemünde am Leuchtturm gebadet hatte.

Ehe tragödie in Treptow.

Eine erregte Szene spielte sich am Mittwoch in Treptow ab. Seit acht Monaten war der Schlosser Spieh mit seiner 26 Jahre alten Ehefrau Margarete verheiratet und wohnte seitdem in der Köpenicker Landstraße 147.

Im Schwimmbad ertrunken ist der 14 Jahre alte Fortbildungsschüler Otto Windisch aus Charlottenburg, Kaiserdamm 17. Der Knabe nahm als Mitglied des Vereins „Jungdeutschland“ mit anderen Knaben Schwimmunterricht in der Badeanstalt der Gardepioniere in der Köpenicker Straße.

Ein Opfer der Klatschsucht.

Rüsterzungen haben wieder einmal großes Unheil angerichtet. Wie in Hohen-Schönhausen wohnhafte Ehefrau des Schlossermeisters Nicke hatte sich Klatschereien, die in der Nachbarschaft ungerechtfertigterweise über sie geführt worden waren, derart zu Herzen genommen, daß in ihr der Entschluß reifte, sich das Leben zu nehmen.

Würde sich jedes zum Grundriß machen, in Privatangelegenheiten anderer sich nicht einzumischen, weil sie ihn nichts angehen, würde manches besser sein. Die Klatschsuche scheint aber un-

ausrottbar. Es gibt leider noch zuviel Leute, die sich nur in der Gasse wohnen; je tiefer im Schmutz, desto lieber ist es ihnen.

Es dürfte noch manche Arbeit kosten, um auch diese Seuche auszurotten und die Menschen herauszuführen, damit sie für Wahres, Gutes und Schönes Interesse und Verständnis empfinden.

Todesprung.

Ein aufregender Vorfall hat sich gestern in dem Hause Grolmanstraße 42 in Charlottenburg abgespielt. Bei einer dort in der vierten Etage wohnenden Herrschaft war seit einiger Zeit die 20jährige Paula Demmin in Stellung. Mittwochnachmittag sprang sie aus dem Fenster ihres Zimmers auf den Hof hinab. Die Lebensmüde erlitt schwere innere und äußere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus Bestend gebracht. Als Ursache zu dem Schritt wird verschämte Liebe angegeben.

Ertrunken hat sich gestern früh in der Löwenbräueri, Hochstraße 21-24 ein Arbeiter, weil er erlaffen werden sollte. Obgleich sofort Hilfe zur Stelle war und Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, war es nicht möglich, den Mann zu retten. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Der 48 Jahre alte Gastwirt Vincenz Weingärtner aus der Neuen Königstraße 30 hat wegen finanzieller Bedrängnis seinem Leben durch Opium ein Ende gemacht. Er wurde in seiner Wohnung auf dem Sofa sitzend tot aufgefunden. Der Tod war bereits vor fünf Tagen eingetreten. — Aus einem Fenster des dritten Stockes stürzte sich gestern vormittag im Hause der Spirituszentrale, Schellingstraße 15, ein Fräulein Hildegard v. Eichleib aus der Genthiner Straße 6. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde sie nach der Infirmerie gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung verstarb.

Im Berliner Aquarium haben sich die in einem besonderen Terrarium, Nr. 5, ausgeflossenen Krebstiere, entgegen der gewöhnlich geübten Annahme, daß sie in Gefangenschaft keine Nahrung aufnehmen sollen, als ganz vorzügliche Fresser gezeigt, die beträchtliche Mengen von weißen und grauen Hausmäusen verzehren. Ein Weibchen hat auch bereits Junge zur Welt gebracht, die sich aber vorläufig meist in das Gestrüpp verziehen, während die Alten ihre anfängliche Scheu vor dem Menschen vollkommen verloren haben und beim Öffnen des Behälters herbeikommen, um nach Futter Ausschau zu halten. Auch von der in den Wädhern gewöhnlich angelegenen unerbittlichen Wut und Bissigkeit dieser einzigen Giftschlange Deutschlands ist bei verständiger, ruhiger Handhabung mit diesen Tieren wenig zu bemerken. Öffentlich gelingt es, eine Anzahl Junge mit kleinen Fröschen und Eidechsen aufzuziehen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Zu großer Bedrängnis befindet sich der Charlottenburger Kreditverein, der im Februar Konkurs anmelden mußte. Durch besondere Maßnahmen haben sich die interessierten Banken gesichert; anders steht es um die etwa 1000 kleinen Sparer und die kleinen Genossen, die in eine schwierige Situation gekommen sind. Die Schuldentlast beträgt 2 1/2 Millionen Mark, die sich von Tag zu Tag vergrößert, wenn nicht schnell Gelder herbeigeschafft werden, um weitere Substantien zu vermeiden. Das Geschäft wickelt sich auch infolgedessen schwer ab, weil der Konkursrichter einen in Berlin wohnenden Anwalt zum Konkursverwalter ernannt hat. Die kleinen Leute müssen viel Zeit verwenden, um erst nach Berlin zu kommen und hier mit dem Konkursverwalter geschäftliche Fragen zu erledigen. In seiner Not hat der Verein ein Zirkular an eine Reihe Genossenschaften um Hilfe gerichtet; das geht nun wieder dem bekannten Anwalt der Genossenschaften Herrn Dr. Erliger nicht, der in der letzten Nummer der „Blätter für Genossenschaftswesen“ es ausdrücklich für nötig befand, eine jede Hilfsaktion ablehnende Erklärung zu veröffentlichen und das Vorgehen der bedrängten Charlottenburger Sparer besonders zu mißbilligen. Geholfen wird dadurch den Leuten allerdings nicht.

Neukölln.

Jugendausflug Neukölln. Am Sonnabend, den 18. Juli, Nachmittags nach Griner-Kaßberg-Weinsdorf-Kroftinssee. Abfahrt: Sonnabend, abends 11 Uhr 26 Min. vom Bahnhof Hermannstraße. Fahrpreis 80 Pf.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittag gegen 1 1/2 Uhr in der Weisstraße 21 zugetragen. Die dort wohnende Witwe Pück ernährte sich und ihre zwei Kinder mühsam durch Kupferarbeiten, bei der sie flüssigen Kautschuk zum Kleben verwendet. Als sie gestern mittag ihrer neunjährigen Tochter Charlotte auf deren Vitten einige Kartoffeln braten wollte, geriet eine in der Nähe des Gasbrenners stehende Kautschukmasse auf unangefährte Weise in Brand und explodierte. Die Flammen erfaßten die kleine Charlotte und hüllten sie ganz ein. Auf die Hilferufe eilten Nachbarn herbei und erstickten die Flammen. Nachdem ein hinzugerufener Arzt dem unglücklichen Kinde einen Katerband angelegt hatte, wurde es in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Unter anderen kleinen Vorlagen fand auch die Steuerordnung für Wettrennen und Wettspiele auf der Tagesordnung. Danach sollen alle diejenigen Veranstaltungen steuerfrei bleiben, welche von den Vereinen, welche sich mit nationaler Jugendpflege befassen, veranstaltet werden. Unser Antrag, entweder alle der Jugend dienenden Arrangements frei zu lassen oder den bestehenden Zustand beizubehalten, wurde von den Gegnern abgelehnt. Dasselbe Spiel zeigte sich beim 9. Punkt der Tagesordnung. Ein Turnverein, welches in diesem Jahre sein 25jähriges Stiftungsfest feiert, beantragte, ihm einen Ehrenpreis zu stiften. Vom Gemeindevorstand wurde vorgeschlagen, 60 M. zu bewilligen. Trotz unseres Hinweises, daß man für Kulturbestrebungen der Arbeiter keinen Pfennig übrig hat, so daß sogar diese in kleinlichster Weise skataniert werden, wurde dieser Antrag mit allen bürgerlich Stimmen angenommen. — Eine längere Debatte zeitigte die im Oktober zu eröffnende Kinderbewahranstalt. Der Gemeindevorstand ist mit dem Paul-Gerhard-Stift zweifelsfrei Stellung einer Aufsicht für die Bewahranstalt in Verbindung getreten und hatte der Vertretung einen Vertrag vorgelegt, nach welchem die Gemeinde nur Pflichten und das Stift nur Rechte hätte. In durchaus treffender Weise wurde dargelegt, daß man für die geforderten Aufwendungen ganz gut eine Kindergärtnerin anstellen könne, in deren Dispositionen wir schließlich auch etwas mitzureden hätten. Die Angelegenheit wurde schließlich der Armenkommission zur weiteren Bearbeitung übermiesen.

Dann wurde noch mitgeteilt, daß die Steuerföhe von der Aufsichtsbörde genehmigt sind. In Anbetracht der Vorgänge beim letzten Brand richtete Genosse Oehlert an den Bürgermeister die Anfrage, was er zu tun gebe, um solche Vorkommnisse, wie sie sich beim letzten Brand gezeigt haben, zu vermeiden. Bei der Besprechung kamen recht niedliche Dinge zur Sprache. Es wurde, um den Herrn Brandmeister und Oberbrandmeister zu entlasten, ausgeführt, daß die Kameradschaftlichkeit in den Wehren viel zu mürklich übrig lasse, daß ferner die Wehren nur dann auszurücken haben, wenn vom Polizeiamt die Order dazu gegeben wird. Von seiner Seite wurde dem widersprochen. In der ihm eigenen Art lehnte der Herr Bürgermeister eine Beantwortung der Frage ab. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Der öffentliche Sitzung folgte noch eine geheime. Es sollten die Gehälter der beiden obgenannten Beamten beraten werden und über ein Unterstufungsgehalt eines Beamten entschieden werden. Bei

dieser Gelegenheit wurde von der Karlsruher als Bürgermeister-Fraktion eine Straßprobe veranstaltet. Als die Karlsruher Fraktion sah, daß sie doch noch zu schwach war, um ihre Wünsche durchzusetzen, trat sie in den Streit und verließ demonstrativ den Saal. Die dadurch eingetretene Beschlußunfähigkeit machte eine Fortsetzung der Sitzung am nächsten Freitag notwendig.

Pankow.

Die notwendige Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Für den großen Schulbau in der Görtsch, Wollank- und Neuen Schönholzer Straße ist die Heizungsanlage getrennt auf dem großen Schulhof aufgeführt. Diese Anlage hat nicht nur das Heizum, Oberheizum, Mittelschule, zwei Gemeindeschulen und das Rettortwohnhaus zu versorgen, sondern auch einen Fernheizkanal auch die Realschule und das Rathaus. Weiter ist bereits vorgesehen auf demselben Grundstück an der Görtsch- und Florastraße eine Badeanstalt mit Schwimmbassin aufzuführen, die ebenfalls von dieser Anlage gespeist werden soll. Da die vorhandenen Maschinen nur zu einem Teil ausgenutzt werden konnten, würde die Errichtung eines Elektrizitätswerkes beschlossen. Dieses Werk, eigentlich nur als Nebenwerk gedacht, fand genügend Kritiker, die eine schlechte Zukunft in Aussicht stellten. Ueber die trotzdem flotte Entwicklung des kleinen Werkes ein paar Zahlen.

Im Jahre 1911 wurden 127 000 Kilowatt produziert, 1912 208 000, 1913 278 700 und im laufenden Jahre dürfte die halbe Million voll werden, davon entfällt natürlich ein großer Teil auf die Beleuchtung der eigenen Gebäude und der Straßen.

Im Jahre 1912/13 ist schon ein geringer Ueberschuß von 17 400 M. erzielt worden, abzüglich der 8700 M. Reserve und Tilgungskosten. 1913/14 schon 22 000 M. Ueberschuß, abzüglich 9700 M. Reserve und Tilgung.

Vor zwei Jahren machte sich bereits die Auffstellung einer neuen Maschine notwendig. Die Gemeindevertretung beschloß jedoch, zuerst einmal mit der V. E. W. wegen Stromlieferung zu verhandeln. Das Pankower Werk liefert Gleichstrom für 120 Volt, für Lichtzwecke außerordentlich günstig und erheblich billiger. Die V. E. W. gibt nur Drehstrom ab, soll dieser hier benutzt werden, muß er erst umgeformt werden. Die Verhandlungen führten zu dem Resultat, daß ein Umformer angeschafft wurde. Schon damals wurden darüber Bedenken geäußert, daß der Strom von Berlin entnommen werden soll.

Die weiteren Verhandlungen scheinen jetzt auf dem toten Punkt angelangt zu sein. Es nicht in Berlin die Frage der Verstaatlichung der V. E. W. gelöst ist, dürfte auch kaum auf Antwort zu rechnen sein. Es wäre daher viel zweckmäßiger gewesen, an den weiteren Ausbau des Werkes sofort heranzugehen. Durch Beschluß der Gemeindevertretung soll jedoch wieder ein Umformer für 80 000 Mark gestellt werden, um die Stromlieferung an den Kundenkreis nicht zu unterbrechen. Hierzu kommt die Erweiterung und Verstärkung des Kabelleuges mit 26 000 Mark.

Kinderspiele. Der Arbeiterturnverein Pankow veranstaltet vom Sonntag, den 19. Juli, ab täglich auf dem Platz an der Riffinger Straße Kinderspiele. Treffpunkt vormittags Kaiser-Friedrich- und Wollankstraße, Ecke Drechmeisterstraße.

Steglich.

Zwangweise Beitreibung der Kirchensteuer von Dissidenten. Daß jemand wegen rückständiger Kirchensteuer gehändelt wird, ist gewiß wenig christlich; wenn aber gar einem Dissidenten, der überhaupt nicht zur Zahlung von Kirchensteuern verpflichtet ist, ein solches Maßverhaftet, so geht es doch über die Humanität. Ein Parteigenosse, der schon vor Jahren aus der Landeskirche ausgetreten ist, sollte in diesem Jahre wieder zur Unterhaltung der evangelischen Kirchengemeinde beitragen, was er natürlich unter Vorlegung der Austrittsbescheinigung verweigerte. Trotzdem verurteilt die Gemeindevorstand (Buchhalter B., Bezirk 6, Hebelstraße Nr. 731), die auch die Kirchensteuer einzieht, die zu Unrecht verlangte Steuer zwangsweise einzutreiben. Nur der Umstand, daß niemand zu Hause war, ließ die Abfahrt ausstehen werden. Der Steuerassistent ist anscheinend nicht zu belehren, es wird also Aufgabe des Gemeindevorstandes sein müssen, hier einzugreifen, um die Bürger vor unangenehmen Pfändungsversuchen zu schützen.

Ober-Schönweide.

Mitgliederversammlung. Die am Dienstag, den 14. d. M., im „Wilhelminenhof“ tagende Versammlung beschäftigte sich mit nachstehender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg; 2. Auffstellung der Kandidaten; 3. Diskussion. Der Vorsitzende, Genosse Ramsbrock, ging in dreiviertelstündiger Rede näher auf unsere Stellungnahme zum Parteitag ein. Nach längerer Diskussion wurden der Genosse Ramsbrock und die Genossin Arndt aus Lichtenberg der Kreisgeneralversammlung als Delegierte zum Parteitag empfohlen.

Nieder-Schönhausen.

Sein diesjähriges Sommerfest feiert am Sonntag, den 19. Juli, der hiesige Wahlverein mit Unterführung aller hiesigen Arbeitervereine im Restaurant „Schloß Schönhausen“, Lindenstraße Ecke Kaiserin-Augusta-Straße, Beginn 4 Uhr. Das Programm ist äußerst reichhaltig. Neben einem starken Streichorchester werden Darbietungen der Lehmannschen Chöre, des Pankower Arbeitervereins und des Berliner III-Clubs geboten. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind bei allen Funktionären und an der Kasse zu haben.

Steglich-Friedenan.

Das Volksfest, zum Besten des „Arbeiterjugendheims“ findet am Sonntag, den 26. Juli im „Wienwäldchen“ statt. Der Zweck des Festes — einen hohen Ueberschuß zur Erhaltung des Heimes zu erzielen — kann nur durch einen starken Massenbesuch erreicht werden. — Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern und Hauswartern erhältlich.

Die Arbeiterkellern werden gebeten, ihre Kinder zum regen Besuch des Jugendheims anzuhalten. Das Heim liegt in Steglich, Aniehof-Edel-Feuerstraße, und ist geöffnet Sonntag, ab 4 Uhr, sowie Montag, Mittwoch und Freitag ab 6 Uhr.

Röpnick.

Volksfest. Am Sonntag, den 19. Juli, findet im Rügelschloßchen und angrenzenden Walde das Volksfest der Röpnicker Arbeiterkassette statt. Es ist Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich an dieser Veranstaltung, besonders auch an dem 1 1/2 Uhr stattfindenden Ausmarsch zu beteiligen.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Sein Stiftungsfest feiert am Sonnabend, den 18. Juli, der Arbeiterturnverein Fige zu M.-Schönebed in Schöneiche.

Herr Stephan begab sich in die Redaktion der „Autorität“ und überreichte einen Brief an die Herren Cassagnac mit der unwürdigen Bitte, man möge ihm nichts tun. Er sei für die Haltung der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verantwortlich zu machen, sei Familienvater und von einer aufrichtigen Sympathie für Frankreich erfüllt. Tatsächlich hat denn auch die „Autorität“ am nächsten Tage in ein paar kühlen und kurzen Worten ihm erklärt, man werde Herrn Stephan in Frieden lassen. Bei allen Deutschen war die Empörung über dieses ungläubliche Vorgehen groß. Vielleicht im Aufwallen der ersten Entrüstung hat der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, Herr Dr. Viktor Kuburtin, an Herrn Stephan einen Brief geschrieben, in dem er das Vorgehen des Herrn Stephan auf das schärfste verurteilte. Stephan antwortete auf diesen Brief mit einer Duellforderung, die Herr Kuburtin zurückwies. Auf die Weigerung des Herrn Kuburtin, sich mit einem Manne wie Stephan zu schlagen, erwiderten die Jungen Stephens mit der höchst erwerdigen Frage, was Herr Kuburtin tun wolle, wenn Stephan zu Tätlichkeiten überreden würde. Herr Kuburtin erklärte, daß er sich auf eine solche Diskussion nicht einlasse und daß er den Tätlichkeiten des Herrn Stephan ruhig entgegenstehe. Heute findet eine Versammlung sämtlicher deutscher Korrespondenten statt, um zu dem Fall Stephan Stellung zu nehmen.

Die „D. Tagesztg.“ versucht um die Angelegenheit mit ein paar Verlegenheitsausreden herumzukommen, in die sie eine zarte Mißbilligung ihres Korrespondenten mischt. Uebrigens erinnern wir uns, daß die Korrespondenzen aus Paris uns selbst im Rahmen der „D. Tagesztg.“ wegen ihrer besondern Unanständigkeit und Verleumdungsjucht gegen die Sozialdemokratie aufgefallen sind.

Mord und Selbstmordversuch.

Der 36-jährige Schlosser Oswald gab, wie aus Ritten i. L. gemeldet wird, auf die Witwe Hinz, die sich von ihm getrennt hatte, auf der Edderiger Kreisstraße mehrere Schüsse ab, so daß die Frau nach wenigen Stunden im Krankenhaus starb. Er selbst schoß sich darauf eine Kugel in den Kopf, konnte sich aber noch nach dem Krankenhaus schleppen. Auch er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Ein deutscher Väter unter Nordverhaft.

Das Opfer eines Verwechselung wurde in Gerabmer bei Epinal ein deutscher Vätergehilfe. Die dortige Polizei fahndete bereits seit einigen Monaten nach einem mehrfachen Mörder namens Bill, der auch als begeisterter Anhänger der anarchistischen Partei bekannt ist. Ein Bahnbeamter glaubte in einem Reisenden, der in Gerabmer den Zug verlassen hatte, den Mörder Bill zu erkennen, da auf ihn genau die Beschreibung des letzteren paßte. Er benachrichtigte sofort die Gendarmerie, die sich, bis an die Bahne bewaffnet, nach dem Bahnhof begab, den Deutschen umzingelte und verhaftete. Er wurde einem eingehenden hochnotpeinlichen Verhör unterworfen. Schließlich stellte es sich heraus, daß die Polizei es nur mit einem harmlosen deutschen Vätergehilfen zu tun hatte, der sich auf einer Reise befand.

Eine Schlacht gegen die Suffragetten.

Die Holland Parc-Hall in London war in der Nacht zum Freitag der Schauplatz heftiger Kundgebungen gegen eine dort abgehaltene Versammlung der Frauenrechtlerinnen. Eine sehr zahlreiche, erregte Volksmenge hatte vor dem Versammlungsorte Aufstellung genommen und nahm eine drohende Haltung gegen die Suffragetten ein. Schließlich schürte die Menge die verschlossenen Türen der Halle, und es entwickelte sich nun zwischen ihnen und den Gegnern der Frauenbewegung eine furchtbare Prügelei, in deren Verlauf ein großer Materialschaden angerichtet wurde. Die gesamte Glasbedeckung der Halle sowie die gläsernen Türen, Fensterheben und Spiegel fielen der Zerstörungswut der Demonstranten zum Opfer. Auch die Innenausstattung des Lokals wurde vollkommen demoliert. Es spielten sich ungläubliche Szenen ab. Die Anhänger der Frauenbewegung wurden schließlich von ihren überlegenen Gegnern in einen kleinen Raum gedrängt, wo sie sich verbarrikadierten. Sie mußten eine buchstäbliche Belagerung über sich ergehen lassen, aus der sie erst befreit wurden, als ein größeres Polizeiaufgebot erschien und die Kundgeber zerstreute. Eine ganze Anzahl Personen hat durch Glassplitter Verletzungen davongetragen. Während der Tagung der Suffragettensammlung kam übrigens zur Sprache, daß die Varnittel der Partei sich auf eine Million Mark belaufen.

Keine Notizen.

Ein neues Opfer des Flugspotts. Leutnant von der Lüche, der zweite der auf dem Flugplatz Görries infolge des Zusammenstoßes ihrer Flugzeuge am letzten Dienstag verunglückten Piloten, ist ebenfalls seinen Verletzungen erlegen.

Fabrikbrand in Bocholt. Ein gewaltiges Feuer zerstörte in der Donnerstagnacht die Fabriklager und Bureauräume der Baitefabrik von Vorges, des größten Baitefabrikbetriebes von ganz Deutschland. Die Fabrik brannte mit den Maschinen bis auf den Grund nieder. Der Schaden beträgt mehrere 100 000 M. Ueber die Ursache ist noch nichts bekannt. Ueber 50 Arbeiter werden durch den Brand in Mitleidenschaft gezogen. Der ältere Teil der Fabrik war erst im Februar dieses Jahres durch ein Großfeuer vollständig zerstört worden.

Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Eine Lokomotive der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft stieß gestern im Gelsenkirchener Hafengebiet mit einer anderen Lokomotive zusammen. Hierbei wurden ein Heizer getötet, zwei andere Personen schwer verletzt.

Im Familienbade zu Heringsdorf sind zwei Badegäste: Otto Mendl, Landbeamter aus Prag, und Fritz Rosenbergs aus Berlin, ertrunken.

Rettung aus Erenoi. Das deutsche Torpedoboot S 14 hat am 15. Juli nachmittags den dänischen Schooner Elise aus Kolding, der auf dem Hatter-Riff festgenommen war, abgeschleppt.

Antituberkulose. Die Eheleute Müller, Tochter und Schwiegerjohn, die von dem zum Tode verurteilten Mörder Franz Wagner der Anstiftung zum Mord und des Meineides bezichtigt und deswegen verhaftet worden sind, haben im Untersuchungsgefängnis zu Saarbrücken ein Geständnis ihrer Schuld abgelegt.

Das Urteil des Admiralsgerichts über den Zusammenstoß der beiden Dampfer Kaiser Wilhelm II. und Jacomete ist zugunsten des ersteren ausgefallen.

Die vermist gewesenen deutschen Touristen Hoeg aus Hagen und Hille aus Kengersdorf in Preussisch-Schlesien sind wohlbehalten in Garmisch und Partenkirchen eingetroffen.

Die Cholera in Rußland. Nach amtlicher Meldung vom 15. Juli wurden in 3 Kreisen des Gouvernements Bobolien 19 Cholerafälle festgestellt. Im Gouvernement Astrachan sind vom 25. Mai bis zum 15. Juli 40 Pestfälle, von denen 42 tödlich verlaufen, vorgekommen.

Automobilunfall in Tunis. Kürzlich ist hier der Automobilomnibus, der den Postdienst zwischen Carthage und Dikane vermittelte, in Brand geraten. Zwei mit Benzin gefüllte Blechbehälter explodierten und das brennende Benzin ergoß sich auf mehrere Reisende. Zwei von ihnen verbrannten lebendig, mehrere andere wurden schwer verletzt. Auch der Chauffeur erlitt schwere Brandwunden; er hat das Augenlicht verloren, und es ist zweifelhaft, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

Aus aller Welt.

Helden.

Setzt der Verurteilung des Zeichners Hansi hat die ultrareaktionäre „Autorität“ der Herren Cassagnac eine blöde Hetze gegen die deutschen Zeitungskorrespondenten in Paris getrieben, ihnen Duellforderungen und tätliche Angriffe in Aussicht gestellt. Das Blatt hat kaum politische Bedeutung und die Korrespondenten haben bisher nicht darauf reagiert. Ueber eine einzige Ausnahme berichtet das „Berl. Tagebl.“:

Der Oesterreicher Herr Ferdinand Stephan, der Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin, also eines Blattes, das auf sein starkes Deutschum besonders stolz ist, ging zu den Herren Cassagnac und hat um Schonung

Allein-Vertriebes
Fabrik Cigarettenfabrik.

GARBÁTY
CIGARETTEN

Qualität

Manoli-Zigaretten

Dandy 3 Pf

Jetzt auch mit und ohne Mundstück

FREDY HARRY WALDEN

Cigaretten

Ben Schira

Cigaretten

MAL-KAH

Cigaretten

Muratti

Cigaretten

Szwedka

Cigaretten

MADDA

Cigaretten

Kressin

Raucht Herbstoll

Arbeiter-Berufskleidung

Kolner, Otto, Gerichstraße 55

Auto-Fahrerclubs

Auto-Technikum

Bad

Bad Hölze, Dirksenstr. 10

Central-Bad

Koppenstr. 99

Diana-Bad

Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. A. 23

Lindenbad

National-Bad, Brunnenstr. 9

Bad Ostend

Original Lohannis-Bad

Passage-Bad

Kottbusser-Damm 79

Schiller-Bad, Müllerstr. 153a

Silesia

Böcker- u. Konditoreien

C. Adameck, Neulin, Jonsstr. 23

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen

Die neue 33

Qualitäts-
Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien

Wilh. Godt, Emdenerstr. 59

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte

Bäcker- u. Konditoreien

F. Bock, Verh. W. Nohse

Bäcker- u. Konditoreien

Paul Jarrasch, Sprengelstr. 23

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 105

Bäcker- u. Konditoreien

Max Kallert, Landab. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien

Paul Köberich, Wilm. St. 45

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 105

Bäcker- u. Konditoreien

Max Kallert, Landab. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien

Paul Köberich, Wilm. St. 45

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 105

Bäcker- u. Konditoreien

Max Kallert, Landab. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien

Paul Köberich, Wilm. St. 45

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 105

Bäcker- u. Konditoreien

Max Kallert, Landab. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien

Paul Köberich, Wilm. St. 45

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 105

Bäcker- u. Konditoreien

Max Kallert, Landab. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bank Meissin u. Römerstr. 10

Bierbrauerei, Bierhdg.

Brauerei Bötzw

empfehl

W. Adeling & A. Hoffmann

Berliner

Bock-Brauerei

Osw. Berliner

Brauerei Königstadt

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Weissbier - Caramelbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Trinki Wanninger Bier

Weissbier, C. Breithaupt

Bendagen, Gummivarwa

Gummi-Waren

M. Pech G.m.b.H.

Geordigsanit. Sargmagz.

O. Liedmit

Beleuchtungsgegenstände

Brotfabrik

Liebing's Zerpenschleuser

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Concordia-Butterhandl.

Bruno Freche

Gebr. Gause.

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

40 Filialen

August Holz

Gebrüder Manns

F. HAGEN

W. Pieß, Buttergröhdg.

Kosmalla, E.

„Nordstern“

„Mercur“

Paul Reinike

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Gebr. Siebert

Ch. Sternheim

Uhly & Wolfram

Vereingte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Bettfedern, Betten

Blumen und Kränze

Drescher jr., Landsbergerstr. 116

Farbereien, Walchereien

Größt-Dampfwäscherei

Fleisch- u. Wurstwaren

Franz Ahlrop

R. Bachmann

W. Beck

Seiffert, K.

Cigarrrenfabriken

JUHL

G. Kaphun

Carl Martenzen

J. Neumann

W. Herbst

Richter & Franke

Oskar Gabler

Fleisch-Verkaufs-Halle

F. Harzbecher

Janik, C.

Damen-Konfektion

Dampf-Walchenst.

Janik, C.

Janik, C.

Janik, C.

Drogen und Farben

O. Barkow, Woldenweg 72

Hermann Oetzel

Unterstaatsbeide Geschäfte

empfehlen sich b. Einkauf.

Krumm, Reihn.

G. Lange, Lötzekestr. 30

Rob. Lindner, Niemöllerstr. 8

August Lincke, Alte Jacobstr. 22

Lochmann, Malpkestr. 35

Loebke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.

Moers, Otto

G. A. Müller

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

N. P. Zimmermann

A. Möbes Nchf.

K. Neger, Nölln, Friedenstr. 21

Jose. Otto, O., Scharnweberstr. 17

P. Prenzel, Chorinerstr. 50

Th. Prenzel, Naunynstr. 6

Curt Passow, Schulstr. 21

Gustav Pfennig, Goltzkowekstr. 17

P. Pietsch, Nölln, Kassebeckstr. 119

Jose. Rappold, Adalbertstr. 52

H. Rauschold, Rostockerstr. 21

Hermann Raubert, Elisebethstr. 14

Fritz Reichelt, Emdenerstr. 45

G. Rohloff, Nannstr. 2

W. Rolf, fr. A. Haffer, Kaslo-Allee 82

Alfr. Richter, Stralauerstr. 10

H. Ritzke, Stralauer Allee 31

H. Rose, Treptowstr. 11, Markthalhof

Leberecht Schröder, Waldstr. 45

Seyfar, Gr.-Lichter, Chausseest. 84

Hermann Schmidt, Thierstr. 48

K. Scheffler, Chodowickstr. 22

P. Schunthagen, Belferstr. 31

Gebr. Siebert, Wienstr. 64

Paul Seidel, Schönhaus Allee 80

J. Suchorsky, O., Libauerstr. 13

E. Schubert, Pankow, Florinstr. 25

Julius Schulz, Lichtenbergstr. 7

W. Schwan, Königsbergerstr. 25

E. Scherberg, Reichenstr. 5

O. Schneider, Rostockerstr. 20

Otto Schreiber, Hochenried-bergerstr. 1

Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 55

Meierei

C. Bolle

A.-G.

Berlin N.W. 21 Alt Moabit

Kaufhäuser

Kaufhaus Britz

Paul Falkenstein

Kohlen, Koks, Holz, Briketts

Kolonialwaren

G. Behrens, Schöneberg, Tempelhoferstr. 19

J. Böde, Spandau, Pöhlendorferstr. 56

C. Böde, Provinzialstr. 109, Reichenstr. 54

W. Bornfeld, Liebenwalderstr. 41

A. Buchholz, A. Frhrst. 19, Nölln, Backe

A. Crona, Liebenwalderstr. 50

Gg. Feist, Nölln, Weeserstr. 4

F. Fischer, Heidenfelderstr. 6

Frax Gundlach, Putzbuscherstr. 45

J. H. Hauke, Berlichingerstr. 5

H. Hartung, Berlinstr. 124, Schöneberg

Max Heider, Neukölln, Pannierstr. 59

Gähler-Honig

L. Höber, Residenzstr. 80, Reichenstr.

Hokenkamp & Neumann

K. Jahnke

M. Krügers

A. Lange, Weidenerstr. 49

F. Lange, Waldemarstr. 49

F. Ludwig, Schanzstr. 66, Reichenstr.

Frax Mäwes, Muskanerstr. 34

Fr. Pawlitzki, Provinzialstr. 109, Reichenstr.

O. Pösch, Schwedenstr. 18

ehranntiten Handels-Kurse B. Schorrev. Senat... M. Hagenbeck Cafe und Restaurant... E. Groll, Handlungsdirektor...

Motikation u. Instrumente A. Ax, E. Weigel, Nachf., Adlerstr. 31... Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 25... Singer Nähmaschinen...

Bücherwaren, Fische D. Danielsohn, Kottbuserdamm... Schreibwaren Rich. Blume, Zankow, Florastr. 11... Schneidereiartikel Fritz Wildenhayn, Eisastr. 3...

E. Groll, Handlungsdirektor... Hagenbeck Cafe und Restaurant... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank...

Patzenhofer Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank...

Patzenhofer Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank...

Patzenhofer Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank... H. Henschel, Patzenhofer-Ausschank...

Verkäufe. Vorjährige elegante Herrenanzüge... Kleiderverkauf! Brautkleider... Kleiderverkauf! Brautkleider...

Wiedel! Wiedel! Sparen Sie, wenn Sie im Leibhaus... Kleiderverkauf! Brautkleider... Kleiderverkauf! Brautkleider...

Kinderwagen! Kettenabzug 0,50... Möbel. Ohrt Anziehung den Vorordris... Möbel. Ohrt Anziehung den Vorordris...

Wiedel auf Kredit! Bei seiner Anzahlung... Möbel. Ohrt Anziehung den Vorordris... Möbel. Ohrt Anziehung den Vorordris...

Musikinstrumente. Kautschiano, Prachtstück, surd... Kaufgesuche. Kupfer, Messing, Zinn, Zinn...

Vermietungen. Wohnungen. Saubere Straße und Küche... Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Instruktion oder Lehrling...

Zeitungsfrauen. Kesselschmiede für Dampfessel... Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Gütshamer...

Sühne für Zabern. Der beleidigte Militarismus.

Niel, 17. Juli 1914.

(Telegraphischer Bericht.)

Unter der Anklage der Beleidigung der Angehörigen des preussischen Heeres, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere, hatte sich heute vor der hiesigen Ferienstrassengerichtsstelle der aus russisch-Polen kommende, unter dem Namen J. Karzki schreibende sozialdemokratische Schriftsteller Julius Joseph Marchlewski zu verantworten. Mit ihm ist angeklagt der verantwortliche Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Organs, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ Karl König. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsrat Dr. Landberg, Verteidigt werden die Angeklagten durch die Rechtsanwältin Dr. Levis-Frankfurt a. M. und Spiegel-Niel. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Anlässlich des Prozesses gegen den Oberst v. Reuter im Januar dieses Jahres erschien ein Artikel des Angeklagten, in welchem auf eine Äußerung des als Zeugen vernommenen Staatsanwalts Krause Bezug genommen ist, der erklärte, daß ihm ein Rechtsanwalt erzählt habe, die Soldaten hätten den Eindruck von Verrückten gemacht und hätten

wie die Kosaken

in den Straßen Petersburgs gebauert. Der inkriminierte Artikel wurde durch eine Korrespondenz an die sozialdemokratische Presse veröffentlicht und von einer Reihe von Zeitungen aufgenommen. Unter Anklage gestellt sind folgende Sätze: „Die Hauptsache ist, daß ganz systematisch die Moralität und die niedrigen gemeinen Instinkte aufgeweckt werden, um die Soldaten dahin zu bringen, daß sie sich benehmen wie die Kosaken in den Straßen Petersburgs. Das ist ungetrenntlich von dem System des Militarismus.“ Weiter: „Den Klassencharakter hat auch die Moralität an sich, aber sie schützt wenigstens davor, daß die jungen Leute nicht systematisch zu Raufbolden erzogen werden, die, wenn sie einmal von den Vertretern der herrschenden Klassen gegen die Bevölkerung losgelassen werden, ihrer Moralität die Hängel schiefen lassen.“

Angeschuldeter Marchlewski: Der Artikel ist unter dem Eindruck des Zabernprozesses geschrieben. Er kritisiert nicht die einzelnen Personen, sondern das System des stehenden Heeres. Es hat mir absolut ferngelegen, jemanden zu beleidigen. Ein marxistischer Sozialdemokrat sieht nur die sozialen Zusammenhänge, und daraus ergibt sich, daß ich nicht aggressiv beleidigen, sondern nur das System kritisieren wollte. Das ganze System bewirkt, daß diese Eigenschaften im Soldaten entwickelt werden. Es wird das Hohe, Gemeine entwickelt durch das System des stehenden Heeres. Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen. — Angekl.: Meine Auffassung ist, daß der einzelne Offizier nicht verantwortlich zu machen ist. Er kann wohl den Einfluss dieses Systems mildern oder verschärfen, ihn aber nicht verhindern, da er ja selbst unter dem Einfluss des Systems steht. — Vorf.: Hatten Sie denn Gelegenheit, sich als Ausländer eine eigene Anschauung über das deutsche Heereswesen zu bilden? — Angekl.: Ich bin 1886 in russisch-Polen geboren, mein Vater war ein Kaufmann, der aus Westpreußen stammte und preussischer Staatsangehöriger war. Mein Vater leuchtete auf preussische Staatsangehörigkeit. Ich habe mehrere Jahre in Thorn das Realgymnasium besucht, als ich aber dann die Verhältnisse meines Vaters änderte, besuchte ich in Warschau das Gymnasium weiter, das ich absolvierte. Da mein Vater dauernd in Rußland bleiben wollte, so ließ er mich als russischen Staatsbürger umschreiben. Ich erlernte dann die Färberei und ging 1888 nach Deutschland, um die Arbeiterbewegung zu studieren. Ich habe in Chemnitz und in der Schweiz als Färbereiarbeiter gearbeitet und dann in Lodz ein Unternehmen geleitet. 1893 ging ich nach Zürich und studierte dort Staatswissenschaften. Nach meiner Promotion habe ich mich in München niedergelassen und mich von dort aus literarisch für deutsche, polnische, französische und finnländische Zeitungen betätigt. Seit 1903 bin ich in Berlin. — Vorf.: Es wird Ihnen zur Last gelegt, daß Sie wider besseres Wissen diese Behauptungen aufgestellt haben. Welche Kenntnis haben Sie denn überhaupt vom deutschen Militärwesen? — Angekl.: Da ich nicht militärisch gebildet bin, so prüfte ich mich auf meine Beobachtungen in den Grenzgebieten. Ich habe auch mit meinen Schulfreunden verkehrt, von denen viele Offiziere geworden sind. Was ich vom Heere selbst weiß, habe ich aus meinen literarischen Studien über den Militarismus. — Vorf.: Haben Sie auch andere als sozialdemokratische Schriften über das Militärwesen gelesen? — Angekl.: Gewiß, die sozialdemokratische Literatur darüber ist ja sehr gering; ich habe die Generalstabswerke und verschiedene Kriegsgeschichtliche Werke studiert. — Vorf.: Haben Sie sich kargemacht, daß ein solcher Artikel beleidigend aufgefaßt werden muß, wenn Sie auch sagen, daß Sie keine Beleidigung hineingelegt haben wollten? — Angekl.: Ich kann keine Beleidigung in dem Artikel finden. — Vorf.: Als Ausländer hätten Sie sich doch ein gewisses Maß von Heiten auferlegen müssen. — Angekl.: Ich bin wohl Ausländer, aber ich habe seit vielen Jahren im Dienste des deutschen und des internationalen Proletariats. Aus dem Artikel spricht auch keine nationalistische Aufreizung, von der sich allerdings ein Ausländer freilassen muß. — Vorf.: Diese Pflicht erkennen Sie also an? — Angekl.: Jawohl, aber dagegen schützt mich ja meine Bestimmung als Sozialdemokrat. — Vorf.: Bei Ihrer Verhaftung haben Sie die Verfasserschaft des Artikels abgelehnt, erst als Sie verhaftet waren, haben Sie das zugegeben. — Angekl.: Ich habe nicht die Aufgabe gehabt, der Staatsanwaltschaft ihre Untersuchung zu erleichtern. — Vorf.: Man kann doch auch sagen, daß man für das, was man geschrieben hat, auch einzustehen muß, namentlich wenn der Artikel, wie Sie sagen, nicht beleidigend sein sollte und nur Ihre Anschauungen widerspiegelte. — Angekl.: Ich habe mein Interesse so lange gewahrt, bis ich verhaftet war. Das war

eine ungewöhnliche Verhaftung.

Der Vorsitzende bittet den Angeklagten, eine Kritik der Maßnahmen der Behörde zu unterlassen, und teilt mit, daß der Angeklagte auf seine Beschwerde beim Oberlandesgericht Niel gegen eine Kaution von 10 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Weiter hält der Vorsitzende dem Angeklagten entgegen, daß in dem Artikel auch eine indirekte Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle der Vorgesetzten zu erblicken sei, denn er sage, die Kultur müsse so gefördert werden, daß es unmöglich werde, einen Befehl zu erteilen, der zu einer Mordtat führen könnte. — Angekl.: Ich sage ausdrücklich in meinem Artikel, daß jede Agitation in der Kaserne und jede Ausschreitung der Soldaten zu unterlassen sei und daß nur die Kultur zu fördern sei. Ich bin perplex, wenn man zu einer solchen Schlussfolgerung kommt. — Vorf.: Mir scheint, in der Art, wie Sie meine Vorhaltungen zurückweisen, eine Verschiebung zu liegen. Sie stellen es eben so hin, als ob die Offiziere durch die Kultur dahin gebracht werden sollen, derartige Befehle nicht zu erteilen. Es macht das den Eindruck, als ob die Ausführungen sich nicht beziehen auf die Offiziere, sondern auf die Mannschaften, und dann liegt der Schluss nahe, daß die Mannschaften selbst so erzogen werden sollen, daß sie einen dahingehenden Befehl der Offiziere nicht aus-

führen. — Angekl.: Der Artikel richtet sich nur gegen das System, das geändert werden soll. Ich weise ja ausdrücklich die Aufstachelung der jungen Leute in den Kasernen zurück. Ich sage, auf den Geist der Truppe kommt es an. Wenn die römischen Legionäre und die mittelalterlichen Landsknechte den Befehl erhielten, die Gefangenen zu foltern, ihnen die Augen auszuschießen, den Bauch aufzuschneiden, so würde ein solcher Befehl unter der heutigen Kultur unmöglich sein. — Vorf.: Sie meinen also, daß ein solcher Befehl gar nicht befolgt werden würde? — Angekl.: Ich meine, daß er nicht erteilt werden würde, weil die Offiziere nach dem heutigen Kulturniveau gar nicht solchen Befehle erteilen würden, da sie wissen, daß er nicht befolgt werden könnte.

Damit schließt die Beweisführung. Zur Begründung der Anklage nimmt das Wort

Staatsanwalt Dr. Nachem:

Der Angeklagte Marchlewski behauptet, der Artikel sei ganz unpersönlich und nur gegen das System gerichtet, und er sagt, es sei nicht sozialdemokratische Art, Personen anzugreifen. Nun, wir alle, die wir amtlich und auch sonst Gelegenheit bekommen, sozialdemokratische Schriften zu verfolgen, wissen, wie es mit der Objektivität der sozialdemokratischen Presse bestellt ist, wie jede Gelegenheit benutzt wird, unter dem Deckmantel der Kritik von Einrichtungen die leitenden Personen in schärfster Weise anzugreifen. Ein System kann nicht aufgespitzt werden. In den Worten des Artikels liegt die Deutung, daß eine bewußte Aufreizung stattfinden muß, sonst kann niemand, der die deutsche Sprache beherrscht, von Aufreizungen reden. Daß der Angeklagte sich bewußt war, was er gesagt hat, geht daraus hervor, daß er leugnete, der Verfasser des mit J. K. bezeichneten Artikels, also der behauptete Karzki, zu sein. Erst als er hinter Schloß und Riegel sah, hat er die Verfasserschaft zugegeben, da ihm weiteres Leugnen nichts genützt hätte. Er sagt weiter, das System werde mit allen Kränften angewendet, um den jungen Leuten eine lächerliche Annäherung gegen Zivilisten anzuerziehen. Da kann doch kein Zweifel sein, daß der Angeklagte die Personen treffen wollte, die verantwortlich sind für die Ausbildung unseres Heeres. Auch daß die Soldaten selbst beleidigt sind, ist unzweifelhaft. Der Angeklagte hat gesagt, daß das, was er sagte, grobe Unwahrheit ist, denn ein Mann, der die deutschen Generalstabswerke studiert hat und der mit Angehörigen unseres Heeres zusammengekommen ist, kann nicht sagen, daß unsere jungen Leute systematisch zu Raufbolden erzogen werden. Wir in Kiel haben eine große Garnison, wir sehen, daß im Vergleich zu der übrigen Bevölkerung die Mordtendenzen der Militärpersonen sehr gering sind. Der Angeklagte lebt schon lange in Berlin und kann dort Schritt auf Schritt sehen, wie unsere Soldaten sich benehmen. Daher sind seine Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt. Die Vorwürfe, die er unseren Soldaten, insbesondere Offizieren und Unteroffizieren, gemacht hat, sind derartig gemein, daß nur die

allerhöchste Strafe

eintreten kann. Die Art, wie aus jedem Wort des Artikels die Hebe hervortritt, muß und die Sätze auf das allerhöchste betrachten lassen. Alle Ausdrücke sind so recht geeignet, diejenigen, gegen die sich die Beleidigungen richten, verächtlich zu machen. Die Beleidigungen richten sich gegen ein Institut, auf das jeder Deutsche mit Recht stolz ist. Der Angeklagte Marchlewski ist ein Ausländer, der bei uns in Deutschland unter unseren geordneten Umständen Unterschlupf gefunden hat, aber er hat sich dreizehnt, auf Institutionen, die uns Deutschen hoch und heilig sind, mit Gift und Galle zu spucken. (Der Vorsitzende bittet, nicht so scharfe Ausdrücke zu gebrauchen.) Angesichts dieser schweren Angriffe kann ich in meinen Ausdrücken nicht sehr sanft sein. Der Angeklagte hätte allen Anlaß haben müssen, sich von einer Kritik von Einrichtungen unseres Staates lobalweise zurückzuhalten. Das hat er nicht getan, deshalb muß er aufs allerhöchste bestraft werden. Ich beantrage eine

Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Ich glaube, daß eine Gefängnisstrafe von einem Jahre nicht als eine zu schwere zu betrachten ist. Auch gegen den Angeklagten Redakteur Karl König beantragt der Staatsanwalt dieselbe Strafe. Weiter beantragt er die Publikation des Urteils in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, im „Vorwärts“ und in den übrigen sozialdemokratischen Blättern, in denen der Artikel erschienen ist (Müllhausen i. E., Völkfeld, Zeitz, Bayreuth) sowie in der „Frankfurter Zeitung“ und in der „Kölnischen Zeitung“. Darauf nimmt das Wort Verteidiger Rechtsanwalt Spiegel: Er ist der Meinung, daß aus den Worten des Artikels keineswegs gefolgert werden könne, daß das preussische Heer gemein sei. Auch der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Levis, erklärt, daß sich die inkriminierten Sätze auf ein System, wie es in den stehenden Heeren der ganzen Welt besteht, beziehen, und daß speziell das preussische Heer gar nicht gemein sei. Eine Kollektivbeleidigung könne aber nicht so weit gefaßt werden. Er wendet sich besonders gegen die vom Staatsanwalt für das Strafmaß gegebene Begründung. Der Staatsanwalt hat das Verhalten des Angeklagten gemein genannt. Man darf niemandem aus seiner politischen Überzeugung den Vorwurf gemeiner Gesinnung machen. Der Staatsanwalt hat damit bewiesen, daß er keine sachlichen Gründe hat. Am wenigsten darf man aber ein so hohes Strafmaß mit derartigen Gründen, wie sie der Staatsanwalt vorgebracht hat, zu rechtfertigen suchen. Sachlich und formell fallen die Gründe des Staatsanwalts in ein Nichts zusammen.

Der Angeklagte Dr. Marchlewski bittet in längeren Ausführungen, das Augenmerk darauf zu richten, unter welchen Umständen der Artikel erschienen ist. Der Staatsanwalt stellt es so hin, als ob ich von Kosaken gesprochen habe. Das ist nicht der Fall; sondern der Staatsanwalt Krause hat das im Zaberner Prozeß als Zeuge gesagt: er selbst habe untersucht, wie es komme, daß Soldaten einer Kulturnation sich wie Kosaken, die ein Ueberbleibsel des Soldnerturns sind, benehmen können. Wenn der Staatsanwalt gesagt hat, daß ich als Ausländer mich hier als Gast fühlen müsse, so erwidere ich, daß ich mich allerdings als Gast des deutschen Volkes fühle, ich glaube aber, dem deutschen Volk durch meinen Artikel den größten Dienst geleistet zu haben, da er der Hebung der Kultur dienen sollte.

Nach längerer Beratung verurteilt das Gericht den Angeklagten Dr. Marchlewski (Karzki) wegen öffentlicher Beleidigung im Sinne des § 180 zu

drei Monaten Gefängnis,

den Angeklagten Karl König zu

einem Monat Gefängnis.

In der Urteilsbegründung wird angeführt, daß Gericht habe den Artikel im Zusammenhang würdigen müssen, habe aber festgestellt, daß die Beleidigung nur in den Sätzen gefunden werden könne, in denen Offizieren und Unteroffizieren des preussischen Heeres zum Vorwurf gemacht wird, daß die jungen Leute systematisch zu Mordtendenzen erzogen und zu gemeinen, niedrigen Instinkten angeregt werden. In diesem Zusammenhang enthält der Artikel eine Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie absichtlich darauf hinarbeiten, die Soldaten zu Mordtendenzen zu erziehen und gemeine und niedrige Gesinnung in ihnen zu erwecken. Es wird dabei nicht nur von einem System gesprochen. Daß ein Krieg zur Verrohung führt, ist nicht zweifelhaft, aber bei der Erziehung zum Kriege muß selbstverständlich anders vorgegangen werden als bei der Erziehung zu anderen Berufen. Aber von vornherein zu sagen, daß diese Erziehung nur darauf hinausgehe, niedere, gemeine Instinkte zu erwecken, das geht doch über das

hinaus, was zur zweckmäßigen Kriegserziehung dient. Das Gericht hat nicht angenommen, daß die Angeklagten wider besseres Wissen ihre Behauptungen aufgestellt haben, es hat nur angenommen, daß sie nicht erwiderte Behauptungen ausgesprochen haben. Daher kommt § 180 zur Anwendung. Bei der Festlegung des Strafmaßes hat das Gericht nicht verkannt, daß der Artikel lediglich nur geschrieben worden ist aus einer Weltanschauung heraus, die zu kritisieren an sich nicht Aufgabe des Gerichts ist. Das Gericht hat aber auch nicht verkannt, daß der Artikel zum Teil eine zulässige Kritik von Weltanschauungen enthält. Aber der Artikel hat dann den Boden der Kritik verlassen. Die strafbare Handlung muß im Zusammenhang betrachtet werden. Der Artikel will an sich nicht nur kulturfördernd wirken, sondern er stellt die Bekämpfung des Krieges in den Vordergrund. Er geht von der Tendenz aus, daß die Erziehung des Soldaten dahin gehen müsse, daß er den Befehlen der Vorgesetzten nicht Folge leistet. Diese Tendenz kann nur als höchst gefährlich bezeichnet werden. Das stehende Heer ist eines der größten Machtmittel des modernen Staates. Es ist eine gefährliche Sache, wenn man Mittel angibt, auf welche Weise der Soldat dem Vorgesetzten den Gehorsam versagen soll. Das ist das Aufreizende des Artikels. Das Gericht ist der Meinung, daß die Angeklagten sich dieses Charakters des Artikels bewußt gewesen sind. Beim Strafmaß war darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine große Klasse von Angehörigen des Heeres schwer beleidigt ist, andererseits aber, daß diese Kreise den Artikel wohl kaum gelesen oder kaum beachtet haben dürften und daß auch die Leser der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ nicht in der Lage waren, den Artikel wissenschaftlich-theoretisch zu betrachten. Deshalb hat das Gericht eine Gefängnisstrafe für beide Angeklagte für angemessen erachtet, es hat aber berücksichtigt, daß sie beide unbefragt sind. Bei Marchlewski fiel ins Gewicht, daß er Ausländer ist und sich daher hätte besonders hüten müssen, die Angehörigen des Volkes, bei dem er sich befindet und dessen Gutsfreundschaft er genießt, herabzusetzen.

Französischer Parteitag.

Paris, 16. Juli. (Fig. Ver.)

Zweiter Tag.

Imperialismus und Schiedsgericht.

Das Amendement Reir Gardie-Bailant.

Der ganze heutige Kongreßtag — die Abendtagung dauerte bis fast 8 Uhr — war mit der Diskussion über diese Frage ausgefüllt und die Rednerliste wurde nicht erschöpft. Als erster Redner spricht Comperé Morel: Alle Sozialisten sind entschlossen, den Imperialismus und den Krieg zu bekämpfen. Alle erkennen auch an, daß er die Frucht der kapitalistischen Welt ist. Deshalb stimmen wir gegen das Budget, um nicht die Kredite für die Werke des Todes zu liefern und organisieren internationale Kundgebungen, deshalb fordern wir Schiedsgerichte. Aber wenn wir hierüber einer Meinung sind, so sind wir es nicht in bezug auf die revolutionären Mittel, namentlich in bezug auf den von der Seine-Föderation geforderten Generalkrieg. Es gibt zwei Arten von Kriegen: Angriff- und Verteidigungskriege. Für diese haben wir die Einrichtung der Volkswehr vorgesehen. Würden wir also im Fall eines Verteidigungskrieges den Generalkrieg machen? Wozu dann die Milizen? Wir dürfen hier nicht anders sprechen als vor den Wählern. Wäre der Generalkrieg in der Kriegsinstrumente nicht mit der Insurrektion identisch? Da siehe ich gleich die alte insurrektionelle Formel vor. Wir in Frankreich haben nicht einmal gegen die marokkanische Expedition das tun können, was die Italiener gegen die tripolitanische getan haben. Warum etwas beschließen, was man nicht durchführen kann? Nehmen Sie aber an, daß der Antrag in Wien durchginge. Nicht alle Sektionen der Internationale haben eine gleich entwickelte Organisation. Das fortgeschrittenere Land würde also durch den Generalkrieg erdrückt werden. Der heutige Stand der Organisation des Proletariats gestattet dieses Mittel nicht. Und was würde die Folge unseres Verschlusses sein? Die Regierungen würden einfach die Arbeiter der betreffenden Berufe militarisieren. Warum erklären wir nicht, daß wir alle Mittel anwenden, um dem Krieg vorzubeugen? Wenn der Krieg einmal erklärt ist, ist der Widerstand schwerer. Der Antrag der Seine-Föderation würde unsere Aktion und Propaganda beeinträchtigen. Je größer aber die Organisation und die bewußte Kraft des Proletariats, um so besser werden wir einem Krieg entgegenzutreten vermögen. Die Macht der deutschen Gewerkschaften und Parteiorganisation imponiert den Herrschenden mehr als unsere Resolutionen. (Lebhafte Beifall.)

Paul Louis bedauert, daß Comperé-Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe. Der Redner legt das Wesen des Imperialismus als Politik der kapitalistischen Staaten dar. Der gefährlichste Imperialismus ist der österreichisch-ungarische. Gegen die Eroberung Marokkos haben wir eine kräftige Agitation geführt; wenn wir keine Föderation organisiert haben, so darum, weil die Unternehmung allmählich eingefädelt wurde. Wir müssen der kapitalistischen Diplomatie die sozialistische entgegenstellen, jene durch diese verdrängen. Fordern wir auch die Aufnahme der obligatorischen Budgetverweigerung in die Resolution, da wir durch die Annahme des Budgets den Herrschenden die Waffen liefern! Die sozialistische Diplomatie ist aber schon auf dem Marsch und macht ihre Kraft geltend. Ist sie nicht in den brüderlichen Zusammenkünften der Proletarier aller Länder am Werk? Das Proletariat muß auch immer mehr auf die Anwendung der Schiedsgerichte dringen. Sollte die deutsche Sozialdemokratie, nach ihren gewaltigen Fortschritten heute weiter geben als vor sieben Jahren und eine Resolution der Aktion beschließen? Ich hoffe, daß der Kongreß zu einem einstimmigen Beschluß gelangt. (Beifall.)

Deslinières: Es ist festam, daß gerade die reformistischen Genossen Anhänger des Generalkriegs sind. So Albert Thomas, der Ministerialist. Ich habe vor Thomas' Begehung allen Respekt, aber ich frage mich, was er läte, wenn die Partei, wie er wünscht, an der Regierung teilnahme er selbst im Augenblick des kriegerischen Konflikts Kriegsminister wäre. (Zwischenruf: Er würde die Krone sabotieren, wie es die Tradition bei den Kriegsministern ist. Weiter.) Kann sich die sozialistische Partei dem Krieg erfolgreich in den Weg stellen, indem sie den Generalkrieg und gegebenenfalls die Insurrektion — denn mit dieser muß man dann rechnen — macht? Ich verabscheue den Krieg, wie nur irgend einer von Ihnen. Wenn ich glaube, daß der Generalkrieg ein Mittel wäre, ihn zu verhindern, wäre ich für ihn. Wenn es möglich wäre, den Streik gleichzeitig überall und mit der gleichen Intensität bei allen im Konflikt stehenden Nationen durchzuführen, wäre er freilich ein unfehlbares Mittel. Aber diese Bedingungen sind unerfüllbar. Die eine Nation wäre besser für den Streik vorbereitet, die andere weniger. Die fortgeschrittenere Nation würde von der rückständigeren erdrückt werden. Und das soll die Revolution fördern? Aber auch wenn Sie sich in Ihrer Resolution auf den Generalkrieg in der angreifenden Nation beschränken würden, wäre er distastabel. Nur das eben, wie Paul Louis gesagt hat, dies oft nicht zu entscheiden ist. Bis heute hat die Geschichte kein Antwort darauf gefunden, wer 1870 der Angreifer war. Betrachten Sie nun, wie sich die Dinge gestalten würden! In Frankreich ist keine Angreifbarkeit vorhanden. Bei uns ist auch der revolutionäre Geist, 1019 unsere deutschen Genossen anerkennen, stärker. Ihre Resolution würde nun den Herrschenden in Deutsch-

Land zeigen, daß bei uns die Nationalverteidigung durch den Generalstreik geleistet würde, der in Deutschland trotz aller Bemühungen undurchführbar wäre. (Rufe: Das ist eine Verabredung der deutschen Genossen!) Das wäre also geradezu eine Ermächtigung zum Krieg. Und nun gehe ich zur Frage über, ob es möglich ist, die Kriege durch die Verallgemeinerung der Schiedsgerichte abzuschaffen. Sicher müssen wir die Staatsmänner antreiben, das Schiedsgerichtsverfahren auszubauen — darüber sind wir einer Meinung. Aber können wir uns der Illusion hingeben, daß wir mit diesem Mittel jeder Kriegsgefahr vorbeugen können? Den Schiedsgerichten fehlt die Kraft, weil ihnen Sprüche die Sanktion fehlt. Oder vielmehr die einzige Sanktion ist die Gewalt. Die ultima ratio bleiben die Waffen. Das Schiedsgericht zwischen Nationen hat nicht wie das zwischen Privaten Erzwingbarkeit. Man müßte eine Art internationaler Gendarmerie, aus Kontingenten aller Länder zusammengesetzt, intercedieren lassen. Die kleinen Nationen würden sich ihr wohl fügen. Die großen aber würden sich mit anderen zum Widerstand verbinden. Die Geheimplomatie wird solange dauern wie das kapitalistische System und erst mit diesem wird der Krieg verschwinden. Verlieren wir also nicht unsere Zeit mit dem Suchen nach Palliativmitteln. Erfüllen wir alle Geister mit der Idee: „Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus der Frieden!“ (Lebhafter Beifall bei den Genossen.) Ein Delegierter ruft: Aber der Krieg war doch vor dem Kapitalismus da!

Laudier (Cher) stellt sich als Vertreter eines Departements vor, wo die Rüstungsindustrie (Armenien in Courges) eine Hauptrolle spielt: Als Herbst 1907 die Infanterie predigte, war es eine stille Zeit — der Krieg schien in weiter Ferne. Seitdem haben wir ihn Wirklichkeit werden gesehen und heute ist das Amendement Keir Hardie-Boissant höchst aktuell und die wirksamste Antwort. Compère-Morel sagt, die Regierung werde die in Frage kommenden Arbeiter mobilisieren und unter Kriegsdienst stellen. Aber gerade das spricht für unseren Vorschlag. In der Tat ist jetzt die Mobilisierung der Arbeiter in den Rüstungswerkstätten nicht mehr wie früher sechs Monate, sondern schon zwei Tage nach der Kriegserklärung möglich. Aber darum müssen wir vorbeugend handeln. Ich gebe zu, wenn die Mobilisierung einmal begonnen ist, ist der Generalstreik unmöglich. Wir wollen in Wien durchsetzen, daß wir erklären, alle Mittel anzuwenden, eines nach dem anderen — bis zu dem, das den Krieg wirklich verhindert. Aber wir wollen nicht einen einseitigen Vertrag, sondern einen, der alle Sektionen der Internationale bindet. Wir wollen unseren Willen den Regierungen aufzwingen. (Lebhafter Beifall.) Compère-Morel ruft: Was wir nicht für die Verbreitung leisten können, glauben Sie, daß wir es gegen den Krieg tun können?)

Rachmittags-Sitzung.

Die Diskussion wird unter leidenschaftlicher Teilnahme der Zuhörer fortgesetzt. Als erster Redner ergreift das Wort

Boissant: Er weist zunächst auf die wachsende antimilitaristische Bewegung in Deutschland hin und ruft dem Kongress zu: Sie werden Ihrem Beschluß von Nancy und Ihren Kundgebungen, die im Pro Saint Gervais begannen, treu bleiben! Sie werden nicht jetzt, wo die Kriegsglocke größer ist als früher, Ihre Erklärungen abschwächen wollen! Was will meine und Keir Hardies Resolution sagen? Wenn wir den Generalstreik vorschlagen, so gibt es doch Industrien, die von besonderer Wichtigkeit in dieser Situation sind. Deshalb nennen wir sie — nicht etwa, daß wir partielle Streiks vorschlagen. Es sind die Industrien der Kohlenproduktion, des Verkehrs und des Metalls. Der Einwand, daß durch den Generalstreik das fortgeschrittenere Land benachteiligt werden würde, ist hinfällig, denn die Internationale würde den Generalstreik auf beiden Seiten der Grenze und in allen Ländern entfeuern. Man spricht von den Maßregeln der Regierungen. Aber niemals haben wir den Generalstreik auf ein bestimmtes Datum festlegen und mittels Kommando und Dekret in Szene setzen wollen. — Wir haben nach Agadir und späterhin Massenkundgebungen veranstaltet, die den Krieg verhindert haben. Je größer die Gefahr, desto mächtiger müssen die Mittel sein. Der Generalstreik kann nicht nach den verschiedenen Ländern spezialisiert werden. Wir wollen auch nicht für jeden Generalstreik stimmen. Was Domela-Rieuvenhuis — und später Herbst — wollten, war der Soldatenstreik. Wir aber sprechen vom Arbeiter-Generalstreik, der immer mehr möglich wird, dank der Verbesserung der Organisation. Warum ist der Beschluß notwendig? Nicht nur um die Regierungen zu warnen, sondern namentlich, um die Massen anzufeuern und zur entscheidenden Aktion fähig zu machen. Wie können nicht in kleinen Komitees beschließen, was getan werden soll, sondern müssen die Massen mit der Idee erfüllen, daß sie imhande sind, den Krieg durch eine gemeinsame Aktion auf beiden Seiten der Grenze zu verhindern.

Der Redner behandelt die Geschichte seiner Resolution, die in Kopenhagen Kusficht gehabt habe, angenommen zu werden. Van der Velde habe ihre Vertagung bis zum Wiener Kongress beantragt, um ihre Diskussion zu ermöglichen. Der Generalstreik hat seine Probe bestanden: in Rußland, wo freilich andere Bedingungen vorhanden waren, in Schweden und Belgien. In Preußen wird er diskutiert. Aber schon das Resultat partieller Streiks einzelner Berufe hätte hingereicht, die Mobilisation zu verhindern, so der französische Eisenbahnerstreik auf zwei Linien und der Bergarbeiterstreik in England, wie Ramsay MacDonald aus Ministermund besetzt worden ist. Und diesem Umstand haben die englischen Bergarbeiter den Minimallohn zu verdanken. Die sozialistische Partei muß den Massen klar sagen, welches das Mittel ist, den Frieden zu sichern. Wir in Frankreich sind in der Frage des Generalstreiks im Kriegsfall mit der Arbeitskonföderation eines Sinnes. Wir haben bisher indirekt die Bedeutung dieses Mittels anerkannt, warum wollen wir sie jetzt nicht direkt und ausdrücklich anerkennen? Die Formel, die da beifügt, daß alle Mittel anzuwenden sind, ist zu elakisch. Nicht weil sie etwa bedeuten könnte: wir wollen keines anwenden. Sondern weil sie nicht sagt, bis wohin wir gehen wollen. Wie können Sie zaudern? Es ist unmöglich, daß das Proletariat, mit seiner wachsenden Kraft, nicht sagen sollte, was es tun will. Es ist unmöglich, einfach zu wiederholen, was wir früher gesagt haben. In Kopenhagen haben wir den Stuttgarter Beschluß akzentuiert. Nunmehr wir, nach dem Balkankrieg und nach der Steigerung unserer organisierten Macht dabei stehen bleiben! Sollen die theoretischen Bedenken zurückhalten? Wer wie ich 1870 das Schauspiel ausgehungert, unterdrückter Arbeitermassen gesehen hat, wird sagen: es darf nicht mehr geschehen, daß sich ein solches Schauspiel durch die Schuld der Regierungen und mit noch nie gesehenem Schrecken wiederholt. Darum werden Sie die Resolution annehmen und die Internationale auffordern, sie anzunehmen, damit in der Stunde der Gefahr das Proletariat sich erhebe, um alles zu wagen für die Menschlichkeit und für den Frieden. (Stürmischer Beifall.)

Rapport: Ich stimme für die Resolution Keir Hardie-Boissant im Sinne eines Wegweises der Propaganda und Erziehung. Ich bin mit dem Reformisten Albert Thomas einverstanden, wie Rosa Luxemburg in bezug auf den Wahlrechtsstreik mit Frankreich. Die Reformisten — dies muß man ihnen zugestehen — haben Sinn für die unmittelbare Aktion. Es war immer der Vorzug des Sozialismus, der Wirklichkeit voranzukommen und die Entwicklung aufzuzeigen. Auch das kommunistische Manifest mußte den Willen seinerzeit lächerlich erscheinen. Es handelt sich, wie Boissant gesagt hat, nicht darum, ein Datum, sondern die Orientierung festzulegen. Der Sozialismus hat heute materiell fähiger geworden, im Kriegsfall einzugreifen. Man darf auf dem Seine-Kongress Zeugnisse von Scheidemann und Kautsky gegen mich ins Feld führen. Aber diese Genossen sind total falsch informiert worden. Als ob ich gesagt hätte, die Deutschen seien entschlossen, dem Amendement Keir Hardie-Boissant zuzustimmen. Aber, was ich gesagt habe, ist: Es gibt in Deutschland eine wachsende Feindschaft gegen den Militarismus. Man hat die deutschen Genossen geradezu polizeifremd erscheinen lassen

und, um dagegen zu protestieren, habe ich die tapferen Erklärungen Rosa Luxemburgs zitiert. Und zu meiner Verurteilung auf Scheidemann glaube ich mich durch den Artikel berechtigt, den die „Vergleiche Arbeiterstimme“ nach der Verurteilung Rosa Luxemburgs veröffentlichte. — Wie kommt es, daß die Frage des Krieges in den letzten Jahren zu einer wahren Zwangsbereitung geworden ist. Wenn die sinnliche Antwort: „Kapitalismus und Krieg sind untrennbar verbunden“ genügt, warum hatten wir Kongresse ab, wie den in Basel? Es gibt also doch etwas Neues. Betrachten wir den Gegenstand unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung. Ich erkläre wie Laudier: Wir können den Kapitalismus nicht überwinden, wenn wir nicht den Militarismus besiegen haben. Es gibt zwei fundamentale Bedingungen der Verwirklichung des Sozialismus. Die erste ist die bis zum Maximum getriebene Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte: Ist nicht der Militarismus das stärkste Hindernis dieser Entwicklung? Die zweite fundamentale Voraussetzung ist die Vollaufnahme der Demokratie. Das erklären alle Sozialisten — auch die gemäßigtesten. Wer aber ist der größte Feind der Demokratie? Wiederum der Militarismus. Je weniger demokratisch ein Volk ist, desto mehr militaristisch ist es. Blicken Sie nach Rußland, das jetzt zwei Millionen Soldaten hat! Der Kampf für die demokratische Freiheit — in Rußland, Deutschland und selbst in Frankreich — findet im Militarismus den Hauptfeind. Dies ist die These, und nun zu den Mitteln. Es war eine Periode notwendiger Pädagogie, als wir nur auf die Zusammenhänge des Militarismus mit dem kapitalistischen System hinwiesen. Aber der Militarismus hat Dimensionen angenommen, die Marx und Engels noch nicht kannten. Wenn wir da bei den Erklärungen der primitiven Periode stehen bleiben, bleiben wir in der Abstraktion stehen, wie Clemenceau, der alles aus der Natur erklärt, was ja auch in einem gewissen Sinn richtig ist. Wir müssen die Probleme im einzelnen studieren, wie Pawlowitsch, der die ökonomische Natur der imperialistischen Kräfte analysiert hat. — Unser Kampf gegen den Militarismus liegt in der Entwicklung selbst und ich bin bereit, mich gegen den Militarismus mit dem Teufel selbst zu verbinden — auch mit der industriellen Bourgeoisie. Wir sind für die Verteidigung des Landes — ja mehr als jeder andere, eben unseres Internationalismus wegen. Nicht nur, weil wir in der bewaffneten Nation das beste Verteidigungssystem erstreben, sondern auch weil wir, mit den deutschen Genossen gemeinsam den preußischen Militarismus bekämpfen. Compère-Morel hat sich nur auf den Boden des vorläufigen Propagandabüchleins gestellt, aber gerade, wenn das Volk in uns die wirksamste Macht des Friedens sieht, wird der Sozialismus die entscheidende Kraft der Menschheit werden. Wozu würden wir Millionen organisiert Arbeiter und Sozialisten dienen, wenn wir durch den Willen einiger Nachbaber gegen einander geschleudert werden könnten? Man wendet ein, der Generalstreik benachteilige das fortgeschrittenere Land — aber heute bedeutet der Krieg das Maßmaß der kulturelsten Nationen, der fortschrittlichsten Gesellschaftselemente. Man sagt: Angreifer und Angegriffene seien nicht zu unterscheiden. Ja, sie sind es; die Angreifer sind die Regierungen, die Angegriffenen immer die Völker. Der Generalstreik ist ein Gebot, wir verlangen von Ihnen eine Kräfteanstrengung in Propaganda, Organisation und Erziehung. Erst wenn der Sozialismus das ungeheure Militarismus erlegt haben wird, werden wir der sozialen Revolution mit allen Kräften zustreben können.

Jahres: Das Wort Imperialismus hat einen alten Ursprung, es kommt aus dem alten Rom, aber es ist ins moderne kapitalistische Leben getreten. Der Imperialismus legt die 400 Jahre alte europäische Kolonialpolitik fort, aber er bringt neue Phänomene hervor. Die Kolonialpolitik der großkapitalistischen Mächte stellt sich als Kampf um den Weltmarkt dar. Was neu ist, ist die Tatsache, daß die Märkte, auf die sich der Kapitalismus, weil er im Innern keine Entwicklungsmöglichkeit mehr findet, stützt, nahe von uns sind, besonders infolge der raskeren modernen Kommunikation, die allen Weltteilen in Afrika, Asien und Amerika ein härteres Echo verschaffen und die sie auf eine gesteigerte Empfindlichkeit setzen lassen. Im 17. Jahrhundert brauchten die Kaufleute von kolonialen Konstellationen ein Jahr, heute bringt der Telegraph täglich Bericht. Weiter ist charakteristisch, daß sich in die Expansionspolitik der aus der alten Barbarei ererbte nationale Geist des Hochmut und der Unterdrückung geschleift hat, der, ehe die Nationen noch konstituiert waren, im Innern Befriedigung fand. Die Gefahr hat sich verändert, aber ich glaube auch, daß neue Mittel zu ihrer Verhütung da sind. Ehedem entschieden die Rabinette, heute muß mit den Demokratien und der ersparnden Macht des organisierten Proletariats gerechnet werden. Den neuen Organismen entsprechen neue Mittel. Es scheint mir unmöglich, daß die vom Sturm bedrohten Arbeiter, die man gegen einander schleudern will, sich nicht ihrer Kraft bewußt werden sollten. Wir zeigen die Verbrechen der Regierungen in der Presse und in Versammlungen, wir erheben Anklage in den Parlamenten, aber wenn der Augenblick kommt, wo die Völker in Gefahr sind, müssen sie selbst ihren Willen kundgeben. Bei allen theoretischen Meinungsverschiedenheiten kann über die entscheidende Aktion kein Zweifel obwalten. Und wenn der systematische Generalstreik in allen Ländern zur Verhütung wirtschaftlicher Gefahren angewandt wird, sollten wir ihn nicht zur Verhütung der Kriegsgelände anwenden? Das ist unmöglich. Wir haben die spontane Erhebung der spanischen Arbeiter, die der russischen gesehen — allen alten Theorien zum Trotz. Aber es handelt sich nicht mehr darum, zu sagen, ob die verallgemeinerten Streiks im Kriegsfall ausbrechen werden, sondern darum, daß man sich die Frage vorlegt, ob diese Bewegungen spontan, anarchisch, erst da und dann dort und zu spät, wenn der Krieg schon da ist, ausbrechen, oder ob sie dieses freie Einverständnis einheitlich, international geleitet, als Generalstreik vor dem Krieg, zu seiner Verhütung verwirklicht werden sollen. (Stürmischer Beifall.) Wenn ich auch nicht wünsche, einstimmige Resolutionen auf Kosten der Klarheit zu erreichen, so bin ich überzeugt, daß wenigstens ein Teil unserer Meinungsverschiedenheiten aus mangelnder Auseinandersetzung und Klärung unter uns selbst stammt. Ja, die Aktion der Massen, der präventive Generalstreik ist unvermeidlich und es ist notwendig, ihm das Maximum seines organischen Wertes zu sichern. Wenn wir aber dem Krieg durch eine einvernehmliche internationale Aktion vorbeugen wollen, so sind wir doch ebenso entschlossen, die Unabhängigkeit jeder bedrohten Nation zu sichern. In meinen geschichtlichen Studien habe ich kein fürchterliches Problem gefunden als das, das das Gewicht dem europäischen Proletariat stellt. Es muß die Mächte des Nordes aufstellen, aber es muß sich hüten, den mächtigen Feinden entwoffene Völker in die Hand zu spielen. Das Problem ist schwierig und bedächtig, vor allem für zwei Völker: Frankreich und Deutschland. England ist eine Insel und seine Flotte hat Vorräte aller Art für Monate hinaus. Rußland ist, wie schon zu Napoleons Zeit, durch seine unermeßliche Größe geschützt, Frankreich aber ist der Gefahr ausgesetzt, vom brutalen Pangermanismus — Deutschland, von dem Plünder des Konföderalismus überzogen zu werden. Niemand mutet den deutschen Arbeitern zu, der russischen Hilfe für die Gegenrevolution von 1848 zu vergessen und den Panföderalismus zu ignorieren; niemand wird den französischen Arbeiter überreden, den Pangermanismus zu übersehen. Darum ist ein Einvernehmen nötig. Es wäre

das Verbrechen aller Verbrechen,

die deutschen und die französischen Arbeiter gegeneinander zu werfen (andauernder Beifall), wie es die Fegey wollen, aber eben darum müssen wir an die Internationale appellieren, um den beiden Völkern Direktiven zu geben. Die Aktion ist möglich — aber nicht nach Ausbruch des Krieges. Denn dann ist die Welt allen Höllelmächten preisgegeben und, wie Shakespeare sagt, niemand ruft den Levathan mehr ans Ufer zurück. Aber die in den Dingen lebende Gerechtigkeit wartet auf die Schuldigen in den hungernden Massen, die kämpfen müssen für eine Sache, die nicht die ihre ist. Aber in der Periode der Vorbereitung des Krieges, der Verheerung, kann der Generalstreik in beiden im Konflikt stehenden Ländern ausbrechen und die Inter-

nationale kann erklären: „Wir gestatten die Einstellung des Streiks im ersten Land, das dem anderen ein Schiedsgericht anbietet.“

Wohl ist das Schiedsgericht allein noch keine sichere, automatische Lösung, wie Deslignères sagt, und im heutigen Chaos gibt es keine solche. Aber ich bedauere jedes Wort, das den Wert der Schiedsgerichte herabsetzen könnte. Es ist der letzte Punkt, an dem die Völker die Regierungen bewerten, die Regierungen des Handels erkennen können. Die Idee des Schiedsgerichts ist heute schon im Geist des Proletariats wirksam und sie kann nur durch das Proletariat leben. Sie bedeutet sicherlich noch keine sozialistische Lösung, aber es ist schon eine große Leistung des sozialistischen Denkens, diese Wahrheit der Weisheit, der Veröhnlichkeit und des Friedens in der heutigen Welt zur Geltung zu bringen. Wenn sich das Proletariat erhebt, um ein Schiedsgericht zu erzwingen, wird es selbst ein Lichter Punkt sein, um den sich alle Menschen guten Willens vereinigen werden. Warum wollen Sie den Wert der gemeinsamen Aktion des Proletariats verkennen? Was würde das Volk von uns denken, das durch einen Krieg niedergeworfen wäre, wenn wir uns nicht der Gefahr mit einem Generalstreik entgegenstellten? Man sagt uns: nur keine Aufregung! Genügt! Wir wissen, daß derzeit in Europa keine nationale Reaktion der Arbeiterklasse vorhanden ist, die denen der anderen Länder die Bürgschaft der gemeinsamen Aktion leisten könnte. Und ich gestehe, daß im besonderen wir Franzosen, die bisher noch nicht imstande waren, eine große wirtschaftliche Organisation des Proletariats zu schaffen, nicht große Worte machen dürfen. Wir beanspruchen nicht, Bürgschaften zu geben, aber wir haben Erfahrungen gesehen, in Rußland und unlängst in der Romagna. Wir müssen dem Proletariat zum Bewußtsein bringen, was die Welt von ihm erwartet und indem wir es mit der Idee erfüllen, daß es berufens ist, der Welt den Frieden zu bringen, werden wir es fähig machen, das ideale Ziel zu verwirklichen. (Beifälliger Beifall, an dem die Galerie teilnimmt.)

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Charlottenburg, heute Sonnabend, 9 Uhr, im Volkshaus: Mitgliederversammlung.

Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerläufe, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserhand	am 16. 7.	am 15. 7.	Wasserhand	am 16. 7.	am 15. 7.
Remel, Iltis	82	-2	Saale, Broditz	186	+4
Bregel, Jüterburg	121	+12	Havel, Spandau	96	+2
Beichel, Thörn	115	+1	Havel, Prenzlau	8	0
Oder, Ratibor	75	+15	Spree, Potsdam	80	0
Strosin	60	-5	Weser, Minden	202	-2
Frankfurt	23	0	Weser, Minden	266	-10
Wärlde, Schramm	24	-5	Rhein, Neuwied	600	+4
Saale, Landsberg	24	-2	Rhein, Neuwied	380	+16
Rega, Gerdamm	22	-9	Rhein, Neuwied	363	+9
Elbe, Leitzmeritz	160	-17	Rhein, Neuwied	150	-9
Elbe, Dresden	149	-3	Rhein, Neuwied	161	-11
Elbe, Magdeburg	121	+5	Rhein, Neuwied	45	-8

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83—85.
Telephon: Amt Norden 195, 1299, 1967, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Montag, den 20. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Bau- und Geldschrankschlosser
in den „Muster-Festlösen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Kumbreit. 2. Bericht der Branchenkommission. 3. Verlesenen.
Es wird allen Kollegen zur Pflicht gemacht, diese Versammlung zu besuchen und rege dafür zu agitieren, daß alle Kollegen aus den Betrieben dort erscheinen, weil wichtige Mitteilungen bekannt gemacht werden.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:
Quartals-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Quartalsbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Schriftführers.
4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch oder Arbeitslosenkarte legitimiert.
1789 Die Ortsverwaltung.

10 Mark Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß.
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 9—8 ab. Sonnt. 9—11

Hiermit fordern wir alle bei uns bis zu dem am 3. er-
stattgebenen Brande unserer Fabrik beschäftigt gewesen:
**Mechaniker, Schlosser, Dreher,
Graveure usw.**

solweit dieselben noch keine direkte Nachrichtigung erhalten
haben, auf, am Montag, den 20. cr., die Arbeit wieder
aufzunehmen, da der Betrieb in erweitertem Maßstabe in
neuen größeren Räumen voll wieder in Tätigkeit ist.

A. Benecke & Co.
G. m. b. H. 27168
Ellsabethufer 28/29.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.